

Böhlke, Effi

Working Paper

Ein Pakt für oder gegen die Forschung? Zur aktuellen Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft

WZB Discussion Paper, No. P 2007-102

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Böhlke, Effi (2007) : Ein Pakt für oder gegen die Forschung? Zur aktuellen Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft, WZB Discussion Paper, No. P 2007-102, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/50775>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Effi Böhlke

Ein Pakt für oder gegen die Forschung?

Zur aktuellen Veränderung der französischen
Wissenschaftslandschaft

P 2007-102

ZITIERWEISE/CITATION:

Effi Böhlke

**Ein Pakt für oder gegen die Forschung?
Zur aktuellen Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft**

Discussion Paper P 2007-102

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2007)

Bei der Präsidentin
Projektgruppe Wissenschaftspolitik

Office of the WZB president
Project Group Science Policy Studies

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB)
Reichpietschufer 50, D-10785 Berlin
Telefon: +49 30 25491-201, Fax: +49 30 25492-209
www.wzb.eu/ag/wipo

Abstract

Since 2005 the French scientific landscape has undergone manifold changes: New agencies of governance, financing and evaluation of research have been founded, which set existing institutions and structures under pressure.

What are the causes of these changes? Who are the driving forces, who the opponents? Which are the aims of these reforms, and what are the main points of criticism of them?

To answer these questions the authoress has interviewed French researchers as well as representatives of the administration of research and of trade unions. The present study attempts to reconstruct the actual changes of the French scientific landscape out of the perspective of participating actors.

Zusammenfassung

Seit dem Jahre 2005 macht die französische Wissenschaftslandschaft vielfältige Veränderungen durch: Neue Agenturen der Forschungssteuerung, -finanzierung und -evaluierung wurden geschaffen, die bereits bestehende Institutionen und Strukturen unter Druck setzen.

Was sind die Ursachen dieser Veränderungen? Wer sind die treibenden Kräfte, wer ihre Gegner? Welche Ziele verfolgen ihre Protagonisten, wogegen wehren sich ihre Kritiker?

Um diese Fragen zu beantworten, hat die Autorin Interviews mit französischen ForscherInnen, mit Vertretern der Forschungsadministration und Gewerkschaftern geführt.

Die vorliegende Studie ist insofern der Versuch einer Rekonstruktion der aktuellen Umgestaltung der französischen Wissenschaftslandschaft aus der Perspektive teilnehmender Akteure.

Inhalt

Vorbemerkung	1
Prolog in Dahlem oder: Warten auf	2
I. Dialoge in Aufzeichnungen	4
Berliner Vorbesprechungen	4
Gespräche in Paris	14
Quintessenzen	42
II. Umgestaltung einer Landschaft	54
Phönix aus der Asche oder: Die Forschung rettet sich selbst	54
Gesetzliche Rahmenbedingungen: Die „Loi de programme pour la recherche“	61
Eine Neuheit auf dem Gebiet der Forschungsfinanzierung: Die „Agence nationale de la recherche“ (ANR)	66
Ein neues Instrument der Governance der Forschung: Der „Haut Conseil de la Science et de la Technologie“ (HCST)	69
Eine nationale Agentur der Evaluation der Forschung? Die „Agence d’Evaluation de la Recherche et de l’Enseignement supérieur“ (AERES)	70
Was wird aus den angestammten Forschungsinstitutionen? Der Fall des „Centre national de la recherche scientifique“ (CNRS)	72
III. Epilog nach Art eines Resümees	77
Anhang	85
Vom Umgang mit den Interviews	85
Questionnaire	87
Weitere Dokumente	88

Vorbemerkung

Die französische Wissenschaftslandschaft ist in den letzten Jahren erheblich in Bewegung geraten. Neue Formen der strategischen Planung, der Forschungsfinanzierung sowie Evaluierung von Lehre und Forschung sind eingeführt worden, die für erheblichen Zündstoff in der wissenschaftspolitischen Diskussion sorgten.

Effi Böhlke hat hierzu im Herbst 2006 zahlreiche Interviews mit französischen Forschern/innen in Berlin und mit Wissenschaftlern/innen sowie Vertretern der Wissenschaftspolitik in Paris geführt, die einen spannenden Einblick in die gegenwärtigen Kontroversen bieten. Sie geben ausschließlich die subjektive Meinung der Interviewten wider, die wir aus Gründen des Datenschutzes anonymisiert haben.

Berlin, November 2007

Andreas Knie
Dagmar Simon

Projektgruppe Wissenschaftspolitik

Prolog in Dahlem oder: Warten auf ...¹

Am 26. April 2007 bin ich nach Berlin-Dahlem eingeladen: Bei sommerlich anmutenden Temperaturen wird der Einzug des Frankreich-Zentrums in seine neuen Lokalitäten, eine schöne Villa am Platz zum Wilden Eber, gefeiert. Es sind viele Gäste gekommen. Ich gehe hinaus auf die Terasse, schaue mich um und sehe Monsieur Y., einen jüngeren französischen Forscher, der bei einem Glas Champagner an einer der langen Tafeln sitzt. „Comment ça va?“, frage ich. „Nun ja“, antwortet er, „wir warten!“ „Worauf denn?“, frage ich zurück. „Na, wer denn nun Präsident wird, Sarkozy oder Ségolène Royal. Dann wissen wir wieder Bescheid und können richtig arbeiten!“

Wäre eine solche Aussage von einem deutschen Wissenschaftler, etwa bei der Bundestagswahl, wahrscheinlich gewesen? Sind möglicherweise in Frankreich Politik und Wissenschaft enger miteinander verzahnt als bei uns? Oder ist dort der Zusammenhang nur offensichtlicher? Und: Wie steht es um das Verhältnis von offenbarem Stillstand und damit zusammenhängendem (Ab-)Warten einerseits und sich zu überstürzen scheinenden Ereignissen und Brüchen andererseits, von denen ich schon viel gehört hatte und über welche viel gesprochen wurde? Was überwiegt da wohl?

Was wissen wir tatsächlich von unseren Nachbarn? Darüber, was sich bei ihnen auf dem Feld der Wissenschaft tut? Und wie ist dies am besten in Erfahrung zu bringen?

Im September 2006 hatte ich den Auftrag erhalten, die derzeitigen Veränderungen der französischen Wissenschaftslandschaft, speziell auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften, näher zu untersuchen. Über die Grenze „herübergeschwappt“ waren Gerüchte von krisenhaften Umständen, von Aufständen von Forschern, ja von „Generalständen der Forschung“, von rasant aufeinander folgenden Gründungen von Institutionen und vielem anderem mehr. Diesen Gerüchten sollte ich auf die Spur kommen und nachschauen, „was denn dran sei an ihnen“.

Ich fing also an, mich in die Materie einzuarbeiten, beschaffte mir entsprechendes Material und sprach mit ExpterInnen, die mir ihrerseits neue Materialien in die Hand gaben und weitere Personen empfahlen, welche ich unbedingt kontaktieren müsse.

Ende November 2006 fuhr ich für eine Woche nach Paris, um vor Ort mit französischen ForscherInnen, aber auch mit Vertretern der Forschungsadministration und von Wissenschaftlergewerkschaften zu sprechen.²

1 Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich an dieser Stelle bei allen am Zustandekommen dieser Studie beteiligten Personen zu bedanken. Dazu zählen zum einen meine Interviewpartner in Berlin und Paris, die mir, trotz voller Terminkalender, Zeit einräumten für zum Teil recht ausführliche Gespräche. Aus Gründen des Datenschutzes kann ich sie hier leider nicht nennen. Namentlich bedanken kann und möchte ich mich jedoch bei Dagmar Simon und Andreas Knie, die mir überhaupt die Gelegenheit boten, diese Studie zu erstellen und mich bei ihrer stufenweisen Überarbeitung begleiteten. Ein ganz besonderer Dank gilt Etienne François, der mir immer wieder mit seinen Ratschlägen zur Seite stand und mir insbesondere bei der Auswahl meiner Gesprächspartner half. Meiner Mutter, Ursula Wilke, danke ich für die redaktionelle Bearbeitung des Textes.

2 Zum Umgang mit den Gesprächen und Interviews vgl. Anhang.

Ich hatte das Gefühl, in ein aufgewühltes Meer geworfen zu sein. Schon die vorbereiteten Expertengespräche in Berlin vermittelten mir sukzessive den Eindruck einer tief greifenden Veränderung der französischen Wissenschaftslandschaft – einen Eindruck, der sich in Paris bestätigte.

Was sich aus alledem an Erkenntnissen ergab, ist in vorliegender Studie dargelegt. Sie beginnt mit den Aufzeichnungen der Gespräche, die ich in relativer Ausführlichkeit belasse, damit auch die Eigenständigkeit, Vielfalt und tw. Gegensätzlichkeit der Perspektiven meiner GesprächspartnerInnen erhalten bleiben.

I. Dialoge in Aufzeichnungen

Berliner Vorbereitungen

Die Veränderungen und ihre drei Dimensionen oder: Das CNRS – „Herzstück der französischen Wissenschaftslandschaft“

Mein erster Gesprächspartner ist Monsieur A., Historiker und bereits seit mehreren Jahrzehnten im Kontext der deutsch-französischen Beziehungen tätig. Ich rufe ihn noch am 14. September an, also an dem Tag, da ich den Auftrag erhalten habe, mich mit dem Umbau des französischen Wissenschaftssystems zu befassen; bereitwillig räumt er mir für den darauffolgenden Tag einen Gesprächstermin ein, obwohl wegen des Umzugs seines Instituts die Zeit knapp ist. Wir treffen uns in seinem Büro: Überall stehen Kartons – die sonst in den Regalen befindlichen Bücher und Materialien sind bereits verpackt. Aus dem Stand hält A. über die Hauptlinien der sich in seiner Heimat abspielenden Prozesse einen Vortrag, in dem er drei Dimensionen der Umgestaltung der französischen Wissenschaftslandschaft herausarbeitet: die regionale, die europäische und die globale.

Von diesen drei Dimensionen gehen ihm zufolge Drücke und Zwänge auf das französische Wissenschaftssystem aus; eine entsprechende Untersuchung müsste sie alle einbeziehen.

Das französische Wissenschaftssystem, sagt er, muss sich den Bedingungen, die aus der zunehmenden Globalisierung, der Schaffung eines europäischen Forschungsraums, aber auch aus den Notwendigkeiten einer schrittweisen Dezentralisierung der Forschungslandschaft in Frankreich selbst erwachsen, entsprechend verändern.

Das System reagiert mit der Schaffung vollkommen neuer Strukturen und Institutionen, wie der Agence Nationale de la Recherche (ANR), welche nach dem Vorbild der DFG gegründet worden ist.

Ein wesentlicher Aspekt der derzeit ablaufenden Transformationen besteht in der Fortsetzung bzw. Beschleunigung des Prozesses der Annäherung von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das setzt das CNRS mehr und mehr unter Veränderungsdruck: Letztlich dreht sich tatsächlich alles um die Zukunft des CNRS als dem „Herzstück der französischen Wissenschaftslandschaft“.

Gefragt nach neuen Formen der Wissenschaftsförderung, weist A. auf die „contractualisation quadriennale“ hin: Danach schließen die Universitäten 4-Jahres-Verträge mit dem Forschungsministerium, wofür sie entsprechende Forschungsprojekte aufzustellen und Mittel zu kalkulieren haben.

Was die Dezentralisierung anbelangt, betont er die wachsende Rolle der Regionen in Frankreich. Diese sind zu direkten Förderinstitutionen geworden: Mehr und mehr geben sie selbst Mittel aus für die Doktorandenausbildung, es entstehen immer mehr interregionale Forschungsprojekte.

In puncto Europäisierung verweist A. v. a. auf den wachsenden Anteil von Ausländern in Evaluierungsverfahren, etwa beim CNRS. Zunehmend werden hier nichtfranzösische Wissenschaftler beteiligt, Gutachten in französischer und englischer Sprache verfasst; Forschungsprojekte müssen heutzutage eine europäische Dimension nachweisen können. Auch im Gutachterwesen der ANR oder des „Institut universitaire de France“ werden in steigendem Maße Ausländer in die Auswahlgremien einbezogen. Überhaupt werde das Thema der Evaluation der Forschung derzeit intensiv debattiert: Bis dato wesentlich auf das CNRS bezogen, erweist sie sich nunmehr auch für die Universitäten als unumgänglich.

Was A. in den Mittelpunkt stellt, das ist die Europäisierung großer Forschungseinrichtungen wie des CNRS, der Universitäten und der EHESS. Zunehmend orientiert sich die Forschungslandschaft nach Brüssel; dies hat Konsequenzen für die europäische Orientierung der Forschung selbst, ihre Professionalisierung (etwa was die Antragstellung anbelangt), aber auch die Normierung und v. a. für die Wissenschaftssprache.

Gefragt danach, woran sich denn die französische Wissenschaftslandschaft bei ihren Transformationen orientiere, antwortet er in der Reihenfolge: Deutschland, England, USA.

In der Art eines Resümees fasst A. seinen Überblick über die derzeit ablaufenden Veränderungen so zusammen: Es geht um die Umstrukturierung der Fördermittel, die Verbesserung der Evaluationsverfahren und die Neujustierung des Verhältnisses zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die universitäre Forschung soll praxisnäher gestaltet, und in diesem Kontext die Drittmittelforschung ausgebaut werden.

Nach diesem instruktiven Gespräch schaue ich noch bei Madame B. vorbei, die sich mit Universitätsangelegenheiten beschäftigt. Auch bei ihr stehen Umzugskartons. Zwischen Tür und Angel weist sie mich auf die Bedeutung der Deutsch-Französischen Hochschule hin: „Sie ist die wichtigste Institution hinsichtlich der Europäisierung resp. Internationalisierung der französischen Forschungslandschaft, denn es geht um die Ausbildung zukünftiger Forschergenerationen.“ In den Mittelpunkt stellt B. Doppelstudiengänge, die wechselseitige Anerkennung der Diplome in Deutschland und Frankreich sowie die Cotutelle, d.h. die parallele Betreuung von Promotionsprojekten an einer deutschen und einer französischen Hochschule.

Die Ereignisse überstürzen sich: Wer nicht im Land ist, bekommt die neuesten Neuigkeiten nicht mit!

Am 18. Oktober bin ich mit Monsieur C. verabredet. Er ist Ökonom und hält sich zum Zeitpunkt des Gesprächs zu einem Forschungsaufenthalt in Berlin auf.

Als wichtigsten, durchaus problematischen Zug der derzeitigen Veränderungen sieht C. die Tendenz zu einer weiteren Zentralisation der Forschungspolitik an. Statt, wie immer wieder gefordert, endlich die längst überfällige Dezentralisierung der französischen Forschungslandschaft durchzusetzen, wird die Zentralisierung beibehalten bzw. sogar gestärkt. Dagegen regte sich viel Protest, der sich u.a. in der Bewegung „Sauvons la recherche“ organisiert hat.

Befragt nach der Evaluierungsinstanz AERES, antwortet C., dass er davon nichts wisse: Er sei schon seit einem Jahr aus Frankreich 'raus (und zwar wegen mehrerer Forschungsaufenthalte im Ausland) und habe diese Entwicklungen nicht wahrnehmen können. Aber die Vorstellung einer übernationalen Institution der Forschungsevaluierung löst bei ihm Befremden aus: Die Evaluatoren sind dann viel zu weit von den zu Evaluierenden entfernt, um sich

ein wahres Bild von deren Forschungsleistungen machen zu können! Je größer die Distanz, desto unschärfer das Ergebnis!

bleibt nicht (fast) alles beim alten?

Am 24. Oktober haben Dagmar Simon und ich eine *table ronde* mit Madame D., die die *Dépendence* einer großen französischen Forschungseinrichtung in Deutschland leitet. Wie meine vorherigen GesprächspartnerInnen, so betont auch Madame D. die Wichtigkeit des Themas. Doch im Unterschied zu ihnen akzentuiert sie weniger die Diskontinuitäten und Brüche als die Kontinuitäten. Die Tendenz zur Zentralisation sei ein prägender Zug der französischen Politik im allgemeinen, der Forschungspolitik im besonderen seit eh; darin sehe sie also nichts Neues.

Schaut man sich zum Beispiel die neu geschaffenen bzw. in Gründung befindlichen Institutionen wie die ANR oder die AERES genauer an, sagt sie, gibt es, insbesondere was die Führungskräfte, damit aber auch die durch diese getroffenen Entscheidungen, also auch die durch sie betriebene Politik anbelangt, viel mehr Kontinuität, als dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Vieles steht bislang nur auf dem Papier, und es ist sehr wohl zwischen politischer Phrase und tatsächlich realisierter Politik zu differenzieren, so etwa zwischen deklarierter Notwendigkeit der Internationalisierung der französischen Forschungslandschaft und der praktischen Umsetzung derselben, was oft an mangelndem Geld scheitert. Überhaupt besteht ihrer Meinung nach das Grundproblem der französischen Forschung in ihrer zu geringen Finanzierung.

Was die Evaluation betrifft, so hebt sie, wie auch Monsieur A., die Notwendigkeit der Evaluation an den Universitäten hervor, die es bislang noch nicht gibt. Was, so stellt sich die Frage, sind dann aber die Kriterien, nach welchen evaluiert wird? Darüber müsste es eine öffentliche Diskussion geben.

Tatsächlich orientiert sich ihres Erachtens das französische Wissenschaftssystem stark am deutschen; so sei die ANR nach dem Vorbild der DFG gegründet worden. Den großen Unterschied zwischen dem deutschen und dem französischen System sieht sie in der Stellung des Beamtentums in der französischen Lehre und Forschung; trotz aller Evaluierung ist das CNRS daher nicht innovativ, und an den Universitäten wird die Lehre der Professoren gar nicht erst evaluiert.

Hat sie anfangs die Kontinuitäten in den derzeitigen Prozessen betont, meint Madame D. letztendlich doch, dass das CNRS, durch die Bildung von Institutionen wie der ANR und der AERES, einen realen Machtverlust erleidet, und dass die Relationen zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen vor grundlegenden Veränderungen stehen.

Von der Dezentralisierung zur Rezentralisierung

Auch Monsieur E., französischer Historiker, weilt zum Zeitpunkt unseres Gespräches zu einem Forschungsaufenthalt in Berlin. Ich treffe mich mit ihm am 27. Oktober.

E., den in Frankreich ablaufenden Veränderungen kritisch gegenüber, spricht von einer grundlegenden Krise des dortigen Wissenschaftssystems, ordnet sie ein in die übergreifende Tendenz französischer (Forschungs-) Politik zur Zentralisation und erzählt dazu, wenn man so will, eine kohärente Geschichte.

Mit Neugründungen wie der ANR handelt es sich, E. zufolge, um einen Prozess der Zentralisierung. Hat seit 1985 unter den linken Regierungen ein Prozess der Dezentralisierung stattgefunden, dominiert nun die umgekehrte Tendenz; die Jahre 2005/06 stellen hier einen tiefen Einschnitt dar.

Für diese Strukturbrüche gibt es nach seiner Darstellung mehrere Ursachen – externe wie interne.

Was die externen Ursachen anbelangt, so weist er einerseits auf die durch die Globalisierung ausgeübten Zwänge hin, etwa auf das „classement de Shanghai“ (das sog. Shanghai-Ranking), andererseits auf die europäischen Prozesse im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie, d.h. auf die Notwendigkeit einer engeren Zusammenführung von Wissenschaft und Industrie zur Steigerung der Innovativität und damit Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft. Hier auch setzen asiatische Staaten – zum Beispiel Japan – mit ihren umfangreichen Forschungsprogrammen die europäischen Staaten unter massiven Innovationsdruck.

Hinsichtlich der internen Gründe benennt E. insbesondere politische, und er rückt sie in ein Rechts-Links-Schema: Danach besteht die Intention der „rechten Hochschullehrer“ seit 1984 darin, das überwiegend linksliberal gesinnte CNRS und die dort versammelten Sozialwissenschaften zu unterdrücken; dies war insbesondere ausgegangen von eher rechtsgerichteten Gewerkschaften wie der Fédération nationale des syndicats autonomes de l'enseignement supérieur et de la recherche (FNSAESER-CSEN). Allerdings ist diese Strategie am Widerstand linker Wissenschaftler gescheitert. Seit Beginn des Jahrtausends versuchen rechte Kräfte erneut versucht, ihr Ziel zu erreichen, und zwar auf folgenden Wegen:

Im Zeitraum 2002-2004 durch die Verhinderung der Neubesetzung von Stellen bzw. durch die Verwandlung von „postes titulaires“ in „postes non titulaires“, d.h. von unbefristeten (Beamten-) Stellen in befristete: Infolge der starken, von Sauvons la recherche organisierten Proteste musste die Regierung diese Vorgehensweise aufgeben (Rücktritt von Cl. Heigeneré als Bildungsministerin).

Nunmehr bemühe sich die Regierung, dieselben Intentionen indirekt um- und durchzusetzen, und zwar durch die Schaffung solcher Institutionen wie der ANR oder der AERES, wodurch dem CNRS wesentliche Funktionen (Forschungsfinanzierung und -evaluierung) entzogen werden und es somit einer schleichenden Entmachtung unterliegt.

„Die neuen Formen der Forschungsfinanzierung ermöglichen es der Regierung, eine sehr viel stärkere Kontrolle über die Forschung auszuüben als zuvor. Bei der in Gründung befindlichen AERES waren die Proteste allerdings derart massiv, dass die Regierung zu Zugeständnissen gezwungen wurde, etwa was das Verhältnis von nominierten und gewählten Mitgliedern der Evaluierungskommissionen betrifft. Jetzt geht es um die Frage des Personals, wer also in der AERES den Chefposten bekommt. Ist das ein Kandidat der Rechten, hat die Regierung ihr Ziel erreicht!“

Wie schon Madame D. betont auch E. den ökonomischen Faktor: „Zunächst waren alle Forscher gegen die ANR; durch die Abhängigkeit von den finanziellen Mitteln jedoch, die nun durch sie vergeben werden, ist der Block des Widerstands gebrochen worden und die Bewegung 'Sauvons la recherche' daran zerbrochen. Hier existieren allerdings Unterschiede zwischen den Wissenschaftsdisziplinen: Wegen ihrer starken Abhängigkeit von finanziellen Mitteln waren es gerade die Mediziner – die doch die Protestbewegung 'Sauvons la recherche'

gegründet hatten –, die als erste den Widerstand gegen die ANR aufgaben und sich den neuen Finanzierungsmodalitäten ergaben.“ Das sähe bei den Geistes- und Sozialwissenschaften, die für ihre Forschungen weniger Mittel brauchen, ganz anders aus.

Nach der Internationalisierung der Forschung befragt, betont E., dass diese bereits im 19. Jahrhundert begann, also kein rein aktuelles Phänomen darstellt. Allerdings gibt es immer wieder einander abwechselnde Phasen von Beschleunigung und Verlangsamung. „Seit 25 Jahren“, so E., „haben wir es mit einer rapiden Beschleunigung der Internationalisierung zu tun. So gibt es erst seit fünf Jahren das ‘Groupement de Recherche Européen’ und seit zwei Jahren die ‘Laboratoires Européens de Recherche’. Aber die tatsächliche Internationalisierung scheitert oft an finanziellen Mitteln und an sprachlichen Problemen: Um ausländische Mitglieder in Evaluierungsgremien zu holen, muss Geld eingesetzt werden, das nur zu oft eingespart wird. Zudem spricht man in den Kommissionen ausschließlich französisch. Für eine wirkliche Internationalisierung der Evaluation müsste das geändert werden, so wie in der DFG, wo man in den Kommissionen englisch spricht.“ Hier stellt, E. zufolge, die 1994 eingeführte „Loi Toubon“³ ein echtes Hindernis dar, das es unbedingt zu beseitigen gelte. In dieser Hinsicht ist für E. das deutsche Forschungssystem in seiner heutigen Form nachahmenswert.

Was die Modelle anbelangt, an denen man sich bei den derzeitigen Veränderungen orientiert, so kopiere man nicht direkt (etwa das amerikanische oder das deutsche Modell). Vielmehr nimmt man von allem etwas; diese Übernahme und Integration werden jedoch durch die Mühle der französischen Technokratie gemahlen, d.h. durch die Brille und die Aktivitäten der „jungen Technokraten von 30 bis 35“, die seelenlos ein neues System zu kreieren suchen.

Die „Entmachtung“ des CNRS

Eine solche kritische Perspektive teilt auch Madame F., derzeit als Juristin in Berlin tätig. Sie wird sehr deutlich. Ihr zufolge besteht das Ziel von Institutionen wie der ANR und der AERES in der Transformation und Entmachtung des CNRS sowie in der Steuerung der Forschung.

Das Beste am CNRS wäre die Art und Weise der Evaluation, die man dort praktiziert. „Es wird ununterbrochen evaluiert, alle 2 oder 4 Jahre, sowohl die Forschungseinrichtungen als auch die einzelnen Forscher. Alljährlich muss jeder Forscher einen Bericht über seine Arbeit, ein ‘résumé’, verfassen – ein gutes Stück Arbeit! Das ‘Comité National’ trifft sich zweimal pro Jahr: einmal zur Evaluation der Forschungseinrichtungen, einmal zur Evaluation der einzelnen Forscher. Die Hälfte der Gutachter wird durch die Gewerkschaft gewählt.

Was die AERES betrifft, so weiß niemand, wie dies funktionieren wird. Die AERES soll die Evaluation der Forschergruppen übernehmen, also eine der Funktionen des CNRS; nicht klar sind aber die Funktionsweise, die Zusammensetzung der Evaluierungskomitees und der Status der AERES.“

F. verweist aber auf die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen, „die alles in Frage stellen können, also auch die Beschlüsse zur Gründung von Institutionen wie der AERES.“

3 Loi relative à l’emploi de la langue française (Gesetz betreffend den Gebrauch der französischen Sprache), das vom französischen Kultusminister Jacques Toubon erlassen wurde und auf den Schutz der französischen Sprache – speziell gegen die Dominanz des Englischen – im öffentlichen Bereich ausgerichtet war.

Bei der Frage nach der Internationalisierung der französischen Forschungslandschaft unterstreicht F. den internationalen Charakter des CNRS. „Das CNRS hat viele Zentren und Büros im Ausland, die vor Ort den Wissenschaftlertausch organisieren. Insbesondere die Personalpolitik des CNRS ist ein interessanter Fall: Während im Allgemeinen die französische Staatsbürgerschaft Voraussetzung ist, um verbeamtet zu werden, hat man mit dem CNRS eine prominente Ausnahme geschaffen: Hier können auch Ausländer Beamte werden. Die sog. 'Roten Stellen' (postes rouges) „sind allein Ausländern vorbehalten!“ Bezüglich der Internationalisierung der Evaluierungskommissionen spricht aber auch sie, ebenso wie Monsieur E., die Sprach- und Geldprobleme an: „Ausländische Experten kommen oft deshalb nicht zu den Evaluierungsgesprächen, weil sie a) zu wenig Geld erhalten, und b) weil dort nach wie vor nur französisch gesprochen wird. Zudem gibt es keine Zwänge für französische Forscher, am europäischen bzw. internationalen Wissenschaftsleben teilzunehmen. Bei Evaluationen werden Auslandsaufenthalte nicht positiv bewertet bzw. sie stellen kein Evaluationskriterium dar. Auch gibt es keine Hilfen für Forscher, an den Ausschreibungen der EU teilzunehmen: Für die meisten sind diese Verfahren viel zu kompliziert, zu bürokratisch, zu langwierig.“

Die Qualität der Forschung kann nicht gesteuert werden!

Am 1. November habe ich einen Termin mit Monsieur G., einem französischen Altertumsforscher. Rahmen unseres Gesprächs ist eine gotisch anmutende Bibliothek mit hohen Bücher-schränken.

Im Unterschied zu meinen vorhergehenden Gesprächspartnern, die eher kritisch auf die derzeitigen Veränderungen schauen, befürwortet sie G. grundsätzlich, da er eine Reform des französischen Wissenschaftssystems insgesamt, des CNRS insbesondere, für unumgänglich hält. Mehr als die anderen Gesprächspartner vergleicht er das französische mit dem englischen (nicht primär mit dem deutschen) Bildungs- und Forschungssystem.

Auf die ANR und ihre Auswirkungen auf das CNRS angesprochen, geht G. in die Geschichte des CNRS von den 20er bis zu den 40er Jahren zurück, wo es nicht nur als Forschungseinrichtung gegründet wurde, sondern auch als Forschungsförder- und -finanzierungseinrichtung. Diese Funktionen werden nunmehr zumindest teilweise in Frage gestellt. Allerdings sieht G. hier durchaus positive Aspekte:

Das größte Problem des CNRS besteht seiner Ansicht nach in der Bürokratisierung/Verbeamtung; es ist daher wenig innovativ und kann sich schlecht auf neue Forschungsrichtungen umstellen. 75% der finanziellen Fonds werden für Löhne und Gehälter ausgegeben. Von der ANR und ihrer Politik der Projektforschung können hier möglicherweise neue Impulse ausgehen. In dieser Hinsicht muss die Personalpolitik umgestellt werden: Nötig wäre ein neues Verhältnis von festen und befristeten Stellen, und es müssten sehr viel mehr Post-doc-Stellen geschaffen werden.

Aber auch er konstatiert bei der ANR eine Tendenz zur Steuerung der Forschung.

An der französischen Forschungslandschaft macht G. mehrere Probleme und Paradoxa auf: „Eines der grundlegenden Probleme derselben besteht in der beständigen Unterfinanzierung der Geistes- und Sozialwissenschaften (SHS); und dennoch hatten diese seit den 60er Jahren in Europa, wenn nicht gar weltweit, eine führende Rolle eingenommen, und zwar durch Persönlichkeiten wie Foucault, Derrida und Bourdieu. Ebenso wenig bestand eine Poli-

tik der Innovation – dennoch waren die SHS innovativ! Es gab also wenig Geld, wenig innovative Strukturen, eine nicht-innovative Forschungspolitik – trotzdem war man erfolgreich!“ G. fragt sich, ob Innovationen überhaupt durch Forschungspolitik steuer- bzw. planbar sind und kommt zu dem Schluss: „Die Qualität der Forschung kann nicht gesteuert werden!“

Der Geldmangel habe sich besonders auf die Bibliotheken ausgewirkt. „Die Geschichtswissenschaft hat große Fortschritte gemacht; dennoch gibt es in Paris keine Geschichtsbibliothek, ebenso wenig eine auf dem Gebiet der Architektur. Obwohl die Hälfte der Forschungsfinanzierungsmittel nach Paris geht, verfügt die Stadt nicht über so gut ausgestattete Bibliotheken wie Göttingen oder Heidelberg. Zwar hat das CNRS ein eigenes Dokumentationszentrum eingerichtet; aber es ist, verglichen mit dem der DFG, mittelmäßig. Das französische Paradox besteht darin, dass die französischen Geistes- und Sozialwissenschaften international eine so hohe Anerkennung erzielen konnten, es gleichzeitig aber auf nationaler Ebene nicht gelungen ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie dem CNRS herzustellen. Die Konkurrenz zwischen diesen Institutionen ist stets zuungunsten der Universitäten ausgegangen – das muss jetzt verändert werden!“

Befragt danach, ob man derzeit von einer Krise des französischen Forschungssystems sprechen könne, antwortet G. lakonisch: „Selbstverständlich! Aber das ist nichts Neues. Das System insgesamt, insbesondere aber die Geistes- und Sozialwissenschaften, steckt permanent in der Krise, und zwar bereits seit den 60er Jahren!“

Zwischen den unterschiedlichen Akteuren der französischen Forschungslandschaft sieht G. folgende Widersprüche: Die rechte Regierung unter Chirac betreibt eine Politik der Reduzierung der Forschungsausgaben. Allerdings meint G. interessanterweise, dass das Ministerium und die großen Forschungseinrichtungen, hier das CNRS, auf einer Seite stehen: „Beide haben Angst vor der Reform und wollen die Situation beibehalten. Typisches französisches Muster ist es, neue Institutionen zu schaffen, die anderen jedoch beizubehalten; bei Bedarf werden zwar neue Institutionen geschaffen, die alten jedoch nicht aufgelöst.“ Das wendet er nun auch auf das CNRS an: „Selbst solche Neugründungen wie die ANR und die AERES werden die Existenz des CNRS nicht in Frage stellen, was doch von vielen befürchtet wird. Das Problem des CNRS ist weniger seine Auflösung als seine Omnipräsenz!“ G.s Ansicht nach sollte es sich vielmehr der Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Stellung in der deutschen Wissenschaftslandschaft annähern.

Die ANR vergleicht er mit der DFG und entsprechenden englischen Institutionen.

Auch die Gründung der AERES sieht er als notwendig an, und zwar wegen der vielen unterschiedlichen Evaluierungsinstitutionen, die es in Frankreich gibt. „Die AERES wird die Evaluierung viel effektiver gestalten. Gerade das bestehende Evaluierungssystem“ (d.h. die Evaluierung durch das Comité national des CNRS) „übt eine Polizeikontrolle der Forschung aus. Die existierende Evaluierungspolitik macht keinen Sinn. Es gibt keine Kultur der Evaluierung. Die Evaluierung ist zu speziell und zu lokal.“ Immer wieder stellt er den Vergleich zur Evaluation in der DFG und in der Planck-Gesellschaft her.

Not täte ein Prozess tatsächlicher Dezentralisierung: „Davon spricht man seit den 30er Jahren, in Wirklichkeit aber passiert nichts.“ Zum anderen wäre es wichtig, die Autonomie der Universitäten zu verwirklichen, denn: „Es gibt keine Autonomie der Universitäten. Im Unterschied zu London hat man in Paris keine Idee von Universitätspolitik. In den USA, England und Deutschland hingegen besitzen die Universitäten sehr viel mehr Autonomie, gerade in

den USA auch in finanzieller Hinsicht: Statt, wie in Frankreich, nur mit staatlichen Geldern finanziert zu werden, werden sie dort aus unterschiedlichen Töpfen bezahlt. Diese Tendenz zur Autonomie der Universitäten wird jedoch von der Regierung konterkariert. Ebenso sehr muss die Regionalisierung der Forschung vorangetrieben werden. Da allerdings die regionalen Akteure oftmals links stehen, während die derzeitige Regierung rechts ist, gibt es auch hier Blockaden.“

Auf die Internationalisierung angesprochen, antwortet G., dass mehr junge Franzosen ins Ausland gehen als früher, jedoch immer noch zuwenig Ausländer nach Frankreich kommen; dies liege u.a. an den politischen Reglements des Austausch. Auch benennt er, wie viele andere Gesprächspartner, sprachliche Probleme: „Das Französische hat nach wie vor den Anspruch, Weltsprache zu sein; das aber ist längst nicht mehr der Fall. Darauf muss endlich angemessen reagiert werden!“

Von Stilen und Spielen

Im Anschluss an dieses Gespräch empfängt mich Herr H., der, als Deutscher, in der Forschungsadministration tätig ist. Ebenso wie G. ist H. eher Protagonist der derzeitigen Reformen in Frankreich. Er sieht die aktuellen Prozesse im Kontext der französischen politischen und Wissenschaftsgeschichte und ordnet dies alles in den „typisch französischen Stil“ der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Kräften ein. Letztlich, so führt er aus, handelt es sich um ein Kräftespiel im Sinne Foucaults oder Bourdieus: „Immer wieder werden, durchaus von der Regierung ausgehend, Reformversuche unternommen, wogegen sich ein Aufschrei der betroffenen Akteure und Institutionen erhebt; schließlich kommt es zu einem Kompromiss beziehungsweise zu einer Neugründung von Institutionen, die allerdings die alten nicht aufheben. Von daher bestehen dann neue und alte Institutionen nebeneinander weiter. Dieses Muster tritt seit Gründung der Sorbonne und des Collège de France immer wieder auf.“ Und so scheint auch H. eine Auflösung des CNRS eher unwahrscheinlich. Ebenso seien die Auseinandersetzungen zwischen zentralistischen Tendenzen einerseits und den Bemühungen um Dezentralisation andererseits zu betrachten: „Auch sie gehören zum französischen (wissenschafts-) politischen Stil und Spiel dazu, ordnen sich ein in das Jahrhundert währende Gerangel zwischen royalistischem Wille zur Zentralisation auf der einen und dem Bestreben anderer Kräfte um höheren Machtanteil auf der anderen Seite; das hat bereits Montesquieu mit seiner Forderung nach den ‘pouvoirs intermédiaires’ auf den Begriff gebracht. Insofern hat die Regierung eher ein Interesse an der Beibehaltung des ‘Centre national de la recherche’, das ja eben national und zentralistisch strukturiert ist, als an einer Vielheit unterschiedlicher Forschungseinrichtungen.“

In einem Vergleich europäischer Wissenschaftssystem habe Bob May, seinerseits Berater Tony Blairs in Wissenschaftsfragen, bereits vor Jahren darauf verwiesen, dass diejenigen Systeme am effektivsten sind, in denen Forschung und Lehre bzw. universitäre und außer-universitäre Forschungseinrichtungen eng miteinander verbunden sind. Frankreich nun, so H., wo neben den Universitäten so starre Forschungseinrichtungen wie das CNRS existieren, ist in dieser Hinsicht „nicht effektiv, nicht produktiv, nicht innovativ. Die Verbeamtung der Mitarbeiter des CNRS sowie die Trennung von der Lehre verhindern einen innovativen Geist.“

Zugleich aber seien die derzeitigen Prozesse im Kontext der Globalisierung und Internationalisierung zu betrachten, stellten sie doch eine Reaktion auf dieselben dar. „Hier wird deutlich, dass die starren Strukturen die internationale Wettbewerbsfähigkeit des französi-

schen Systems behindern. Das System gerät also unter Druck, und die Reaktionen darauf sind nicht immer rational. Letztlich geht es derzeit darum, die Proportionen zu ändern und die Universitäten zu stärken.“

Die Funktion der ANR bestehe in der Förderung und Finanzierung zeitlich befristeter Forschungsprojekte; sie orientiere sich dabei an der DFG. „Die Auflösung des CNRS ist eher unwahrscheinlich; das bekommt keine Regierung hin. Eher werden die Fonds des CNRS zugunsten der Ausstattung der ANR reduziert. War das CNRS bis dato quasi omnipräsent, geht es jetzt, vermittelt der ANR, darum, ausgewogenere Proportionen zugunsten der Universitäten herzustellen. Die ANR wird als zusätzliches Element des französischen Forschungssystems insofern eine positive Rolle spielen.“

In Bezug auf die AERES ist H. eher skeptisch: Ebenso wie C. wirft er die Frage auf, wie effektiv denn überhaupt eine zentralistische Evaluierung sein könne: „Je höher die Aggregationsebene, desto wahrscheinlicher ist es, dass Äpfel mit Birnen verglichen werden; können derartige Evaluationskommissionen die tatsächliche Situation überhaupt kennen? Problematisch ist auch der unmittelbare Zusammenschluss von Evaluation und Finanzierung. Schon im CNRS wird permanent evaluiert, jedoch ohne unmittelbare finanzielle Konsequenzen. Auch nach den Kriterien muss man fragen: Ist beispielsweise die Häufigkeit des Zitiertwerdens tatsächlich ein Gütesiegel?“

Die französische Regierung meine, sich mit ANR und AERES dem angloamerikanischen System anzupassen; alles anders machen zu wollen ist jedoch, H. zufolge, eine gefährliche Illusion.

Was die Internationalisierung anbelangt, so ist auch aus H.s Sicht das CNRS ungewöhnlich international: „Ein Drittel der wissenschaftlichen Angestellten ist ausländischer Herkunft. Etwas Vergleichbares gibt es nur bei der MPG. Nicht einmal in den Eliteuniversitäten der USA ist der Ausländeranteil derart hoch. Dazu im Gegensatz stehen die französischen Elitehochschulen und Universitäten; in letzteren ist der Ausländeranteil, im Vergleich mit den USA, England, Holland, sehr gering. Allerdings werden an den Elitehochschulen derzeit große Anstrengungen zur Erhöhung des Ausländeranteils unternommen.“

Die aktuellen Transformationen müssten in Bezug gesetzt werden zu den Strukturveränderungen auf europäischer Ebene: Zum einen geht es um die Implementierung der von der EU-Kommission gefassten Beschlüsse (6. bzw. 7. Rahmenprogramm), zum anderen jedoch bilden sich möglicherweise Parallelinstitutionen heraus (etwa Europäischer Forschungsrat – ANR).

Das Mammut in Bewegung setzen

Am 9. November bin ich mit Monsieur I. verabredet, einem jungen Beamten (fonctionnaire) einer großen französischen Forschungseinrichtung. Er gehört zu den Befürwortern der aktuellen Veränderungen. Im Gespräch geht er speziell auf die Reform des CNRS ein. Diese sei so tief greifend und werde von der Direktion des CNRS selbst als so wichtig erachtet, dass man hierfür eigens eine Dokumentation und eine entsprechende Website eingerichtet habe (www.cnrs.evolution). Und er öffnet mir die Website und erklärt sie mir. Hier werden in der Tat seit Januar 2006 sämtliche Schritte der Direktion des CNRS dokumentiert.

Sodann verweist I. auf die neue Direktion des CNRS, die Anfang 2006 ihr Amt antrat. Die schon unter der vorhergehenden Direktion seit 2004 angegangenen Reformen seien auf

derart starken Widerstand gestoßen, dass sie im Vorjahr (2005) zurücktreten musste. Seit Jahresbeginn nun würden die Stellen der Abteilungsdirektoren (directeurs de départements) und der stellvertretenden Direktoren (directeurs adjoints) neu besetzt. Er klickt die entsprechende Dokumentation auf der Website des CNRS an und sagt: „Sehen Sie, seit Beginn des Jahres geht es nur um Berufungen; zur wissenschaftlichen Arbeit kommt man dort zur Zeit nicht. Momentan werden die Forschergruppen neu formiert. Dabei wird eine tatsächliche Pluridisziplinarität angestrebt: Zwar ist das CNRS interdisziplinär strukturiert, aber eine wirkliche Zusammenarbeit der einzelnen Wissensdisziplinen ist selten; oftmals arbeiten die einzelnen Departements, Laboratorien und auch Forscher völlig isoliert. Nunmehr sollen diese Isolationen aufgebrochen und das im CNRS vorhandene Potential effektiver genutzt werden. Das CNRS befindet sich also in einem Prozess grundlegender Erneuerung, und rein administrativ“, sagt I., „besteht das Problem zurzeit darin, dass man keine Ansprechpartner hat; niemand weiß, wer wofür verantwortlich ist.“ Selbst an seinem Institut sei unklar, „wohin die Reise geht“.

Dennoch: „Diese Reform ist notwendig. Das CNRS ist ein Mammut: Es frisst viel Geld, ist jedoch nicht produktiv, nicht innovativ, nicht modern genug. Zudem ist es auf allen Wissensgebieten präsent, was andere argwöhnen lässt, dass es seine Macht überall durchsetzen will.

Neben der strukturellen Reform sind auch die Finanzierungsmodi im Wandel. „2006 muss sich das CNRS erstmalig der LOLF⁴ unterordnen; in diesem Rahmen gibt es neue Rentabilitätskriterien; so werden im alten Jahr nicht ausgeschöpfte Kredite nicht auf das neue Jahr übertragen. Zudem wird eine ‘mutualisation des crédits’“ (eine gemeinsame Nutzung der Kredite) „angestrebt; d.h. in Forschungslaboratorien, die aus unterschiedlichen Töpfen finanziert werden, sollen diese Mittel in einen Fonds gegeben und dann verteilt werden. Auch durch die ANR entstehen neue Finanzierungsmodi: Die Laboratorien müssen sich auf die Ausschreibungen der ANR bewerben. Das steigert die Projektfinanzierung, setzt aber die bisherigen Finanzierungsweisen unter Druck. Neue Zwänge gehen auch von der Europäischen Union, kurz von ‘Brüssel’ aus; auch hier können und müssen die Laboratorien auf die Ausschreibungen antworten. Das Resultat ist also eine Diversifizierung und Flexibilisierung der Forschungsfinanzierung, auf die sich sowohl die Institutionen, letztlich aber auch die einzelnen Forscher einzustellen haben. Die Sicherheiten, die das CNRS bislang bot, werden damit sukzessive untergraben. Auch an unserem Institut“, so I. abschließend, „wird kein Posten mehr 100%ig aus einem Fonds bezahlt. Die Forscher müssen sehen, woher sie ihr Geld bekommen!“

Zwischenstand

Von Mitte September bis Anfang November 2006 hatte ich in Berlin neun Gespräche mit französischen WissenschaftlerInnen bzw. Beamten sowie Kennern der französischen Szenerie geführt, die mir einen Einblick in Umfang und Tiefe der Erneuerung der französischen Wissenschaftslandschaft gaben. Zugleich empfahl man mir, wie bereits gesagt, stets weitere ExpertInnen, so dass rasch ein ganzes Netz an Bezugspersonen geknüpft war. Parallel dazu arbeitete ich mich in die Lage der Dinge ein, was die einzelnen Schritte zur Vorbereitung der „Loi de programme pour la recherche“ (Programm- bzw. Rahmengesetz für die Forschung)

4 LOLF: Loi organique relative aux lois de finances, 2001 erlassen, bestimmt den juristischen Rahmen der Finanzgesetze und trat 2006 in Kraft.

anbelangte, die von Regierungsseite vorgenommen wurden. Mit diesem Vorwissen und einem vollen Terminkalender fuhr ich Ende November nach Paris.

Gespräche in Paris

Dort angekommen, stieg ich in einem kleinen Hotel im Quartier Latin ab. Es war mir von einer französischen Forschungseinrichtung empfohlen worden und hatte den Vorteil, dass ich fast alle relevanten Institutionen zu Fuß erreichen konnte.

Das Ende des Gießkannenprinzips

Das erste Interview fand in einer renommierten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtung statt, und ich hatte gleich zwei Gesprächspartner – den Historiker Monsieur J. sowie Herrn K., der für den wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Frankreich arbeitet.

J. ging zunächst auf die Umbrüche an der EHESS ein. Im letzten Jahr habe sie zum einen die BA- und MA-Studiengänge eingeführt. Zum anderen wollte sie sich nicht am System der PRES beteiligen, weshalb sie mit Institutionen wie der École normale supérieure rue d'Ulm, der Université Paris-Dauphiné, der Université Pierre et Marie Curie sowie der Université Sorbonne Nouvelle die Alliance Paris Universitas gründete. Schließlich habe sie sich in den neu geschaffenen Exzellenznetzwerken engagiert.

Nach den Hintergründen der derzeitigen Transformationsprozesse befragt, meint J.: „Aus Sicht des Ministeriums handelte es sich erstens darum, das 'Gießkannenprinzip' der französischen Forschungsfinanzierung zu beenden, um dieselbe mehr zu konzentrieren, und zwar durch eine Politik der Forschungssteuerung. Zweitens ging es, mit der Gründung der ANR, um den verstärkten Übergang zur Projektforschung. Drittens verspürte man den wachsenden Abstand der französischen Forschung von der internationalen, insbesondere US-amerikanischen und britischen, und die Notwendigkeit, hier aufzuholen. Aktuelle Aufgabe ist es, die Forschung zu steuern, umzugruppieren, auf bestimmte Themen zu konzentrieren und in polarisierender Weise zu finanzieren.“

Als treibende Kräfte der derzeitigen Umbrüche gibt J. die ANR, die Conférence des Présidents des Universités,⁵ die AERES und das Forschungsministerium an, als Gegenkräfte viele Forscher aus dem CNRS sowie aus den kleineren Universitäten, die die neuen Formen der Finanzierung und Evaluierung der Forschung ablehnen. „Doch sind hier große Umorientierungen im Gange. Immerhin werden über die ANR heute schon 60 % der Forschung finanziert. Und an der EHESS beispielsweise, wo im Jahre 2006 bereits 12 Forschungsprojekte über die ANR finanziert werden, haben – nach anfänglichen Protesten – mittlerweile viele Forscher ein positives Verhältnis zur ANR.“

Dies unterstrich auch K.: „Da es keine andere Finanzierungsinstitution als die ANR mehr gibt, haben sich viele Forscher schnell umorientiert. Vorbild der Gründung der ANR war die amerikanische National Science Foundation. Im Gegensatz zur ANR ist die DFG ein privater Verein, der öffentliche Gelder nach eigenen Regeln verwaltet und dessen Mitglieder gewählt

5 Konferenz der Universitätspräsidenten, CPU.

werden. Die ANR sollte eine unabhängige Agentur nach amerikanischem Muster werden; doch tatsächlich hat die Ernennung des Führungspotentials der ANR in der Hand des Ministeriums gelegen.“

Das trifft, K. zufolge, auch auf die in Gründung befindliche AERES zu: Lt. Dekret vom 7. November werden die Führungskader, insbesondere der Präsident derselben, ernannt, und der Präsident ernennt die Mitglieder der Evaluierungskommissionen. Das eigentliche Novum der AERES besteht jedoch in der Evaluierung der Universitäten, die es bislang nicht gab. Pro Jahr soll ein Viertel der Universitäten evaluiert werden. Doch die Frage ist, welche tatsächlichen Konsequenzen die Evaluierung der Beamten an den Universitäten haben wird, wenn es doch nicht mehr Stellen gibt. Vorgängerin der AERES ist die MSTP, die nach ministeriellen Vorgaben arbeitet.

Zu einer etwaigen Auflösung des CNRS sagt K.: „Solange ich mich erinnern kann, sollte das CNRS schon immer abgeschafft werden. Doch keine Regierung schafft das, allein aufgrund der Kürze der Legislaturperioden. Ein anderer Grund dafür: die Stärke der Naturwissenschaften am CNRS. Ohne die Naturwissenschaften hätte man das CNRS längst schon aufgelöst! Hauptziel der Reform des CNRS unter der Führung von Larrourou war die Entmachtung des Zentrums und die stärkere Regionalisierung des CNRS mit den sog. Gaufürsten gewesen; die jetzige Führung hat diese Reformen gestoppt und alles wieder rezentralisiert.“

Das Verhältnis von CNRS und Universitäten betreffend, meint K.: „Die Relationen sind viel enger, als dies von außen wahrgenommen wird. Es gibt viele Forschungsaufenthalte von Angehörigen der Universitäten am CNRS; auf diese Weise kofinanziert das CNRS die Universitäten. Umgekehrt beteiligen sich viele Forscher des CNRS an der Lehre und der Doktorandenausbildung der Universitäten. Durch das Instrument der ‘Unités mixtes de recherche’ ist die Bindung von CNRS und Universitäten enger als zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen etwa in Deutschland.“

Viele Prozesse auf der Ebene der Hochschulbildung und Forschung allerdings verlaufen informell. So holt sich jeder Minister seine Berater aus den Universitäten und besetzt hohe Posten mit parteinahen Personen. Auf diese Weise werden Konflikte zwischen den Hochschulen auf direkt politischer Ebene ausgetragen. Eine große Rolle spielt die Conférence des Présidents d’Université“.

Beide Gesprächspartner betonen die schwächere Position der französischen Universitäten (im Verhältnis etwa zu Deutschland). Überhaupt sei das Feld der französischen Bildungs- und Forschungsinstitutionen ausdifferenzierter.

Hinsichtlich der Rolle des neu gegründeten Haut conseil des science et de la technologie (HCST), meinen beide, dass dieser eine eher repräsentative Rolle spielt; der Präsident nehme schon starken Einfluss auf die Wissenschaften, jedoch weniger über den HCST als vielmehr über seine persönlichen Berater.

Was das politische Umfeld und die treibenden Kräfte der derzeitigen Prozesse angeht, so ist K. der Auffassung, dass die jüngst in Kraft getretene LOLF den entscheidenden administrativen Rahmen abgibt, der unabhängig ist von jedweder politischen Richtung. „Damit ist eine administrativ-finanzielle Globalvorgabe aufgestellt worden, an der alles zu bemessen ist. An den laufenden Prozessen und dem sich in ihnen herausbildenden Dispositiv wird auch die Präsidentschaftskandidatin der PS, Ségolène Royal, nichts ändern, denn das

System der Forschungssteuerung ist Goldes wert! Zwar haben die linken Regierungen, historisch gesehen, stets mehr Geld für die Forschung ausgegeben als die rechten, aber die derzeitigen Grundtendenzen würden auch unter einer linken Regierung beibehalten werden. Zudem sind Bildung und Forschung nicht die zentralen (Streit-)Themen zwischen links und rechts. Allerdings investiert die Regierung Chirac derzeit massiv in Schule, Hochschule und Forschung.“

Befragt nach dem Ausmaß der Reformen und der Einordnung derselben in die Evolution der französischen Wissenschaftslandschaft, antwortet K.: „Man hat es hier schon mit einem starken Rhythmus zu tun: Kaum war die ANR gegründet, da kündigte sich die AERES an, schließlich wurde der HCST eingeführt. Allerdings gibt es, im Verhältnis zu früher, eine höhere Transparenz, etwa innerhalb der Forschungsfinanzierung.“

J. bezeichnet die derzeitigen Prozesse als „Mutationen“.

Unter der Rubrik „Internationalisierung“ unterstreichen beide die Auswirkungen der Schaffung des europäischen Forschungsraumes auf die französische Forschungslandschaft. Auch Frankreich habe sich an der Bildung von Clustern und Exzellenz-Programmen beteiligt. Nach J. denken die französischen Institutionen hinsichtlich der Forschungsfinanzierung immer noch zu wenig im Sinne von Brüssel; K. hingegen betont, dass die Franzosen an der Spitze der Akquirierung von Brüsseler Forschungsgeldern stehen. J. beklagt den Mangel an Mobilität französischer Universitätsprofessoren; so sei es für sie, im Vergleich zu ihren deutschen Kollegen, schwer, Auslandssemester zu bekommen. Insbesondere die Sozial- und Geisteswissenschaften seien zu wenig internationalisiert. K. hingegen betont den internationalen Charakter des CNRS. Es habe sehr viele Auslandsinstitute, mehr als vergleichbare deutsche Institutionen. Was etwaige Sprachbarrieren der französischen Wissenschaftler angeht, so treffe dies zumindest nicht mehr für alle zu. Außerdem seien hier disziplinspezifische Differenzen zu beachten.

Das Problem bestehe eher in der Dominanz des Englischen, so etwa auf Ebene des Europäischen Forschungsrates: Die wahrhafte Internationalisierung der Wissenschaften sei dort gefährdet durch die Dominanz des Englischen/Amerikanischen. Ja, K. spricht von einer „drohenden Provinzialisierung der Wissenschaften durch die Dominanz des Englischen beziehungsweise Amerikanischen“.

¶ Von Hochseedampfern und anderem

Monsieur L., ein junger Beamter der Forschungsadministration und im Bereich internationale Beziehungen tätig, ist bestrebt, die gesamten Prozesse aus offizieller Sicht darzustellen. Nachdem er mir eine Menge an Materialien und Quellen an- bzw. mitgegeben hat, folgt er der Logik des Fragebogens und beantwortet auf diese Weise meine Fragen.

„Im Vergleich mit Deutschland hatte Frankreich erst sehr spät so etwas wie eine Projektfinanzierung der Forschung; Ansätze dafür existierten zwar schon zuvor, etwa mit dem ‘Fonds national de la recherche scientifique’“ (FNR), „aber hier hat es keine institutionelle Kohärenz gegeben.“

Eines der ersten Ziele der Umgestaltung der französischen Forschungslandschaft bestand von daher in der Projektfinanzierung. Die entsprechende Institution ist die ANR, die zunächst noch einen öffentlichen Interessenverband (Groupement d'intérêt public, GIP) dar-

stellt, innerhalb derer die Ministerien 62 % Einfluss haben. Künftig soll die ANR eine unabhängige Organisation werden, und zwar nach dem Muster der DFG.

Ein zweites Ziel ist in der Erhöhung des Anteils der privaten Wirtschaft an der Forschungsfinanzierung zu sehen. Während in Deutschland ca. 3 % des BIP für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, wobei ein hoher Anteil dieser Finanzierung aus privaten Einrichtungen stammt, beträgt diese Quote in Frankreich nur 2,1 %, und der Anteil der privaten Wirtschaft ist gering. Die Schwäche der französischen Forschungspolitik rührt gerade aus diesem viel zu schwachen Engagement der privaten Wirtschaft, die nun zu einem höheren Beitrag stimuliert werden soll. Allerdings kann die Politik keinen direkten Druck auf die Wirtschaft ausüben. Eines der Instrumente, dies indirekt zu tun, sind die Instituts Carnot im Rahmen der ANR. Mit ihrer Hilfe sollen die Unternehmen dazu gebracht werden, mehr in die Forschung zu investieren.“

L. bezeichnet die ANR als „Schwester der DFG“ und die Carnot-Institute als Pendant zu den Fraunhofer-Instituten. Gerade hier lasse sich eine Annäherung zwischen französischer und deutscher Forschungslandschaft ablesen.

„Ein drittes Ziel der derzeitigen Umbrüche ist es, der Forschungspolitik in Frankreich wirksamere Mittel der Forschungssteuerung zu verschaffen. Mit dem HCST wollte man die strategische Funktion der Wissenschaftspolitik stärken, und zwar in Hinblick auf solche Gebiete von strategischer Bedeutung wie Energie, Gesundheit, Umwelt, Kulturgesellschaft. Dabei ist der HCST in Analogie zum Wissenschaftsrat in Deutschland zu begreifen. Seine Aufgabe besteht in der Reflexion mittlerer und größerer Reichweite.“

Zugleich sei das französische Forschungsministerium grundlegend umgewandelt worden. Unterhalb der im Mai 2006 gegründeten Direction générale de la recherche et de l'innovation (DGRI, Generaldirektion für Forschung und Innovation) gebe es nunmehr eine „Direction de la stratégie“, mit der Funktion der Forschungssteuerung (pilotage), der wissenschaftlichen Voraussicht und der Definition von thematischen Prioritäten. Diese Direktion sei die praktische Stütze des HCST im Rahmen des Ministeriums, gewissermaßen die Vermittlungsinstanz zwischen beiden Institutionen.

Mit diesen Zielen handelt es sich, L. zufolge, darum, die Governance der Forschung zu modernisieren. Allerdings seien hier die großen Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich zu beachten: Während Deutschland ein föderaler Staat ist, stellt Frankreich ein zentralistisches Modell dar; jegliche Politik (etwa die des HCST) ist insofern „nationale Politik“, wohingegen in Deutschland etwa im Wissenschaftsrat die Länder vertreten seien.

„Schließlich geht es viertens darum, die Evaluation zu systematisieren, zu harmonisieren und zu koordinieren. Hier sind die Differenzen zu Deutschland groß, aber man nähert sich an. Dabei wird die neu zu gründende AERES die Funktionen der im Rahmen des Ministeriums angesiedelten MSTP übernehmen, die bislang die Studiengänge (‘masters’ und ‘écoles doctorales’) evaluiert hat. Zugleich soll die Evaluierung von Lehre und Forschung, d.h. von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, vereinheitlicht werden. Die AERES wird zudem die Funktionen des Comité national d'évaluation de l'enseignement supérieur (CNE) übernehmen, der bislang die Hochschulen evaluiert. Und sie wird künftig auch die Forschungsinstitutionen evaluieren, darunter das CNRS. Es handelt sich dabei also um eine extrem umfangreiche Aufgabe: Im Unterschied zu Deutschland, wo jede große Forschungsinstitution ihre eigene Evaluierungsinstanz hat, soll mit der AERES auf nationaler Ebene eine einzige Evaluierungsinstanz geschaffen werden.“ Und, auch im Unterschied zu

Deutschland, sollen hier die Evaluierungsexperten nicht gewählt, sondern ernannt werden. „Weshalb?“, frage ich nach. Dies, so L., „liegt an der Rolle der Gewerkschaften bei der Wahl der Experten. Zum einen verfügen die Gewerkschaften nur über eine schwache Repräsentativität. Sie stehen nur für 10% der Forscher, maßen sich aber an, die Experten zu wählen. Zudem haben sie eine starke Protest- und Oppositionskultur, im Unterschied zur Kultur der Verhandlung und der Partizipation, welche die deutschen Gewerkschaften auszeichnen. Die Zusammensetzung der Kommissionen der AERES darf nicht nach politischen Kriterien erfolgen, und die Transparenz, Methodik und Kohärenz der Evaluation können von den Gewerkschaften nicht geleistet werden.“

Das Positive an der Loi de programme pour la recherche sieht er in dem über zwei Jahre verlaufenden Reifeprozess des Projekts und der damit verbundenen öffentlichen Debatte. „Das hat es lange nicht gegeben, im Unterschied zu Deutschland, wo die Forschungspolitik immer wieder Gegenstand der öffentlichen Debatte ist.“ Bei der Loi de programme handele es sich um ein Forschungsrahmenprogramm, das den Rahmen der mittel- und langfristigen Forschungspolitik vorgibt.

„Was das Gesetz allerdings nicht berücksichtigt hat, das waren die Universitäten. Eines der größten Probleme der französischen Forschungspolitik besteht doch aber in der starken Trennung zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Steuerung, Finanzierung und Evaluierung der Universitäten wurden im Gesetz nicht thematisiert. Von daher ist ein entsprechendes Gesetz für die Universitäten notwendig (und steht zu erwarten). Seit Jahren fordern die Universitäten mehr Autonomie.

Außerdem geht es um den Status der Forscher: Bislang gibt es kaum befristete Stellen (wie etwa in Deutschland, Großbritannien und den USA). Daran aber zu rütteln, führt sofort zu Protesten – zum Beispiel von Bewegungen wie ‘Sauvons la recherche’! In Frankreich ist man darauf eingestellt, ‘fonctionnaire’, d.h. verbeamtet, zu werden. Jegliches Infragestellen dessen ruft eine Opposition aus Prinzip hervor. Es gab mehr Sicherheit, aber weniger Flexibilität; und die in den 60er/70er Jahren auf Lebenszeit eingestellten Forscher haben zuweilen die Freiheit genutzt, nichts zu tun. Dies ändert sich jetzt vehement mit der auf Projektfinanzierung ausgerichteten ANR.“

Hinsichtlich der Veränderungen der französischen Forschungslandschaft würde L. nicht von einem Bruch sprechen, sondern eher von starken, mit der Globalisierung verbundenen und unumkehrbaren Tendenzen. „Zwar wurden die Reformen von der rechten Regierung angestoßen, eine linke Regierung würde sie aber fortführen. Es handelt sich um eine schwerwiegende Evolution. Allerdings müsste man noch viel weiter gehen, doch die Politiker haben keine reale Macht.“ Er vergleicht die laufenden Veränderungen mit dem Kurswechsel von großen Hochseedampfern (paquebots), die dafür einen langen Vorlauf benötigten.

Was die Internationalisierung anbelangt, so sei diese schon recht weit vorangeschritten. „Pro Jahr entstehen 40.000 wissenschaftliche Publikationen, 10 % davon sind Koproduktionen mit deutschen Wissenschaftlern. Wissenschaftler kennen keine Grenzen; es gibt bereits viele internationale Kontakte.“ Dies beziehe sich auch auf die Prozesse der Forschungsfinanzierung und -evaluierung: „Zum einen haben die ANR und die AERES ihre jeweiligen Schwesterinstitutionen in Deutschland; zum anderen wird ihr internationaler Charakter selbst intensiviert. Die Forschungsfinanzierung auf EU-Ebene kann die Internationalisierung zwar unterstützen, ist aber nicht deren Ursache: Für die wahre Internationalisierung braucht es der Integration, nicht der Vernetzung.“

Der englische und der französische Garten

Am Dienstagvormittag bin ich in einem Café mit Monsieur M. verabredet; er ist seit langem aktives Mitglied einer französischen Wissenschaftlergewerkschaft.

Um die gegenwärtigen Prozesse verstehen zu können, so M., „muss man mit den Differenzen zwischen Frankreich und Deutschland beginnen. Während Deutschland ein föderaler Staat ist, haben in Frankreich historisch stets zentralisierte Regime geherrscht, zunächst unter den Jakobinern, dann unter dem Gaullismus. In dieser Logik bildeten sich nach 1945 die Großforschungseinrichtungen heraus, während die Universitäten zu wenig Geld erhielten. Die französische Forschungslandschaft gleicht einem französischen Garten von Forschungseinrichtungen, Deutschland hingegen erinnert eher an einen englischen Garten, wo jede Institution polyvalent ist. Dennoch gibt es in Frankreich engere Beziehungen zwischen CNRS und Universitäten als etwa zwischen Universitäten und MPG in Deutschland, da ca. 80 % der Forscher am CNRS, vermittels der UMR, an den Universitäten tätig sind. Das System ist also besser, als es oft dargestellt wird.“

Was den Zentralismus/Jakobinismus/Gaullismus anbelangt, verweist M. auf Parallelen zwischen französischer Forschungs- und Wirtschaftslandschaft. So wie der Staat auf Seiten der Ökonomie die großen Unternehmen (Raumfahrt, Atomindustrie, Transport) zuungunsten der KMU gefördert hat, so auf Seiten der Forschung die Großforschungseinrichtungen zuungunsten der Universitäten. Hat Deutschland ein Problem mit der Zentralisierung, so Frankreich ein Problem mit der Dezentralisierung.

Dies birgt Konsequenzen.

„Zum einen investiert Deutschland sehr viel mehr in Forschung und Entwicklung als Frankreich (ausgenommen auf dem Gebiet der Militärforschung). Zum anderen sind in Deutschland die Beziehungen zwischen privater und öffentlicher Forschung besser geregelt (was auch an der föderalen Struktur liegt). Schließlich hat Frankreich viel mehr fest angestellte Forscher, der Status des verbeamteten Forschers ist stark ausgeprägt.“

Das französische Forschungssystem sei sehr demokratisch gewesen, sehr viel weniger hierarchisch. Als Beispiel führt M. die Evaluierungskommissionen des CNRS an, wo ein Drittel der Mitglieder der Kommissionen durch die Professoren und Direktoren gewählt wird, ein Drittel durch die Dozenten, Forschungsbeauftragten und die Ingenieure, und ein Drittel durch die Regierung ernannt wird. „Daraus resultiert ein großer Einfluss der Forscher auf die Evaluierung, und dies wiederum begrenzt den ‘Fürsteneffekt’, sprich den Dirigismus. Auf diese Weise kann die Direktion des CNRS nicht machen, was sie will.“

Insgesamt gesehen hat dieses System seine Vor- und Nachteile gehabt.“ Zu den Nachteilen zählt er die Unterbewertung der Universitäten und die Versäulung der Forschungsorganismen, die allerdings dennoch kooperiert hatten.

„Man musste“, so M., „also etwas machen. Aber die Reform, wie sie jetzt durchgeführt wird, ist absolut katastrophal. Normalerweise geht man bei Reformen vom Gegebenen aus, das man reformieren will. In diesem Fall aber hat man ein total dirigistisches und zugleich total liberales System übergestülpt. Der sog. Pakt *für* die Forschung, der doch eher einen Pakt *gegen* die Forschung darstellt, ist ein Programm der Stagnation der Forschung (die Zunahme der Forschungsausgaben sind reiner Inflationsausgleich, die Forschungskredite für die Forschung und Hochschulbildung stagnieren). Im Jahre 2002 wurden 3 % des BIP für F und E festgelegt, derzeit bewegt man sich bei 2,1 %, und niemand glaubt, dass sich daran

etwas ändern wird. Statt die Kooperation zwischen den existierenden Institutionen zu verstärken, hat man neue Institutionen wie die ANR geschaffen, und statt zu dezentralisieren, wieder zentralisiert. Die Mitglieder der ANR wie des HCST sind ernannt worden, statt gewählt zu werden. Man hat auch hier – von Seiten der Gewerkschaften – Drittel-Lösungen vorgeschlagen, die Regierung jedoch hat sich absolut durchgesetzt. Zudem nimmt die ANR permanent an Macht zu, ja sie nimmt enorme Dimensionen an. Mit der durch sie geförderten Projektforschung wird die langfristige Forschung zu bestimmten Themen nahezu unmöglich gemacht, man geht zu einer 'Schießschartenforschung' über, bei welcher die einzelnen Forschungsprojekte keinerlei Verbindung untereinander haben. So wird die angewandte Forschung zuungunsten der Grundlagenforschung gefördert. Außerdem kann man Entdeckungen nicht programmieren. Ein bestimmter Prozentsatz der Forschung (ca. 10-20 %) müsste für die Grundlagenforschung freigehalten werden.

Zugleich aber ist die ANR absolut liberal. Denn die durch sie aufgestellten Themen sind nicht zufällig gewählt, sondern resultieren aus ökonomischen Bedürfnissen und werden von den pôles de compétitivité übernommen, also von den Unternehmen. Statt dass die Forschungseinheiten die Themen aufstellen und die entsprechenden Unternehmen auswählen, mit denen sie kooperieren wollen, wird ihnen dies wieder vorgegeben.

Durch die Reformen sind die Organismen und Universitäten, die doch vorher eine bestimmte Autonomie hatten, sehr geschwächt worden.“

Eine neue Agentur sei zwar notwendig gewesen; aber sie hätte finanziell sehr viel bescheidener ausgestattet werden und sich viel mehr auf die bestehenden Organismen stützen müssen. Die Richtung des „Aufbrechens“ (décloisonnement) sei zu unterstützen, nicht jedoch der erneute und verstärkte Zentralismus.

Die größten Probleme sieht M. bei der Zunahme der befristeten Arbeitsverträge (contrats à durée déterminée, CDD). „Die jungen Leute bekommen nur noch befristete Arbeitsverträge. Dadurch sinkt die Attraktivität der Forschung. Sie gehen eher in die Wirtschaft oder in andere Bereiche, statt zu promovieren und in der Wissenschaft zu bleiben. Das wird langfristig ein Problem für die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses bilden – im Übrigen nicht nur in Frankreich, sondern europaweit!“

Befragt zu den politischen Hintergründen der Prozesse, meint M., dass die Differenz zwischen rechten und linken Regierungen, was die Frage der Forschung anbelangt, nicht allzu groß ist, da Bildung und Forschung nicht die zentralen Themen darstellen. Eine Wahl von Nicolas Sarkozy allerdings wäre die Katastrophe auch und gerade für die Forschungslandschaft.

Was die AERES anbelangt, so liege sie auf derselben Linie wie die ANR. „Dass alle und alles evaluiert werden müssten, war eine Forderung der Generalstände und Gewerkschaften gewesen. Die Evaluierung muss wissenschaftlich korrekt, aber auch menschlich vertretbar sein. Die universitären Forschergruppen wurden bisher nicht evaluiert, und es gab keine vergleichbaren Kriterien für die Evaluierung der Lehrenden.

Nun aber ist man dabei, ein völlig technokratisches System aufzustellen, das darauf abzielt, die Rolle der bestehenden und auf der Basis von gewählten Mitgliedern arbeitenden Evaluierungsinstanzen spürbar zu verringern. Die AERES wird eine total dirigistische Hyperstruktur sein.“

Die Forderung nach einer Reformierung der französischen Forschungslandschaft hätten die „Etats généraux“ bereits seit langem aufgestellt. „Im Jahre 2004 kam es so zu großen Demonstrationen, an denen zuweilen gut 300.000 Demonstranten teilnahmen. Von Seiten der Gewerkschaften organisierte man öffentliche Debatten; einer der Höhepunkte war Grenoble Herbst 2004. Von Regierungsseite wurden diese Themen aufgegriffen, jedoch in ihr genaues Gegenteil verkehrt. Das muss als Manipulation bezeichnet werden!“

Das große Problem sei die ANR (und nicht die AERES): „Der eigentliche Knackpunkt liegt immer dort, wo das Geld herkommt!“

Europa – nur eine Provinz in der Welt

Am Dienstagnachmittag habe ich wieder einen Gesprächstermin in der Forschungsadministration. In seinem Büro treffe ich Monsieur N., Leiter einer Abteilung für Geistes- und Sozialwissenschaften (SHS).

Zu den Richtungen der derzeitigen Umgestaltungen sagt er, dass diese hauptsächlich in der Reorganisation des gesamten Dispositivs der wissenschaftlichen Forschung liegen. Das Wichtigste ist ihm zufolge die Bildung der ANR nach angelsächsischem Vorbild (aber auch angelehnt an entsprechende Modelle in Deutschland und Schweden). „Zur Finanzierung der Forschung stellt die ANR ca. 800 Mio. Euro zur Verfügung. Allerdings ist der Prozentsatz für die SHS recht gering: 2005 betrug dieser 25 Mio. Euro, 2006 30 Mio. Euro.“ Und er vergleicht die Prozentsätze mit anderen Ländern und Einrichtungen, die seines Wissens im Durchschnitt höher liegen.

„Nach wie vor verfügen die französischen Großforschungseinrichtungen wie das CNRS oder die Universitäten über die Stellen; sie erhalten jedoch immer weniger Geld, um die eigentliche Forschung und die Centres de recherche zu finanzieren. Diese Forschungsfinanzierung im engeren Sinne übernimmt nun die ANR, zunehmend aber kommt das Geld auch aus Brüssel. Das hat die französische Forschungslandschaft sehr verändert.“

Auf die Frage nach seiner Einschätzung der gegenwärtigen Prozesse antwortet er differenziert. Seit einigen Jahren verfolge die französische Forschungspolitik drei Hauptlinien: die Förderung der Interdisziplinarität, die (Um-)Strukturierung der Forschung sowie die Internationalisierung.

Was den ersten Punkt anbelangt, so könne man hier von einem Bruch sprechen, der allerdings bei den Geistes- und Sozialwissenschaften stärker ausgeprägt ist als bei den sog. exakten Wissenschaften. Viel mehr, als dies bislang geschehe, müssten erstere mit letzteren zusammenarbeiten, etwa mit den Life sciences oder den Medical sciences.

Der derzeitige Hauptkonflikt besteht, N. zufolge, darin, dass das CNRS finanzielle Mittel an die ANR abgeben musste, wobei es aber immer noch über die Stellen verfügt. Eine Auflösung des CNRS sei unwahrscheinlich. Allerdings: „Wenn die Rechte die Wahlen gewinnt, dann könnten die SHS aus dem CNRS auswandern. In dem Falle wird möglicherweise ein besonderes Institut gegründet werden, etwa ein ‘Institut national des SHS’, wie vor zehn Jahren, als bereits die Demographie ausgegliedert und das ‘Institut national d’Etudes démographiques’ gegründet wurde.“ Doch ist N. der Überzeugung, dass es für die SHS selbst sehr viel vorteilhafter wäre, im Rahmen des interdisziplinär strukturierten CNRS zu verbleiben.

Die Haltung der Universitäten zur ANR bezeichnet N. als positiv. Auch von einer zunehmenden „pilotage“ der Forschung könne keine Rede sein: „Man steuert nicht mehr als vorher, eher weniger: Wenn man sich die Projektstrukturen der ANR anschaut, so sind ein Drittel der Programme thematisch, zwei Drittel hingegen offen.“ Nun schreibt er selbst Zahlen auf gelbe Zettel, die er anschließend in mein Heft klebt. Beim Fonds National des Sciences (FNS), einem Vorläufer der ANR, sei unter 12 Programmen ein einziges offen gewesen (dabei habe das Gesamtvolumen des FNS für die SHS 16,4 Mio. Euro betragen). Bei der ANR hingegen seien 2005 (bei einem Gesamtvolumen für die SHS von 25 Mio. Euro) zwei Drittel des Budgets für ein „programme blanc“ und ein Drittel nur für 3 Programme von „thématiques prioritaires“ („Corpus“, „Violences et conflits“, „Apprentissage“) verwendet worden. Es gebe also weniger „pilotage“ als zuvor, da mehr „programmes blancs“.

Hinsichtlich der AERES ist N. der Auffassung, dass Frankreich mit ihr über eine moderne nationale Evaluationsagentur mit neuen, internationalen Kriterien verfügen werde. Allerdings sei die Gründung der AERES nicht vor Mitte nächsten Jahres zu erwarten, die Details würden sich noch sehr verändern.

Was die internationalen Vorbilder und Modelle der derzeitigen Transformationsprozesse angeht, so sei die ANR nach dem Vorbild der US-amerikanischen „National Science Foundation“ gegründet worden. Eine große Rolle spiele aber auch der „European Research Council“.

Die Internationalisierung der SHS ist seines Erachtens schon sehr weit vorangeschritten: In den Laboratorien des CNRS arbeiten viele Ausländer. Im 6. Rahmenprogramm habe Frankreich an fünf Themenfeldern mitgearbeitet.

Für die derzeitigen Umgestaltungen spielten die Europäisierung und die Globalisierung sowie die internationale Konkurrenz eine erhebliche Rolle. Hinsichtlich der Defizite der Internationalisierung meint N.: „In allen europäischen Länder hat man noch nicht hinreichend verstanden, dass Europa nur eine Provinz in der Welt darstellt: Es muss eine viel größere Öffnung nicht bloß Richtung USA und Japan geben, sondern Richtung China, Indien, Brasilien und Südafrika!“

N. weist auf die Bedeutung der Réseaux thématiques de recherches avancées (RTRA) hin, die den Exzellenzzentren in Deutschland entsprechen. Auch diese sind Teil des neuen Forschungsgesetzes. „Ein RTRA ist eine ‘Fondation de coopération spécifique’“ (wieder gelber Klebezettel in mein Heft!), „man hat für sie ca. 25 Mio. Euro ausgegeben. Nach der entsprechenden Ausschreibung sind 13 Institutionen als RTRA aufgenommen, davon drei auf dem Gebiet der SHS.“

Insgesamt würde er nicht von einem Bruch sprechen, sondern von einem verhältnismäßig normalen Prozess: „In Frankreich hat man schlichtweg zu spät erkannt, dass die Einführung der Projektforschung unumgänglich ist. Ein gutes Modell für Frankreich wäre die Max-Planck-Gesellschaft gewesen; nach ihrem Vorbild hätte man das CNRS umstrukturieren sollen.“

Er gibt mir dann noch (auf zwei weiteren gelben Klebezetteln) zusätzliche Informationen zur Reform des CNRS. So habe man versucht, in dieser Institution mehr Übersichtlichkeit zu schaffen: N. zufolge hat sich in der Zeit von 2001 bis 2006 die Zahl der Forschergruppen am CNRS um etwa zwei Fünftel verringert. Und hinsichtlich der neuen Finanzierungsmodi rech-

net er mir am Beispiel seines eigenen Instituts vor, dass dieses seit der Einrichtung der ANR mehr als doppelt soviel Mittel erhält wie zuvor. „Eine eindeutige Steigerung, nicht wahr?“

Die ANR – eine Revolution!

Nach meinem Gespräch mit N. fahre ich mit dem Bus zu einer Institution, deren Funktion in der Forschungsfinanzierung besteht.

Dort erwartet mich Herr O., ein junger Deutscher, der die aktuellen Veränderungen problematisch findet.

Was derzeit in Frankreich passiert, bezeichnet er als beispiellos: „Drei neue Agenturen, die das Ganze umstellen, plus ‘Institut Carnot’ plus ‘pôles de compétitivité’ – das alles sind bedeutende Veränderungen. Einige Franzosen sagen, dies sei eigentlich schon viel zu viel.“

Die neuen Prozesse brächten Vor- und Nachteile mit sich: Probleme der Doppelfinanzierung und neuer Unübersichtlichkeit. Die Vorteile sieht er im Aufbrechen verkrusteter, unflexibler Strukturen, unter denen die Forschung gelitten hat. Eines der Ziele der derzeitigen Reformen bestünde in der Intensivierung der Zusammenarbeit von Industrie und Forschung, die bislang unterentwickelt gewesen sei.

Tatsächlich orientierten sich die französischen Institutionen stark an den deutschen Pendants, so die ANR an der DFG und das Label Carnot an der Fraunhofer-Gesellschaft.

Hinsichtlich des Label Carnot sagt er: „Die Idee zu einer stärker anwendungsorientierten Forschung war Mitte der 90er Jahre virulent gewesen. Schon damals wurde das Modell der Fraunhofer-Gesellschaft ins Spiel gebracht. Mit dem damaligen Regierungswechsel wurde das Projekt gestoppt, nach dem erneuten Regierungswechsel aber wieder aufgenommen. Seit Ende 2004 schließlich wurde an der Realisierung dieser Idee gearbeitet.“

Bei aller Analogie zur Fraunhofer-Gesellschaft sieht er den Hauptunterschied darin, dass bei dieser die komplette Grundfinanzierung leistungsbezogen ist, während in Frankreich die mit dem Label Carnot ausgezeichneten Institute bereits über eine Grundfinanzierung verfügen (zumeist vom CNRS), und bei erfolgter Labellierung einen entsprechenden, allerdings nicht unerheblichen Zuschuss erhalten. Die Anreizfunktion falle daher geringer aus (während es bei den Fraunhofer-Instituten um die Existenz ginge). Das größte Carnot-Institut erhalte immerhin 14 Mio. Euro Zuschuss.

Einen weiteren wesentlichen Unterschied zwischen Carnot-Instituten und Fraunhofer-Instituten sieht er in der sehr heterogenen Zusammensetzung der ersteren: „Zuweilen erhalten ganze Organismen das Label, dann aber wieder zum Teil – zumindest aus deutscher Sicht – unübersichtlich (aus Universitäten, privatwirtschaftlichen Organisationen, Forschungseinrichtungen) zusammengesetzte Konglomerate, was praktische Probleme bei der Vertragsschließung hervorruft und die Prozesse verkompliziert. Daraus resultieren auch Probleme der Governance in einem solchen Institut, weil nicht klar definiert ist, wer hier das Sagen hat.“

O.s Ansicht nach ist das französische Forschungssystem viel mehr von Macht und Politik bestimmt als das deutsche; so etwas wie den Umgang mit der vormaligen Direktion des CNRS würde es in Deutschland nicht geben. Einen weiteren Unterschied zum deutschen System sieht er in der großen Rolle der Eliteschulen.

Verhältnismäßig wenig hält O. von den europäischen Rahmenprogrammen; er plädiert eher für Formen der bilateralen Zusammenarbeit (wie etwa zwischen Deutschland und Frankreich), aus denen sich dann etwas Größeres ergeben könne. Alles andere sei sehr bürokratisch und formal, verbunden mit hohem Aufwand, und oftmals mit nur geringem Effekt (siehe die Erfolgsquote von Anträgen auf EU-Ebene).

Hinsichtlich der Internationalisierung sieht er mehr Finanz- denn Sprachprobleme: „Man braucht Mittel, um internationale Projekte voranzutreiben, und daran mangelt es oft. Mit der Projektfinanzierung durch die ANR wird es kaum möglich sein, längerfristige und kontinuierliche Kooperationsbeziehungen aufzubauen.“

Von der AERES hat er den Eindruck, dass sie der Neigung vieler Franzosen zum Kontrollieren und Evaluieren entgegenkommt. Statt eine A-posteriori-Evaluation zu betreiben, sehe man eine A-priori-Evaluation vor; zudem würden viele Institutionen von sehr unterschiedlichen Institutionen evaluiert, was sie an ihrer eigentlichen Arbeit behindere.

In dem knappen anschließenden Gespräch mit seinem Kollegen P. bezeichnet dieser die ANR als eine Revolution. Auch er plädiert für eine Verstärkung der bilateralen Zusammenarbeit, die oftmals viel intensiver sei als die multilaterale. In diesem Zusammenhang verweist er auf einen Vertrag zwischen der ANR und der DFG, der in Vorbereitung sei.

¶ Von der Unmöglichkeit, fremde Systeme zu importieren

Am Mittwochvormittag bin ich ein zweites Mal in der bereits erwähnten sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtung verabredet. Diesmal empfängt mich Monsieur Q., ein Wissenschaftler, der über langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Administration der Geistes- und Sozialwissenschaften verfügt. Nachdem er meinen Fragebogen studiert hat, hält er mir eine regelrechte Vorlesung.

„Das nationale französische System gerät derzeit unter zweifachen Druck: Zum einen durch die Internationalisierung, wobei alle nationalen Systeme diesem Druck unterliegen. Die Öffnung zur Welt spielt sich auf dem Feld der internationalen Konkurrenz ab. Zum anderen durch die Regionalisierung: Das nationale System ist in regionale Subsysteme untergliedert (Länder, Regionen), die wieder ihre territorialen Subsysteme haben. Daraus resultieren eine Logik von territorialen Clustern und eine räumliche Interdependenz.

Das besondere Problem des französischen Forschungssystems liegt darin, dass es ein nationales Forschungssystem bildet, eine auf extreme Weise bestimmte historischgesellschaftliche Konstruktion.“

Ähnlich wie M. verweist auch Q. immer wieder darauf, dass man ohne Kenntnis der Geschichte dieses Systems die aktuell ablaufenden Veränderungen nicht verstehen kann. „Wie alle nationalen Systeme wird es nun mit dem internationalen System konfrontiert. Doch in welchem Maße und wie weit? Das System wird dem Muster des internationalen Bezugssystems unterworfen, das ein ökonomisches Modell und eine Ideologie zugleich ist, wobei die Ideologie im Glauben an das System besteht. Dieses Bezugssystem besteht aus unterschiedlichen Elementen.

Erstens aus der Universität und dem Lehrenden-Forschenden als dem Herz des Dispositivs der Grundlagenforschung; Referenzsystem ist hier das Humboldt-Modell. Das ist ein dreigliedriges Modell: Produktion des Wissens – Diffusion des Wissens – Unternehmen bzw.

Bildung – Forschung – Unternehmen, wobei der ‘Forschende-Lehrende’ das Herz des Ganzen bildet. Dieses System, bei dem Grundlagen- und angewandte Forschung sowie Lehre und Forschung eng verbunden sind, wird komplettiert durch Einrichtungen, an denen man reine Forschung betreibt, sowie durch die angewandte Forschung in den Unternehmen selbst (F und E).

Zweitens: Diese Organisation muss durch Agenturen finanziert werden, die nach dem Ausschreibungsprinzip funktionieren und die Anbieter in Konkurrenz untereinander bringen.

Drittens: Das Ganze muss nach zweifachen Kriterien evaluiert werden: a) nach akademischer Exzellenz (ranking); b) in Termini des Transfers des Wissens in die Bildung und die Unternehmen, d.h. nach dem Beitrag zur ökonomischen Entwicklung.

Dieses System gilt heute als das Referenzsystem; man nimmt an, es sei effizient und leistungsstark. Die Politik in allen Ländern orientiert sich daran, und auch Frankreich entkommt dem nicht.

Hier sind drei Fragen zu stellen. Zum einen: Ist es wahr, dass dieses Modell das einzige Bezugsmodell ist? Gibt es kein Heil außerhalb desselben? Zum anderen: Wie weit muss man die nationalen Modelle nach ihm formatieren, mit dem Risiko, sie zu destruieren (d.h. zu verlieren, ohne zu gewinnen)? Und schließlich: Welche Validität hat dieses Modell für die unterschiedlichen Disziplinen?

Was hat das nun für Frankreich zu bedeuten?

Frankreich“, führt Q. weiter aus, „ist das Land, das mit seiner besonderen sozialhistorischen Konstruktion am weitesten von diesem Modell entfernt ist. Frankreich wurde nach dem Colbertschen Modell konstruiert beziehungsweise stellt eine gaullistische Konstruktion aus den Jahren 1959/60 dar. Speziell für die Forschung besteht dieses Modell in einem starken Einfluss des Zentralstaats, in großen Forschungsprogrammen, die vorwiegend von an spezialisierten Institutionen arbeitenden Forschern realisiert werden, wie den CPST (darunter dem CNRS) oder den EPIC (wie das CEA).

Resultat: Die Universitäten sind schwach, die meisten Universitäten jüngerer Datums (Gründungen aus vormals existierenden Fakultäten); ihre Governance ist schwach, während die Präsenz des Zentralstaats sehr stark ausgeprägt ist. Die Lehrenden sind nur vorgeblich in Lehre *und* Forschung tätig – sie forschen zumeist viel zu wenig! Die Beziehungen zwischen Universitäten und Unternehmen sind nur wenig ausgeprägt. Besonders schwach ist das Dispositiv der Evaluierung der Universitäten und der Universitätsangehörigen.“

Das Zentrum des Dispositivs der französischen Forschung ist für Q. das CNRS:

„Historisch gesehen wurde es gegründet, um die unterstellte Schwäche der Universitäten zu kompensieren, und zwar angesichts der Auseinandersetzung mit Deutschland in den 30er und 40er Jahren. So wurde Frankreich eben zu dem Land, das am weitesten von den derzeitigen Bezugssystemen entfernt ist.

Seit Ende der 80er/Beginn der 90er Jahre nun bildete sich ein Spiel mit drei (resp. vier) Akteuren heraus, die allerdings auch wieder in sich zu differenzieren sind, und zwar mit dem Ministerium, dem CNRS, den durch die CPU repräsentierten Universitäten und den Forschern und Forschenden/Lehrenden. Sie alle spielen ihre Rollen, und dies seit 15 Jahren in einem Verlustspiel! Dabei handelt es sich nicht einfach um ein Spiel zwischen rechts und links.

Die Universitäten spalten sich noch einmal auf in die Universitäten selbst und ihre Angehörigen einerseits und die CPU andererseits. Im Ministerium wiederum ist zu differenzieren zwischen den Beamten (der Zentralverwaltung) und den Politikern (dem Kabinett und dem Minister). Und auch die Umstrukturierung des Ministeriums hat zwei Richtungen erzeugt, denn durch die Gründung der ANR wurden dem Ministerium viel Geld und daher Macht entzogen, was auch hier zu Spannungen führte.

Das Hauptspiel besteht in der Allianz der Universitäten untereinander und mit dem Ministerium, um das CNRS zu schwächen. In marxistischen Worten ausgedrückt handelt es sich hierbei um eine objektive Allianz gegen einen Dritten, denn eigentlich stehen das Ministerium, die zentralen Dienste und die Universitäten selbst bezüglich des jakobinischen etatistischen Systems in Spannung zueinander, da die zentralen Dienste das jakobinische etatistische Modell vertreten, während die Universitäten ihre Autonomie einfordern, die sie jedoch derzeit aus ideologischen und Führungsgründen nicht erhalten können.“

Dies, so Q., ist „ein nettes Spiel zwischen den Akteuren, weil die Universitäten im eigentlichen Sinne gar keine Autonomie anstreben, da sie jegliche Konkurrenz fürchten. Vielmehr hängen sie grundsätzlich dem republikanischen Modell an. Dieses besteht aus folgenden Eckpunkten: Gleichheit im Sinne von Billigkeit, d.h. freier Zugang zum Wissen für alle; Freiheit: danach steht jedem frei, zu wählen, was er will; kollektive Verantwortlichkeit: jedem ist das kostenlos anzubieten, was er möchte.

Das wird als ein Recht angesehen!

Daher also die Allianz zwischen den Universitäten und dem Ministerium, obwohl sie eigentlich verfeindet sind. Denn politisch gesehen steht das Ministerium nicht auf dem jakobinischen, sondern auf dem internationalen Modell.“

Aufgrund des Drucks des internationalen Modells, so Q., musste sich der Staat schrittweise aus der Forschungssteuerung und -finanzierung zurückziehen und diese Aufgabe an eine neu zu gründende, unabhängige Agentur, eben die ANR, übertragen. In demselben Kontext gehen die Universitäten auf größere Distanz zum Staat, während die großen Organisationen (wie das CNRS) eine immer schwächere Rolle in der Forschungsorganisation spielen; das Territorialprinzip wird stärker ausgeprägt, die Beziehungen zwischen Forschung und Unternehmen werden intensiviert und Forschungsprojekte sind zunehmend auf europäischer Ebene zu beantragen.

Daher auch die Idee der Bildung von Agenturen, das Modell der verstärkten Kooperation zwischen den unterschiedlichen Forschungsinstitutionen und die Vorstellung von der Notwendigkeit eines Dispositivs der Evaluation von Lehre und Forschung, die das CN und das CNU vereinigt.

Dieses Modell stehe in vollkommenem Widerspruch mit *Sauvons la recherche*: Während das Ministerium das internationale Modell präferiere, verfolge *Sauvons la recherche* das republikanische.

Im Mittelpunkt dieses Spiels, so Q., navigiert die Direktion des CNRS. „Objektiv gesehen ist das CNRS erheblich geschwächt, insbesondere im Vergleich mit den 90er Jahren, die den Höhepunkt des CNRS bildeten. Der damalige Präsident hat gegenüber dem Ministerium Gesicht gezeigt. Seit der Rückkehr der Rechten an die Regierung (1993/94) verlor das CNRS an Macht; letzter 'Höhepunkt' in diesem Rückzugsgefecht (oder Niedergang) war der Rücktritt von B. Larroutou und der Antritt von C. Bréchnac. Die Frage besteht auch darin, was

denn mit den Evaluierungsinstitutionen des CNRS wird; immerhin lag die Solidität der Evaluation beim CN. Was es jedoch nicht gab, war die Evaluation des CNRS als Ganzes. Die Gründung der AERES stellt insofern eine tatsächliche Entmachtung des CNRS dar.“

Auch Q. zieht den Vergleich zu Richelieu, der ebenfalls die Großen bekämpfen wollte: „Das CNRS war einfach zu groß! Seit der Bildung des Forschungsministeriums durch den Zusammenschluss der beiden Ministerien wollte man das bonapartistische Modell (das colbertistische Modell resp. das 'modèle ultrapuissant') einführen, und da störte das CNRS.“

Zum Schluss ordnet Q. die Umbrüche in der französischen Wissenschaftslandschaft in die Umbrüche in Frankreich insgesamt ein: „Frankreich selbst befindet sich derzeit in einer tiefen Krise und verliert auf allen Feldern.“ Das Problem: „Man kann keine fremden (angelsächsischen) Modelle einführen!“

Massenuniversitäten versus Elitehochschulen

Am Nachmittag desselben Tages treffe ich mich mit Monsieur R., Professor an einer der in Paris ansässigen Grandes écoles. Nachdem er mir die Gemäuer dieser altherwürdigen Institution präsentiert hat, erläutert er seine Forschungsschwerpunkte sowie seinen institutionellen Werdegang. Dann stellt er an praktischen Beispielen dar, wie innerhalb der neugegründeten ANR Regeln für die Forschungsevaluierung und -finanzierung erprobt und implementiert wurden. Zu den Regeln der in der ANR praktizierten stufenweisen Evaluation gehörten die Explizität der Kriterien, die wissenschaftliche Qualität sowie die Transparenz der Entscheidungen.

Eines der Ziele der ANR bestünde in der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Natur- und Technikwissenschaften einerseits und Geistes- und Sozialwissenschaften andererseits, und dies funktioniere besser, als zunächst erwartet.

Zum ersten, allgemeineren Teil des Fragebogens kommend, sagt R.: „Das, was sich jetzt abspielt, bringt Frankreich auf internationale Linie, und zwar im Verhältnis von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen, beim Problem der Verbeamtung und hinsichtlich des geringeren Ausmaßes der 'pilotage'.

In all diesen Punkten hat man beschlossen, einen mittleren Weg zu gehen.“

Die Idee der ANR sei die Projektforschung, statt das Geld den Organismen zu geben (nach dem Gießkannenprinzip); die ANR steuere mehr die wissenschaftlichen Prioritäten.

„All diejenigen, die dieser Logik nicht entsprechen, sind der Natur der Sache nach damit nicht einverstanden.

Die ANR geht eher in Richtung der Förderung der privaten statt der öffentlichen Forschung; weil – gerade auch von Seiten des CNRS – auf eine verstärkte Förderung der öffentlichen Forschung bestanden wurde, kommt es zum politischen Konflikt, in dessen Mittelpunkt die ANR steht. Das Kalkül der Regierung bestand jedoch darin, dass, da in Frankreich die Wirtschaftsforschung zu wenig ausgeprägt ist, diese verstärkt zu fördern ist.

Es handelt sich hier also um eine bedeutende Veränderung: Die Organismen verfügen nunmehr zugunsten der ANR über erheblich weniger Geld als zuvor – dadurch werden sie de facto entmachtet!“ Das, so R., ist keine natürliche Evolution.

„Seit vielen Jahren schon wollten die Politiker der Rechten das CNRS unterdrücken. Den Universitätsmandarinen missfiel bereits seit langem, dass der überwiegende Teil der Forschung am CNRS angesiedelt ist. Sie forderten daher die Schließung des CNRS. Dieser politische Wille scheiterte jedoch am politischen Widerstand.“

Die aktuelle Situation würde er als Übergang bezeichnen: „Indem den Organismen wie dem CNRS die Mittel gekürzt werden, bleibt ihnen nur noch die administrative Funktion der Führung des Personals, was sie in ein paar Jahren vollkommen überflüssig macht. Darin“, so R., „besteht das politische Kalkül.“

Das eigentliche Problem in Frankreich sei jedoch das zweigeteilte Bildungssystem von Universitäten einerseits und Grandes écoles andererseits. Während die Universitäten in einem schlechten, ja unhaltbaren Zustand seien, Massenuniversitäten darstellten, die ihren Absolventen keine Perspektive anbieten können, seien die Grandes écoles zwar teuer, bildeten aber nach wie vor die französische Elite aus. Eine Schließung der Grandes écoles, wie das viele Universitätsangehörige fordern, sei unwahrscheinlich. Stattdessen stehe aber eine Reform der Universitäten an. „Der Zugang zu den Universitäten muss stärker kontrolliert werden, und er kann auch nicht kostenlos bleiben. Doch gegen derartige Reformen wird es Widerstand geben.“

Zum politischen Hintergrund vermerkt R., dass die Rechten die Bildung der ANR angestrebt hatten; und obzwar dies kein Projekt der Linken gewesen sei, würden diese ihre Gründung aber auch kaum rückgängig machen.

Die „tarte française“ oder: In Frankreich schreitet man mittels Krisen voran

Am Donnerstag früh fahre ich mit der Metro zu einer Filiale einer großen französischen Forschungseinrichtung; Monsieur S. arbeitet dort auf dem Gebiet internationale Beziehungen.

Im Unterschied zu L. betont S. zu Beginn, dass er mir nur seine persönliche Perspektive mitteilen könne (und keine offizielle), wobei er sich auf den Einfluss der ANR auf das CNRS konzentrieren wolle.

Mit Blick auf die allgemeinen Ausgangsfragen meines Questionnaire weist er mich zunächst darauf hin, dass ein wesentliches Kennzeichen der französischen Forschungslandschaft in der starken Trennung zwischen öffentlicher und privater Forschung zu sehen ist; es sei also genau zu definieren, was denn der Terminus „französische Forschungslandschaft“ (paysage scientifique français) umfassen solle, was auch andere Gesprächspartner anmerkten. „Wir sprechen von einer Kultur, wo die Forschung sowohl in der Industrie als auch an den Universitäten schwach ist. Der Staat wollte die Forschung über öffentliche Großforschungseinrichtungen stärken. Das Gravitationszentrum lag nicht auf den Universitäten. Darin besteht der große Unterschied zu Deutschland – dort herrscht eine andere Kultur.“

Nun macht er, wie er sagt, eine große Klammer auf und geht auf die Geschichte des CNRS ein; denn ohne Kenntnis der Vorgeschichte könne man die derzeitigen Prozesse nicht richtig verstehen (auch hierin ist er sich mit anderen Gesprächspartnern einig). „Schon François I. hat das Collège de France gegründet, um die Sorbonne zu ergänzen. Nach diesem Muster wurde auch das CNRS gegründet, als die Universitäten im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für unzureichend befunden wurden. Unter der IV. und V. Republik hat man, angesichts des industriellen Rückstands Frankreichs, das CNRS gestärkt. Zudem sind in

dieser Zeit Großforschungsinstitute wie das IEA, das INSERM und das CIRAP gegründet worden. Man kann“, so S., „das ‘univers français’ nicht verstehen, wenn man nicht diese Institutionenlandschaft und die Schwäche der Universitäten kennt.“

Eine große Wende sei bereits im Zeitraum 1982-1984, also unter der linken Regierung Chevènement, eingetreten, und zwar im Zusammenhang mit der Loi d'orientation et de programmation de la recherche, der sog. „loi Chevènement“. „Zum einen wurde in dieser Zeit die ‘politique contractuelle’ zwischen den EPST und dem Staat ins Leben gerufen. Zum anderen hat man die Beziehungen zwischen dem CNRS und den Universitäten intensiviert, und zwar mit dem Instrument der UMR; von den 1300 ‘laboratoires’ des CNRS sind die meisten UMR, also Vereinigungen von Universitäten und CNRS, und die Gelder kommen von beiden Seiten. Zum dritten“, und darauf legt S. besonderen Wert, „ging es damals auch um die Förderung der Industrieforschung. Bis zu diesem Zeitpunkt herrschte in Frankreich eine strikte Trennung von privater und öffentlicher Forschung. Einer der Gründe dafür war die antiindustrielle resp. antikapitalistische Kultur/Ideologie der überwiegend links bzw. kommunistisch eingestellten französischen Intelligentsia, die sich stets gegen die Industrieforschung (als latent kapitalistisch eingestuft) gewandt hatte. Paradoxerweise nun“, so S., „wurde diese Annäherung von Industrie- und öffentlicher Forschung gerade unter der linken Regierung Chevènement vorangetrieben.“ In diesem Sinne gründete man auch Institutionen wie die ANVAR (mit dem Ziel der Förderung der Industrieforschung), die CIFRA (zur Förderung der Ingenieure) und den „Fonds de la Recherche et de la Technologie“, (FRT, ein Vorläufer der ANR), desgleichen die „Délégation générale à la Recherche Scientifique et Technique“ (DGRST), eine Vorform des heutigen Forschungsministeriums, in der schon vom Titel her Grundlagen- und Industrieforschung zusammengeführt werden sollten. Schließlich seien in diesem Zeitraum viele Mitarbeiter der EPST, darunter auch des CNRS, verbeamtet worden, mit allen Vor- und Nachteilen, die S. im Spannungsfeld von Sicherheit versus Innovativität verorten würde. Das heute so viel debattierte Problem der Verbeamtung datiere also aus dieser Epoche. „Man kommt“, so S., „im Alter zwischen 25 und 32 Jahren ans CNRS. Für die ersten Jahre ist die soziale Sicherheit positiv (auch für die Forschung). Zwischen 50 und 60 Jahren setzt jedoch ein Sinken der Effizienz ein – daher das gravierende Problem des Umgangs mit dem Humankapital am CNRS.“ Dieser große Schub der Verbeamtung sei ein Ausgleich mit den Linken gewesen: Damit diese die Annäherung von Grundlagen- und Industrieforschung akzeptierten, sei man ihnen mit der Verbeamtung entgegengekommen. Dies bezeichnet S. als „Politik der Aufwertung“.

Der Beginn der 80er Jahre sei demnach als „tiefer Einschnitt“ zu betrachten. „Aus dieser Ära stammt die französische Forschungslandschaft, so wie sie jetzt ist. Seither hat es einen großen Zuwachs an Personal der Forschung“ (er spricht von einer Verdopplung) „und der entsprechenden Ressourcen gegeben, und in dieser Zeit begann sich auch die Forschungspolitik auf EU-Ebene herauszubilden.“

Nun geht er auf den jetzigen Status des CNRS und v. a. auf die Entwicklung der finanziellen Ressourcen im Verhältnis zur ANR ein. Dabei öffnet er am Computer die Website des CNRS, und dort das Schema „Forschungsverträge“ („Contrats de recherche“), wo die entsprechenden Zahlen mithilfe einer, wie er das nennt, „französischen Torte“ (tarte française) graphisch dargestellt sind. Daraus geht hervor:

1. Die EPST, darunter das CNRS, sind reich an Stellen, arm an Ressourcen (für die Forschung);
2. die Rolle der ANR bei der Finanzierung der Forschung wächst zusehends (derzeit 27,80%),
3. ebenso die Rolle des Europäischen Forschungsrates (mit 27,29%),

wobei die ANR insbesondere die Industrieforschung (zuungunsten der Grundlagenforschung) fördert. Das, so S., hat aber auch Auswirkungen auf die inhaltliche Gestaltung der Forschungsprojekte. „Für viele Forscher des CNRS ist dieser Anstieg von Mitteln aus ANR und Brüssel ein großes Problem.“

Die sich gegenwärtig herausbildende Struktur der französischen Forschungslandschaft bezeichnet S. als „Kultur der Institution von Agenturen“. Durch die Ausgliederung von Funktionen in Agenturen werden die zentralen Dienste des Staates geschwächt. So übernimmt die ANR die Funktionen des FRT und des FNS. Diese Politik der Stratifikation, die die rechte Regierung seit 2000 betreibe, liege aber auf der Linie der europäischen Forschungspolitik. „Die Einführung der Brüsseler Forschungspolitik in Frankreich zerstört hier die etatistischen Traditionen. Da Brüssel eher föderale Strukturen fördert, fügt sich hier das deutsche System weitaus besser ein, während es für Frankreich viel gefährlicher ist. Von 1985 bis 2000 hat man das etatistische, zentralistische Modell verfolgt, jetzt werden föderale Strukturen eingeführt, und das vormalige Modell zerbricht.“

Doch sieht S. hier folgende „Dialektik“: „Man macht eine Sache, zugleich aber auch genau das Gegenteil. Im öffentlichen Diskurs spricht man von einer Externalisierung von Funktionen. Doch im eigentlichen Sinne ist alles beim alten geblieben, denn: Zwar ist die ANR formal autonom, doch ihr Direktor steht dem Minister nahe, und so herrscht hier ein Wille zur Steuerung der Forschung – wie zuvor! Man kriert viele neue Agenturen, die doch nur die Funktionen der alten und ihre Logik übernehmen!“

Zudem herrsche in Frankreich das, was man als Filz (maillage) bezeichnen könne. „Vieles läuft informell, nicht entlang offizieller Strukturen, sondern über persönliche Berater bzw. per Telephon. Das System der Forschungspolitik ist kompliziert, undurchsichtig, ist ein System von Machtnetzwerken, in welchem der Präsident und der Minister mit den entsprechenden Beratern und Kabinetten eine übergroße Rolle spielen.“ Ein besonderes Gewicht komme den Abgängern der Grandes écoles, den „Enarques“, zu. Derzeit habe das CNRS weniger Macht und Autonomie, wohingegen das Ministerium über erhöhte Macht verfüge.

Im Folgenden spricht er über die Krise des CNRS von 2005, die man jedoch wiederum in Klammern setzen könne, da sie sich in die schon von ihm betrachteten übergreifenden Prozesse einordne und im Übrigen vorbei sei.

Zum politischen Kontext und zur allgemeinen Einschätzung sagt S. schließlich: „Das Problem besteht im Korporatismus. In Frankreich funktioniert man per Krise. Man ist konservativ, und man schreitet über Krisen voran.“ So habe die Bewegung Sauvons la recherche 2004 „eine kleine Revolution“ gemacht. Das hatte zwei Ursachen: Erstens die Budget-Krise im Zusammenhang mit der Nichtauszahlung im Vorjahr nicht ausgegebener Kredite durch das Ministerium, und zweitens den Übergang von der „fonctionnarisation“ zur „contractualisation“. Wegen der Proteste habe man damals beide Prozesse gestoppt. „Die ANR macht genau das Gleiche, aber sanft!“

Die Reintegration der Forschung in die Universitäten oder: Das CNRS – eine Anomalie

Am Nachmittag desselben Tages besuche ich die Universitätsprofessorin T.

Auf meine Frage, ob das, was sich momentan in ihrem Land abspielt, etwas speziell Französisches ist oder allgemeineren Charakters, antwortet sie: „Das ist eine spezifisch französische Angelegenheit: Die Organisation des französischen Forschungssystems ist an ihre Grenzen gekommen. Die der 'Loi de programme' zugrunde liegende Situationsanalyse wird insofern breit geteilt. Sowohl die Trennung zwischen Universitäten und Grandes écoles als auch diejenige zwischen Universitäten und EPST ist überholt.“

Im Folgenden geht sie auf die UMR und die Stellung derselben zwischen CNRS und Universitäten ein: „95 % der Laboratorien des CNRS sind UMR, also mit den Universitäten verbunden. Der Beitrag der Forschung der Universitäten ist viel höher als der des CNRS. Die UMR sind an einem Punkt des Übergangs zwischen zwei Inseln angekommen.“ Die auch von ihr favorisierte Idee bestehe darin, die UMR und damit die Forschung in die Universitäten zu integrieren. Sie spricht von einer „Kantenperiode“, von einer unvollendeten Entwicklung, die man nun zu einem Ende bringen muss. Auf akademischer Seite könne man daher von einer starken Entwicklung sprechen.

T. weist auf die großen Unterschiede zwischen den französischen Universitäten hin. Einige (vielleicht zehn) könne man als reine Forschungsuniversitäten bezeichnen (hier seien auch die meisten UMR konzentriert), andere eher als Collèges, andere wiederum seien auf die Berufsausbildung ausgerichtet.

Insofern sei auch das Gesetz von 2006, d.h. die Loi de programme, unvollständig. In diesem Land könne man Probleme (wie etwa die Stellung des CNRS und der Universitäten) nicht offen benennen: „Wenn man dies tut, provoziert man sofort Demos. Also muss man dies indirekt, langsam und Schritt für Schritt tun – man unterdrückt existierende Institutionen wie das CNRS nicht direkt.“ Einer der Schritte auf diesem Weg sei die „transformation budgétaire“ durch die Einführung der LOLF. Auf der anderen Seite habe man mit den Agenturen (ANR, AERES) ein angelsächsisches Dispositiv eingeführt. „Damit verfügt man über ein Mittel, um die großen Organismen zu berauben, indem man ihnen die Ressourcen, und um sie stark zu kontrollieren, indem man ihnen die Evaluierung wegnimmt. Auf diese Weise verliert das CNRS wesentliche Teile seiner drei klassischen Funktionen – Programmierung, Durchführung und Evaluierung der Forschung. Das wiederum ruft den revolutionären Korporatismus hervor, die übliche Form des Protestes, mit der in Frankreich auf Probleme reagiert wird.“

Bereits im Laufe der 90er Jahre sei das Forschungssystem in die Krise geraten. Symptom dessen: „Seit dieser Zeit nehmen die guten Leute keine höheren Funktionen mehr am CNRS an.“ Das CNRS bezeichnet T. als „eine Art Anomalie in der Wissenschaftslandschaft“. Insbesondere die Trennung von Forscher (chercheur) einerseits und Lehrer-Forscher (enseignant-chercheur) andererseits macht ihrer Meinung nach heute keinen Sinn mehr.

„Die vormalige Direktion des CNRS wollte die SHS aus dem CNRS herausziehen, und zwar indem entsprechende Stellen nicht wieder besetzt werden sollten. Dies war ein programmiertes Verschwinden.“ Allerdings: „So, wie das CNRS derzeit ist, wird es nicht bleiben. Denn im Unterschied zu den Universitäten gibt es dort einen hohen Prozentsatz an veralte-

tem Personal, das in den 60er/70er Jahren eingestellt wurde, während die Universitäten wesentlich in den 80er Jahren rekrutiert hatten.“

Das eigentliche Problem bestehe aber nicht in der Auflösung des CNRS (die eher unwahrscheinlich sei), sondern darin, dass dessen Auflösung nicht viel ändern würde. Schon Anfang der 90er Jahre habe es die Idee einer Reform gegeben; bestimmte Einheiten (des CNRS) arbeiteten einfach nicht; es gebe von daher einen permanenten Kampf um die Bewahrung der wissenschaftlichen Qualität. „Die Reform ist also notwendig. Die große Innovation der ‘Loi de programme’ besteht darin, dass sie zeigt: Die Regierung hat begriffen, dass man von einer ‘politique substantielle’ zu einer ‘politique procédurale’ übergehen muss. Allerdings ist das Modell angelsächsisch, und das wird nicht funktionieren. Wer sich der neuen Agenturen zu bedienen weiß, gewinnt, wer nicht, der stirbt.“

Die Universitäten stehen ihren Aussagen zufolge der ANR weitaus günstiger gegenüber als das CNRS, könnten sie doch nun direkt Forschungsgelder beantragen, ohne den Umweg über das CNRS gehen zu müssen.

Die französische Forschungslandschaft zeichne die dreigliedrige Konkurrenzsituation zwischen Grandes écoles, CNRS und Universitäten aus.

Was die Internationalisierung anbelangt, so sei dies sehr disziplinspezifisch zu betrachten: Die SHS seien recht wenig internationalisiert. Hier gebe es wenig internationale Publikationen, wenig Teilnahme an internationalen Konferenzen (mit Ausnahme der Ökonomie). Dies sei schon ein Sprachproblem, spreche man doch bei den SHS kaum englisch.

„Heute“, so sagt sie zum Abschluss, „muss man noch die Internationalisierung verteidigen, in ein paar Jahren vielleicht die Differenz.“

Der „symbolische Schock“

Am Freitagmorgen spaziere ich zu meiner nächsten Verabredung, und zwar mit Monsieur U., einem Vertreter der Pariser Administration, der sich mit Fragen von Bildung und Erziehung befasst.

Wie schon Monsieur S. legt Monsieur U. besonderen Wert auf die Beziehungen zwischen öffentlicher und privater Forschung in Frankreich. Das Problem in Frankreich liegt ihm zufolge in der Schwäche der privaten Forschung. „Dabei besteht weltweit, siehe etwa China, die Strategie in der Stärkung der privaten Forschung! Weder auf französischer noch auf europäischer Ebene wurden hier Fortschritte gemacht. Doch die Internationalisierung/Globalisierung spielt sich gerade auf dem Feld der privaten Forschung ab!

Das Neue für Frankreich besteht darin, dass man endlich begriffen hat: Die Kompetenz auf dem Gebiet der Forschung ist eine Ressource in der weltweiten Auseinandersetzung/Konkurrenz. Dieser Konkurrenz müssen sich alle

Länder stellen. Das Besondere am französischen Fall: Die französischen Forschungsstrukturen sind völlig anders als in anderen Ländern – Frankreich ist sehr spezifisch.

Das heißt aber auch: Frankreich muss auf die globalen Fragen auf ganz besondere Weise antworten!“

Die Spezifika der französischen Forschungslandschaft sieht U. in der starken Unterscheidung von Universitäten und großen Forschungseinrichtungen sowie zwischen Grandes

écoles und Universitäten; in der Tradition des Zentralismus, die hier sehr viel stärker ist als in anderen Ländern, und in der Schwäche der Beziehungen zwischen privater und öffentlicher Forschung.

Es sei daher zu einem großen symbolischen Schock gekommen, als in den internationalen Rankings – etwa dem sog. „Shanghai-Ranking“ –, die den Universitäten einen wichtigeren Platz einräumen als den anderen Forschungseinrichtungen, Frankreich keinen guten Platz erhalten hatte. Diese Besonderheit Frankreich – dass nämlich seit ca. 100 Jahren die Universitäten im Verhältnis zu den Grands organismes und den Grandes écoles nur eine marginale Rolle spielen – ist jetzt erst zu einem (wahrgenommenen) Problem geworden.

Er persönlich glaube (im Unterschied zu vielen anderen) nicht, dass die öffentliche Finanzierung der Forschung im Verhältnis zu anderen Ländern zu gering sei; aber die Finanzierung der Hochschulbildung falle international gesehen viel zu gering aus! Ein Vergleich der prozentualen Anteile der Forschungsausgaben am BIP zwischen Frankreich, den USA, Japan und Deutschland führe zu ähnlichen Resultaten; doch bei den Ausgaben für die Hochschulbildung liege Frankreich zweimal niedriger als die Vergleichsländer.

Die Gründung der ANR bezeichnet er als institutionelle Modifikation der französischen Forschungslandschaft. Hierbei handele es sich um eine wettbewerbliche Finanzierung der Forschung, die die Laboratorien in Konkurrenz zueinander bringe. Doch: „Pourquoi pas?“

Allerdings sei die französische Regierung bei der Gründung der ANR nicht konsequent gewesen: „Mit der ANR sollte eine zentrale, nationale Agentur geschaffen werden, die eine neue Übersichtlichkeit in die Forschungsfinanzierung bringt; doch wurden zugleich auch die ‘pôles de compétitivité’ eingeführt, an deren Finanzierung auch das Ministère de l’industrie beteiligt ist. Einige Monate später wurden die ‘réseaux thématiques de recherche avancée’ ins Leben gerufen, die wieder einem anderen Finanzierungsmodus unterliegen. D.h., das Ziel, eine neue Übersichtlichkeit auf dem Gebiet der Forschungsfinanzierung zu schaffen, wurde nicht erreicht, und die Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Institutionen beibehalten.“

Insgesamt gesehen handele es sich bei den derzeitigen Reformen um eine technokratische Logik mit vielen neuen Agenturen und Instrumenten, die aber zu keiner Vereinfachung geführt habe.

Die ANR als solche destabilisiere jedoch weder das CNRS noch die Universitäten: „Dies könnte vielmehr über das Instrument der RTRA passieren. Die bislang eingeführten 13 RTRA haben einen Status als von den Universitäten und dem CNRS unabhängige Stiftungen erhalten; dabei wurden aus dem CNRS und den Universitäten ganze Laboratorien ausgegliedert. Hier besteht tatsächlich ein Risiko für diese Institutionen.“

Eine stärkere Steuerung der Forschung als früher würde er nicht sehen. Die ANR sei nicht geschaffen worden, um die Forschung zu steuern. Bei den RTRA allerdings würden die Themen von der Regierung festgelegt. Aber von einer größeren „pilote“ des Dispositivs der Forschung insgesamt könne man nicht reden: „Das französische Paradoxon besteht vielmehr darin, dass es tatsächlich einen zentralisierten (Forschungs-)Apparat mit einem Ministerium an der Spitze gibt und dennoch die Steuerung nicht funktioniert. Eine solche ‘pilote’ hat nach dem Krieg nur zwei-, dreimal funktioniert – bei der Nuklearforschung, der Raumforschung und bei Projekten wie dem Airbus oder der Concorde. Aber bei kleingliedrigeren Sachen gab es weder Steuerung noch Kontrolle. Zudem: Diejenigen, die glauben, sie

würden kontrollieren, kontrollieren nicht tatsächlich. Das geht nämlich gar nicht! Es gibt Leute, die das gern hätten, aber es ist unmöglich!“

An eine Auflösung des CNRS glaubt er nicht. Dem widersprechen schon der allgemeine Konservatismus und die Eigenlogik von Institutionen. Das CNRS schließen zu wollen hieße nur, die Résistance herauszufordern. Allerdings müsse man im Verlaufe von 10-15 Jahren entscheidende Veränderungen herbeiführen, insbesondere den Universitäten ein viel größeres Gewicht in der Forschung beimessen. Dies sei ein viel komplizierterer Prozess. Er sei „sehr traurig“ über die Entwicklungen der letzten Jahre, denn in dieser Hinsicht habe z.B. die Gründung der ANR nichts Neues gebracht. Hier müssten sich Kräfteverhältnisse und Mentalitäten ändern, und das gehe nicht allein über neue Reglements.

Zur AERES kommend sagt er, dass derselben unterschiedliche politische Vorstellungen unterliegen und sich von daher ihre Instituierung hinauszögert. Während meistens nur über die Evaluierung der Forschung geredet wird (weshalb sie ja zunächst auch nur AER hieß), gehe es den Universitäten vielmehr um eine einheitliche Evaluierung von Lehre und Forschung. Darauf zeichnet U. ein Schema aller Evaluierungsinstanzen, deren Funktion die AERES übernehmen werde, in mein Heft und kommentiert „Im Jahre 2007 wird es zu einer Schlacht zwischen verschiedenen dieser Instanzen kommen. Dann geht es erst so richtig los!“

Was die Evaluierung selbst und ihre Kriterien anbelangt, so müsste zum einen mehr Wert auf die Anwendung der Forschungsergebnisse außerhalb der Forschung gelegt werden, also etwa in der Industrie, Kultur (bzw. in dem jeweiligen Anwendungsfeld). Entsprechend müssten auch die Evaluierungskommissionen anders zusammengesetzt werden und offener sein für Repräsentanten aus diesen jeweiligen Feldern. Zum anderen sei Bildung und Ausbildung ein höherer Stellenwert beizumessen.

Eines der großen Probleme für die Universitäten (darin stimmt er mit Monsieur R. überein) besteht ihm zufolge darin, dass die französischen Eliten, die aus den Grandes écoles hervorgehen, „fast nie einen Fuß in eine Universität gesetzt haben, vor allem nicht in die SHS. Die Universitäten bilden für sie also eine wahrhafte terra incognita, zu der sie keine Beziehungen haben; und wenn sie dann politische Funktionen etwa im Bereich der Wissenschaftslandschaft übernehmen, spielen die Unis für sie nur eine marginale Rolle. Auch daher ist es zu einem sehr starken und sehr beunruhigenden Rückstand gekommen!“

Zum politischen Kontext gibt U. zu bedenken:

Sauvons la recherche sei auch deswegen entstanden, weil die Regierung Raffarin die Rolle der Forschung für einen Ausweg Frankreichs aus der Krise nicht verstanden hatte. Sie sei danach gegangen: „Forscher? Das sind nur wenige Wähler! Also muss man sie nicht berücksichtigen!“ Traditionell würden in Frankreich unter rechten Regierungen die Ausgaben für Bildung und Forschung sinken, unter linken Regierungen hingegen steigen. „Mit Sarkozy gab es hier ein Novum: Zum ersten Mal hat ein rechter Präsidentschaftskandidat steigende Ausgaben für die Forschung annonciert. Insofern sind sich in dieser Hinsicht rechts und links seit ca. 40 Jahren das erste mal ziemlich ähnlich. Dennoch: Das Thema Bildung und Forschung ist nicht gerade das zentrale Thema des Wahlkampfes, und insofern muss man abwarten.“

Danach befragt, wie er denn die derzeitigen Prozesse bezeichnen würde, antwortet U., dass bislang noch keine sichtbaren Veränderungen eingetreten seien. Notwendig wäre eine

Veränderung der Mentalitäten, damit das französische System von Bildung und Forschung überhaupt erst einmal in den internationalen Rahmen eingeordnet und von daher beurteilt werden könne. In dieser Hinsicht seien die nächsten fünf Jahre entscheidend, und da könne es zu einem Bruch kommen. Bei den bisherigen Entscheidungen habe ein bürokratischer Konservatismus vorgeherrschet; man sei nicht sehr kohärent gewesen und habe die Organisationen und Universitäten so belassen, wie sie sind. Und er stellt nun seinerseits eine Frage: „War nicht das, was sich in Deutschland im Kontext der Exzellenzinitiative abgespielt hat, ein viel stärkerer Bruch?“

Alle haben Angst vor Veränderungen!

Am Freitagnachmittag bin ich ein letztes Mal in der Forschungsadministration verabredet, diesmal mit Monsieur V., der dort eine leitende Funktion im Rahmen der Humanwissenschaften ausübt.

Nach kurzer Lektüre des Questionnaire hält sich V. diszipliniert an die darin gestellten Fragen und gibt – auch wegen seines vollen Terminkalenders – präzise und knappe Antworten.

Die derzeitigen Prozesse gliedert er in unterschiedliche Etappen: Die erste Reform habe in der Trennung von Expertise und Entscheidung im Januar 2003 bestanden. Die zweite große Reform sei die Gründung der ANR im Frühjahr 2005 gewesen, mit dem System der offenen oder thematisch festgelegten Ausschreibungen, wofür das angelsächsische Modell Pate gestanden habe; die dritte die Gründung der DGRI und der DGES im Rahmen des Ministeriums, und die vierte und derzeit letzte die Gründung der AERES (durch die Loi de programme).

Die Motive all dieser Reformen hätten in den europäischen Erfordernissen und der Notwendigkeit der Übereinstimmung mit den Entwicklungen auf europäischer Ebene bestanden; das System sollte sichtbarer und mit der ANR eine mehr auf Projektförderung ausgerichtete Forschungsfinanzierung eingeführt werden.

Die Gründe seien in der Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit zu sehen; Frankreichs Problem bestehe insbesondere darin, dass es vor Eintritt in die Universitäten keine Selektion gebe, daher zu viele Studenten und schließlich zu viele Promovenden, viel mehr als etwa in Großbritannien oder Italien.

Als Motoren der Prozesse sieht er die europäischen Anforderungen an; besonders nötig allerdings sei die Schaffung von Universitäten, die internationalen Standards entsprechen (wie auch schon Monsieur E. oder auch Monsieur U. verweist er dabei auf das „classement de Shanghai“).

Zur Bezeichnung der derzeit ablaufenden Prozesse sagt er: „Ja, ich würde von einem Bruch sprechen. Es gibt sehr viele Widerstände. Der Schock ist brutal. Es handelt sich um einen sehr starken Bruch.“

Die neu gegründeten Agenturen – ANR, AERES – das sei etwas ganz Neues in Frankreich; das seien eben Agenturen, d.h. unabhängig vom Staat. Darin bestehe ein Widerspruch zu der bis dato vorherrschenden napoleonischen Tradition, wo alles vom Staat abhängt. „Das wird sich jetzt ändern. Heute noch laufen alle Prozesse, etwa die Einholung von Exper-

tenmeinungen, über das Ministerium; wenn die Agenturen voll in Gang gekommen sind, werden diese selbst ihre Meinungen äußern, ohne den Umweg über die Regierung zu gehen!“

Kontinuitäten sieht er hauptsächlich in den Widerständen der Gewerkschaften, aber auch im Inneren (der sich auch stark verändernden) Administration.

„Es gibt enorm viele Konflikte: Zum einen, ganz allgemein, Konflikte zwischen denjenigen, die vor Veränderungen Angst haben und denen, die keine haben. So wollten zwar einige Universitäten exzellent sein, zugleich aber nicht evaluiert werden. In Frankreich herrscht die republikanische Tradition der Gleichheit vor: Alle Studenten sollen die gleichen Rechte haben! Doch dies steht in Widerspruch zu dem Willen, Universitäten von internationalem Ansehen zu bekommen, denn dafür ist eine Hierarchie unumgänglich – und damit die Anerkennung von Ungleichheiten. Zum anderen gibt es in Frankreich die starke Tradition der Gewerkschaften, die sehr ideologisch, aber wenig effektiv sind. Diese hätten natürlich Probleme mit einer rechten Regierung. Drittens existieren auch Konflikte zwischen den unterschiedlichen Staatsorganen. Die Bildung neuer Agenturen gefällt oft denjenigen Institutionen nicht, die bislang die Entscheidungsmacht hatten.“

V.s eigene Haltung zum Thema Staat: Wo der Staat stark ist, sind die Individuen schwach (d.h. er plädiert für eine Reduzierung der Rolle des Staates in Frankreich).

Eine Auflösung des CNRS hält er für unwahrscheinlich. Das Problem desselben bestehe vielmehr in der massenhaften Ernennung von „Wissenschaftlern auf Lebenszeit“ (chercheurs à vie) in den Jahren 1981/82. Mit dem Übergang zu befristeten Stellen komme es nun zu einigen perversen Effekten. „Am CNRS werden in den SHS mehr als 90% des zur Verfügung stehenden Budgets für Löhne und Gehälter ausgegeben. Wenn es hier mehr befristete Verträge gäbe, könnte man mehr Geld für die Forschung selbst ausgeben. Die EPST sind sehr stark geworden, zuweilen sogar unabhängig vom Staat; der Staat wird daher versuchen, seine Kontrolle zu erhöhen und die Autonomie der EPST zu verringern, sie jedoch nicht auflösen.“

Die Gründung der ANR habe die Projektforschung zum Ziel gehabt. Dabei sollen die Projekte zu Beginn und am Ende begutachtet werden. Des Weiteren wollte man die Forschergruppen in Konkurrenz zueinander bringen. Schließlich sollten die Forscher auf diese Weise an die europäischen und internationalen Prozeduren (der Projektbeantragung) und das internationale Niveau herangeführt werden. Die Neuheit bestehe darin, dass nunmehr viele Mittel an die ANR flössen, und zwar zuungunsten der „équipes de recherche“ und der EPST, darunter des CNRS, während bislang die Finanzierung über die EPST selbst und die „Direction de la recherche“ (FNS und FRT) erfolgte. Die ANR solle beides zusammenführen.

„Dies hat sowohl für die Universitäten und das CNRS große Konsequenzen: Sie müssen nun außerhalb ihre Finanzierungsformen finden. Man zwingt sie in die Richtung der internationalen Forschung und Konkurrenz, um Forschungsmittel zu erhalten. Allerdings kommt es dabei nicht zu mehr, sondern zu weniger Kontrolle der Forschung; es handelt sich darum, die Forschung zu liberalisieren. Es gibt mehr Expertise und Evaluation, aber nicht mehr Steuerung.“

Die mit der AERES verfolgten Ziele hätten zum einen in der Einführung eines universellen und transparenten Systems der Evaluation bestanden: „Derjenige, der evaluiert wird, muss wissen, von wem, nach welchen Kriterien und Prozeduren.“ Zum anderen sei es darum

gegangen, eine Agentur zu errichten, die unabhängig ist von der Administration. So soll die AERES eine Autorität sein, die sich über Dossiers autorisiert.

Die Arbeit der AERES werde in drei Etappen verlaufen: Erstens im Besuch der „comités de visite“ bei den zu evaluierenden Einrichtungen; zweitens in der Erstellung von Gutachten („avis“) im Rahmen dieser Komitees; drittens in der Veröffentlichung der Gutachten durch das Ministerium.

Die Evaluation soll (künftig) auf vier Ebenen stattfinden: Dies sind die Makroevaluation der Einrichtungen (der Universitäten und EPST, die bislang durch CNE und CNER evaluiert wurden); die Mesoevaluation der Forschungsgruppen und -programme (bislang durch die MSTP); die Mesoevaluation der Studiengänge (LMD) (bislang durch die MSTP) sowie die Mikroebene des Personals (und zwar sowohl der Universitäten als auch des CNRS, was bislang getrennt vom CNU und dem CN des CNRS vorgenommen wurde).

Zur Veranschaulichung schreibt mir V. dazu ein entsprechendes Schema auf ein Extrablatt und heftet daran seine Visitenkarte, damit ich auch nicht vergesse, wer mir dies aufgeschrieben hat.

Die AERES übernimmt also die Funktionen unterschiedlichster Evaluierungsinstanzen, was zu diversen Konflikten führen kann.

Zum Einfluss des politischen Kontextes sagt er, man wisse noch nicht, was die Präsidentschaftskandidaten in Sachen Forschung machen werden; beide hätten sich dazu noch nicht geäußert. Aber: „Frankreich steht vor einem großen Umbruch, und das sieht sowohl die Linke als auch die Rechte. Die Wahlen werden große Auswirkungen auf die Forschungslandschaft haben.“

Auf den Komplex „Internationalisierung“ und die Modelle kommend, an denen man sich bei der Umgestaltung der französischen Forschungslandschaft orientiert hat, teilt mir V. mit, dass vor geraumer Zeit eine umfangreiche Enquete in anderen großen Ländern (USA, Finnland, Deutschland, Italien, Spanien, Japan, Australien, GB) vorgenommen wurde, bei welcher die Prozeduren und Kriterien von Evaluationsverfahren einer vergleichenden Betrachtung unterzogen wurden; dabei habe sich herausgestellt, dass das spanische System dem französischen am ähnlichsten ist.

Die internationale Konkurrenz spiele eine große Rolle. (Auf internationaler Ebene würde der Beitrag der Forschung zur Unterstützung der public action bei der Bewertung der Forschung im Übrigen einen viel größeren Stellenwert haben.)

Hinsichtlich der Internationalisierung der Forschung sieht er enorme Defizite: „Frankreich ist ein altes Wissenschaftsland. Die Franzosen sind sehr mit ihrer Sprache verbunden, was auch eine Bremse bilden kann.“ V. spricht von einem französischen Komplex: „In Frankreich ist man mit der Fremdsprachenausbildung sehr im Rückstand. Viel zu spät beginnt man, die Kinder in Fremdsprachen zu unterrichten. Auch die Übersetzungspolitik ist schlecht: Viel zu wenig Bücher aus dem Ausland werden ins Französische übersetzt, aber auch zu wenig französische Bücher in andere Sprachen.“ V. nennt dies französischen Publikationskonservatismus. „Die Verlage nehmen keine Übersetzungsrisiken auf sich, und die Universitäten haben kein Geld für die Instituierung international renommierter Verlage. Das alles hat aber auch finanzielle Ursachen: Frankreich ist eines der europäischen Länder, die am wenigsten für die Universitäten ausgeben. Die Grandes écoles und die EPST erhalten viel mehr Geld als die Universitäten.“ Man stelle hier mehr Geld für einen Schüler der Primar- oder Sekun-

darstufe zur Verfügung als für einen Studenten. Aber es gebe auch politische Gründe: So sei die politische Klasse in Frankreich den Universitäten gegenüber wenig sensibel: „Ihre Angehörigen waren an den Grandes écoles und haben nie einen Fuß in die Universität gesetzt: Sie haben von daher keine Vorstellungen von den heutigen Universitäten, ihrem Zustand und ihren Bedürfnissen.“

Auf meine abschließende Frage hin, ob er das, was sich hier in Frankreich abspiele, als normal oder eher als Ausnahmesituation bezeichnen würden, antwortet V.: Der Prozess sei insofern „normal“, als Frankreich den europäischen Weg gewählt habe, d.h. den Weg der Konvergenz in Europa. Daher nun komme es auf allen Ebenen zur gleichen Logik: Stärkung der Regionen im Verhältnis zum Staat bzw. zum Abstieg des Staats und zum Aufstieg der Regionen.

„Frankreich insgesamt“, so schließt V., „befindet sich in einer tiefen politischen Krise; alle haben Angst vor Veränderungen.“

Vom Nutzen der Geistes- und Sozialwissenschaften

Mich mit Monsieur W. für ein Interview zu verabreden, war mir mehrfach empfohlen worden, einen entsprechenden Termin zu erhalten nicht so einfach. Schließlich klappt es doch. Wir treffen uns am späten Freitagnachmittag in seinem Büro. W., der lange Jahre leitende Funktionen auf dem Gebiet der Geistes- und Sozialwissenschaften ausübte, schaut sich meinen Fragebogen an und äußert sich nun so:

„Eine Auflösung des CNRS wird es nicht geben. Schon wegen der Trägheit von Institutionen; dann aber auch, weil der Transfer von finanziellen Mitteln an die Universitäten bislang noch nicht möglich ist. Wir befinden uns gerade in einer versteinerten Situation. Notwendig ist eine neue Politik im Sinne größerer Autonomie und höherer finanzieller Mittel für die Universitäten.“

Das CNRS als Organismus sei längst keine Festung mehr: „Durch die UMR bestehen tausende Verbindungen mit den Universitäten; insofern stellt das CNRS keine von den Universitäten getrennte Institution dar.“ Insbesondere seit den letzten 20 Jahren hätten sich diese Beziehungen intensiviert. Eine Auflösung des CNRS sei zwar ein Vorhaben bestimmter Universitätsangehöriger, jedoch unrealistisch.

Das sieht er genauso wie die meisten meiner Gesprächspartner: „Seit François I. gründet man in Frankreich Organismen neben den Universitäten, um diese unter Druck zu setzen. So wurde das eher weltliche Collège de France neben der theologisch-dogmatischen Sorbonne gegründet, um der Forschung mehr Freiheit einzuräumen. Dies ist eine andere Logik als in Deutschland oder auch in den USA, wo man Institute in den Universitäten selbst geschaffen hat.“ Allerdings ist zu prüfen, welche Disziplinen wo (also am CNRS oder an den Universitäten) besser organisiert sind.

Sei also eine Auflösung des CNRS unmöglich, so habe doch die Tendenz zur Regionalisierung starke Veränderungen herbeigeführt: Es sei zu einer größeren Autonomie der Regionen gekommen und in diesem Zusammenhang zu einer Stärkung der regionalen Universitäten sowie zu einer höheren Regionalisierung im Rahmen des CNRS selbst. „Mehr Autonomie der Regionen heißt jedoch nicht, das Zentrum – also das „C“ im CNRS – zu zerstören.“

Die Dinge seien durch die Gründung der ANR in Bewegung gekommen. Die ANR schaffe ein neues Konsultationsgremium (im Verhältnis zum CN des CNRS). „Man muss genau hinschauen, wer hier die Experten sind, wer Projekte auswählt etc.“ Dabei sei die ANR nach dem Modell der NSF (National Science Foundation) gegründet worden.

„Insgesamt“, so W., „ist dies keine schlechte Reform: Man nimmt dem CNRS Macht weg, und auch der Staat erhält weniger Macht. Allerdings legt man noch zu wenig Gewicht auf die Universitäten.“ Was die Proportionen zwischen „programmes blancs et thématiques“ anbelangt, so müsse man erst abwarten. Dennoch: „Die ANR bildet eine wirkliche Grundlage für eine neue Dynamik.“

Was in Frankreich fehle, das sei eine systematische Evaluation der Universitäten. Zwar gab es eine globale Evaluation der Universitäten, jedoch keine der Laboratorien und der UMR. Die Universitäten müssten ganzheitlich evaluiert werden. Ausgebaut werden müsse deren System der wissenschaftlichen Räte (conseils scientifiques). Auch die Internationalisierung der Universitäten müsse vorangetrieben werden: „Im Gegensatz zum CNRS gibt es an den Universitäten viel zu wenig ausländische Wissenschaftler und Professoren, selten nur laden sie Gastwissenschaftler ein; dazu fehlen ihnen oft die finanziellen Mittel.“ Insbesondere die Internationalisierung der SHS verlaufe sehr langsam. Ausländische Partner der SHS kämen zumeist aus den USA, weniger aus dem europäischen Raum. Allerdings, im Kontext des 6. und nunmehr des 7. Rahmenprogramms, steigere sich der Anteil europäischer Partner der SHS. „Die französischen Soziologen sind nicht genug in große internationale statistische Programme eingebunden.“ Notwendig sei daher „ein Aufbrechen des französischen Eingeschlossenseins“ bzw. eine „Entghettoisierung der französischen Geistes- und Sozialwissenschaften“.

Sowohl die Europäisierung, die Regionalisierung als auch die Partnerschaft mit der Wirtschaft seien in Entwicklung befindlich; Schritt für Schritt ändere sich die französische Wissenschaftslandschaft.

Was fehle, das seien für alle zugängliche große Datenbanken (in der Soziologie) und große Bibliotheken.

„In Frankreich“, führt W. weiter aus, „herrschen starke Disproportionen zwischen den finanziellen Ausgaben für die SHS einerseits und solche Wissenschaften wie die Biologie oder die Physik andererseits. Die Bedeutung der ersteren wird zugunsten der letzteren weit unterschätzt. Dabei können nur die SHS den Krieg im Irak oder die Bedeutung des Islam untersuchen. Die SHS müssten mehr Politikberatung anbieten, und die Politiker müssten mehr Wert auf eine solche Beratung legen. Hätte beispielsweise Bush mehr Beratung durch entsprechende amerikanische sozial- und geisteswissenschaftliche Spezialisten gehabt, so wäre es möglicherweise gar nicht zum Krieg im Irak gekommen!“ Das gelte auch für die französischen Politiker. Die SHS müssten also die Politiker von ihrer Notwendigkeit überzeugen, mehr Kommunikation mit ihnen und untereinander führen. „Es gibt zu wenig W's“ – er selbst nämlich sei beständig mit Politikern im Kontakt! „Man muss immer wieder auf die Bedeutung der SHS – wie der Geschichtswissenschaften, der Literatur- und Sprachwissenschaften, der Theologie und der Islamwissenschaften – für das Verständnis des historischen Hintergrundes heutiger politischer Prozesse hinweisen. Um beispielsweise den 11. September zu verstehen, braucht man politikwissenschaftliche Kenntnisse der Geostrategie, muss sich in der Geschichte des Nahen Ostens sowie in den entsprechenden Sprachen auskennen. Doch die

Politiker, die von Tag zu Tag leben, erkennen die Rolle der SHS nicht an; stattdessen wird in nutzlose Dinge investiert!“

Die gesamte Ausrichtung der Reformen sei progressiv: „Es gibt mehr Programme, mehr Mittel, mehr Internationalität. Doch bisher sind nur geringe Fortschritte zu verzeichnen – das System ist zu schwerfällig!“ Das französische Modell könne sich nicht schnell ändern. Das liege schon am System der Grandes écoles, die eine sehr kleine Elite hervorbringen, die allerdings nie an den Universitäten war, kaum geforscht habe und nach Abschluss sofort in die Industrie (bzw. Verwaltung) gehe und daher kaum Verständnis für die Notwendigkeit der Reform der französischen Wissenschaftslandschaft, insonderheit der Universitäten, aufbrächten. Allerdings hätten sich die Grandes écoles in den letzten Jahren umorientiert in Richtung höherer Internationalisierung und eines höheren Anteils an der Forschung.

„In Frankreich wie in anderen Ländern auch hat die Jugend eine Abneigung gegenüber den exakten Wissenschaften. Sie wollen eher Sozial- als Naturwissenschaften studieren. Noch dazu gibt es einen starken Braindrain Richtung USA und GB. In Frankreich interessiert man sich mehr für SHS und das Business als für die Forschung. Dadurch stehen wir in Konkurrenz zu solchen Ländern wie China, wo die Naturwissenschaften viel stärker sind.“

Zwar hätten die Europäer als alte Kolonialmächte große Wissens- und Ressourcenvorteile auf dem Gebiet der SHS, die sie jedoch kaum nutzen. In den europäischen Staaten gebe es eine Unmenge an Kenntnissen, Dokumenten, Bibliotheken etc. zu nationalen Identitäten, kulturellen Konflikten et al. Hier müssten die Spezialisten und die Politiker Verantwortung übernehmen und die Initiative ergreifen.

„Bei den französischen SHS herrscht eine Attitüde der Selbsteinschließung, des Seufzens, des Forderns. Man muss nicht immer nur fordern! In Frankreich ist die Rolle des Staates so groß, dass in den SHS immer nur gefordert wird. Alles geht über den Staat, und daher wird alles vom Staat gefordert. In der Biologie und der Chemie ist das anders: Hier ist der Einfluss der privaten Industrie sehr viel höher.“

In Deutschland (und den USA) gebe es mehr Finanzierungsquellen für die Forschung, sowohl private als auch öffentliche, bzw. das Dreiersystem von Ländern, DFG und Stiftungen. Hier herrsche also eine höhere Komplexität und Vielheit an Finanzierungsformen.

Überhaupt interessiere ihn das deutsche Modell am meisten: An dieses hätte man sich bei der Reformierung der französischen Wissenschaftslandschaft halten sollen. Seit François I., Napoleon, dem Front populaire und de Gaulle akkumuliere der französische Staat Strukturen, ohne die alten aufzuheben. „Heute geht es um die Regionalisierung. In dieser Hinsicht ist Deutschland weiter fortgeschritten, da ursprünglich zurückgeblieben. In Frankreich gibt es zwar so etwas wie eine regionale Dynamik, aber keine Politik der Länder.“ Das deutsche Modell sei auch besser als das englische, wo es Cambridge, Oxford und fünf weitere wichtige Universitäten gebe, dann aber schon Schluss sei.

Zum Einfluss des politischen Kontextes sagt W.: Zwar hätten mehrere tausend Personen die Petition von „Sauvons la recherche“ unterzeichnet, doch habe diese Bewegung wenig tatsächlichen Einfluss ausgeübt. Die Präsidentschaftskandidaten hätten nur vage Programme, die Forschung spiele keine besondere Rolle (im Gegensatz zu Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Sicherheit). Die Professoren in Frankreich würden schlecht bezahlt (im Unterschied etwa zu Deutschland, der Schweiz oder Belgien). Und: „Schauen Sie sich mein Büro an. Wie soll man hier arbeiten? Als ich in Deutschland war, hatte ich einige Quadratmeter mehr zur

Verfügung!“ Universitätskarrieren hätten kein besonderes soziales Prestige. Das stelle ein großes kulturelles und politisches Problem dar: „Es gibt schöne Versprechungen, aber keine besonders aufregenden Sachen.“

Man sollte die Forscher in Ruhe arbeiten lassen!

Mein letztes Gespräch führe ich mit Monsieur X., einem Soziologen.

Die aktuelle Situation bezeichnet X. als katastrophal. Die derzeitigen Prozesse folgten einer liberalen Logik der sog. Autonomie, wo die reichsten und angesehensten Organismen am meisten (Geld) gewinnen werden, wie etwa Paris I. und IV. Es handele sich um ein Management der Universitäten nach Art der Geschäftsführer, um ein Lobbying bei den Geldgebern, um ein Opfern errungener Werte. Mehr und mehr öffentliches Geld wandere in die Industrie(-forschung).

„Es besteht also ein Teufelskreis, den man aufbrechen muss.“

Auch über Fragen der Evaluation könnte man sich aufregen. Statt die Evaluation durch die Peers (par les pairs) fortzuführen, gehe man nun zu einer Evaluation durch Ernante (par les nommés) über. Dies sei willkürlich. Politiker und Vertreter der Wirtschaft würden zunehmend die Wissenschaft evaluieren.

Durch die neuen Formen der Evaluierung und Finanzierung der Forschung werde diese verändert – das sei das Wichtigste. Es bestehe die Gefahr der Verwandlung des Forschers in einen Experten. Immer mehr müssten die Forscher die Nützlichkeit ihrer Forschungen beweisen, und es finde so ein Übergang von der gelehrten Forschung zur nützlichen Forschung statt. Was wird dann aber aus der Grundlagenforschung oder aus Disziplinen wie den Altertumswissenschaften? Durch die derzeitigen Umgestaltungen würden die Forscher in solche Unruhe versetzt, dass sie kaum noch zum Arbeiten kämen. „Man sollte die Forscher in Ruhe arbeiten lassen!“, sagt er sichtlich erregt.

Was jetzt stattdessen, das seien die Ausläufer der Politik unter der Regierung Jospin, wo der Forschungsminister eine sehr intellektuellenfeindliche Politik betrieben habe. Mit dem System der LMD bestehe die Gefahr einer Schwächung der SHS. Das Ziel der derzeitigen Politik bestehe im Sparen; so kämen immer mehr Studenten auf einen Professor.

Was die Internationalisierung anbelangt, so sei die Frage, was man darunter verstehe und woran man sie messe. „Etwa an der Sprache, also daran, wie oft in Englisch publiziert wird? Das ist doch ein ganz oberflächliches Kriterium!“ Stattdessen müsse man die tatsächliche Zusammenarbeit mit Forschern aus unterschiedlichen Ländern bewerten. Die Internationalisierung auf EU-Ebene sei katastrophal, die Prozeduren (der Projektakquirierung) seien viel zu hart und fielen stets zugunsten der Angelsachsen aus.

Es wird wohl immer ein Nebeneinander von Bruch und Kontinuität geben!

Ende September 2007 schließlich führe ich in Berlin ein Gespräch mit Herrn Z., einem deutschen Historiker, der sich durch verschiedene Forschungsaufenthalte in Frankreich in den dortigen Universitäten auskennt. „Die größten Probleme“, sagt er, „sind oftmals die, über die nicht gesprochen wird, die gar nicht als solche reflektiert werden, wie z.B. die Ausstattung der französischen Universitäten im Vergleich zu den deutschen. Sie wurden zu einem Groß-

teil in den 70er Jahren geflutet, ohne dass ihnen aber die entsprechenden finanziellen Mittel und die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt worden sind. Die meisten von ihnen sind daher Lehranstalten ohne große Forschung. Einzelne Universitäten und Fachbereiche konnten sich davon absetzen, und zwar gestützt auf das CNRS, oftmals auch durch die Bildung regionaler Pole. Aber das waren eher Ausnahmen. Durch die neuen Maßnahmen finden zwar viele Umgruppierungen und Verschiebungen statt, aber die strukturelle Basis wird nicht verändert!“

Das Kardinalproblem des französischen Wissenschaftssystems liegt Z. zufolge also in den Universitäten. „Es ist ja die Frage: Wo kommen denn die zukünftigen Forscher her? Wenn an den Universitäten Mittelmaß produziert wird, kann bei der späteren Forschung auch nur Mittelmaß herauskommen!“

Ein großes Problem sieht er zudem in der Verwaltungskultur, speziell in der Verwaltung der finanziellen Ressourcen für die Forschung. „Über Budget-Fragen herrscht oft Unklarheit. Wie soll aber die Forschung funktionieren, wenn man nicht genau weiß, wie viel Geld man tatsächlich zur Verfügung hat?“ Auch die Relation von Grund- und Projektfinanzierung sei fraglich: „Wenn es nur noch Projektfinanzierung gibt, dann gibt es keine soziale Sicherheit mehr. Und das ist dann ein echtes Problem für die *maîtres de conférence*!“

Dann kommen wir noch auf das Verhältnis von Kontinuitäten und Brüchen zu sprechen. „Was überwiegt da in Frankreich derzeit?“, frage ich. Z. denkt einen Augenblick nach, dann antwortet er: „Wird es nicht immer ein Nebeneinander von Brüchen und Kontinuitäten geben? Und muss man nicht auch in Frankreich genau unterscheiden zwischen der derzeit aktuellen Rhetorik des Bruchs und den tatsächlichen Kontinuitäten?“ Allerdings werde, so Z., der neue politische Kontext schon reale Auswirkungen auf das Wissenschaftssystem haben. Dennoch würde er nicht von einer stärker unmittelbaren Wirkung der französischen Politik auf die Wissenschaft sprechen als in Deutschland. Immerhin sei ja die Exzellenzinitiative in Deutschland sehr wohl politisch inszeniert worden. Außerdem: Wie ja schon Max Weber betont hatte, gebe es immer eine hohe Kontinuität auf der Ebene der Verwaltungskultur, die auf politische Wechsel entweder gar nicht oder gar widerständig reagiere. Und schließlich: „Einerseits existiert eine große politische Gespaltenheit der französischen politischen Elite, andererseits, schon durch die gleichen Bildungseinrichtungen, die sie durchläuft, eine große soziale Nähe.“ So sehr sie sich also rhetorisch-symbolisch unterscheiden, so ähnlich sind sie sich doch in ihrem tatsächlichen Agieren – eben auch in Bezug auf die französische Forschungslandschaft!

Quintessenzen

Von meinen GesprächspartnerInnen in Berlin und Paris erhielt ich viele Hinweise zu den Strukturen und den daraus resultierenden Problemen der französischen Wissenschaftslandschaft. Und da dem Gewerkschafter Monsieur M. wie auch Monsieur Q. zufolge die heutigen Veränderungen und die sich darin auftuenden Konflikte zwischen den beteiligten Akteuren ohne einen Blick in die Geschichte des Systems nicht zu verstehen sind, will ich im Folgenden einen solchen Blick zurück wagen.

Die heutige Gliederung der französischen Wissenschaftslandschaft ist, so habe ich verstanden, das Resultat Jahrhunderte langer historischer Prozesse und in ihr getroffener politischer Entscheidungen. Sie bildet ein komplexes und kompliziertes System unterschiedlicher

Schichten, in welchen sich die wissenschaftspolitische Geschichte des Landes aussedimentiert hat und die wiederum in vielfältigen Bezügen und Beziehungen zueinander stehen.

Ehrwürdigstes und ältestes Element dieses Ensembles ist die Sorbonne, deren Gründung auf das XIII. Jahrhundert zurückgeht: Im Jahre 1257 ließ der Hofkaplan von König Saint Louis, Robert de Sorbon, auf dem Berge Sainte Geneviève ein Kolleg einrichten, in welchem unbemittelte Studenten ihre Unterkunft fanden. Allmählich entwickelte sich aus diesem Kolleg die theologische Fakultät der Pariser Universität, die – zwischen religiösem Konservatismus und theologischer Aufklärung oszillierend – aktiv an den religionspolitischen Debatten der Zeit teilnahm. Ende des 15. Jahrhunderts wurde es üblich, die gesamte Pariser Universität als Sorbonne zu bezeichnen.

Als Gegenründung zur konservativen Sorbonne gilt das Collège de France, das 1530 entstand, als König François I. sechs Lektoren beauftragte, in vollkommener wissenschaftlicher Freiheit gerade die Disziplinen zu lehren, die von der Pariser Universität ignoriert wurden, nämlich Hebräisch, Griechisch und Mathematik.⁶

Meine GesprächspartnerInnen haben mehrfach auf dieses historische Muster Bezug genommen, das sich auch in den aktuellen Erneuerungsprozessen der französischen Wissenschaftslandschaft wiederfindet und wonach bereits bestehenden Institutionen neue an die Seite gesetzt werden, um sie zu entmachten resp. ihre Ineffizienz zu kompensieren.

Zu den altehrwürdigen Wissenschaftsinstitutionen zählt auch die Académie des Sciences resp. das Institut de France. Sie geht auf die Idee des französischen Staatsmannes und Finanzministers von Louis XIV., Jean-Baptiste Colbert, zurück, eine allgemeine Akademie zu schaffen. Dazu erwählte er eine kleine Gruppe von Wissenschaftlern, die sich am 22. Dezember 1666 in der Bibliothek des Königs versammelte und sich fortan zweimal wöchentlich zu Arbeitssitzungen traf. Nach 30 Jahren einer eher informellen Existenz erhielt die Gruppierung am 20. Januar 1699 aus der Hand des Königs ihr erstes Reglement; sie bekam den Titel „Königliche Akademie“ („Académie royale“) sowie einen Platz im Louvre, dem damaligen Sitz des Königs. Im 18. Jahrhundert hatte die Akademie aktiven Anteil an den Debatten der Aufklärungsperiode sowie an der Konstitution dessen, was gemeinhin als „aufgeklärte Politik“ bezeichnet wird – an der Politikberatung. Nach ihrer Schließung durch den Revolutionskonvent am 8. August 1793 und der Gründung eines Institut national des sciences et des arts erhielt die Académie des sciences im Jahre 1816 ihre Autonomie zurück, allerdings in institutioneller Symbiose mit dem Institut de France.

Die Französische Revolution führte auch auf wissenschaftspolitischem Gebiet zu tiefen Einschnitten. Eine der markantesten Zäsuren mit Auswirkungen auf den heutigen Status quo der französischen Wissenschaftslandschaft war die Installierung später so genannter Grandes écoles mit der Funktion der Ausbildung der wissenschaftlichen, technischen und politischen Eliten des Landes. Zwei dieser Grandes écoles stammen aus dem Jahre 1794: zum einen die École polytechnique, die, auf der Basis einer eher technisch-naturwissenschaftlichen Ausrichtung, Kader für den unmittelbaren Übergang in den Staatsdienst bzw. für ein weiteres Studium an anderen Hochschulen vorbereitet, zum anderen die École normale supérieure de la rue d'Ulm (ENS), die laut Konvent verpflichtet war, den bereits in den „nützlich-

6 Namentlich in einem Dokument erwähnt wurde das Collège erstmals 1567.

chen Wissenschaften“ gebildeten Bürgern die „Kunst zu lehren“ beizubringen,⁷ d.h., Kader für Forschung und Lehre heranzuziehen. Aus der Verschmelzung dieser zunächst nur Männern offen stehenden Einrichtung mit der École normale supérieure de jeunes filles im Jahre 1985 ging dann die École normale supérieure in ihrer heutigen Form hervor. Den beiden Eliteschulen folgten im 19. und 20. Jahrhundert weitere, so die École libre des sciences politiques, das heutige Institut d'Études politiques (IEP), bekannt unter dem Namen Sciences Po (1872), das Kader für eine politische Laufbahn ausbildet, und die 1945 durch Charles de Gaulle gegründete École normale d'administration (ENA), die Männer und Frauen auf den Dienst in der Administration vorbereitet.

Auf die besondere Bedeutung dieser Elitehochschulen, die es so in Deutschland nicht gibt, wurde ich während meiner Gespräche in Berlin und Paris immer wieder aufmerksam gemacht.

Zu diesem Komplex der Elitehochschulen gesellte sich seit dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts eine Reihe außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, die, in unterschiedlichen Gewichtungen und Ausrichtungen, der Grundlagen- bzw. angewandten Forschung dienen. Eine der Hauptinstitutionen in diesem Kontext ist das 1939 gegründete Centre national de la recherche scientifique (CNRS). Unmittelbar nach Ausbruch des II. Weltkrieges hatte das CNRS, worauf auch Monsieur G. hinwies, im Wesentlichen zwei Funktionen: Die Zusammenfassung aller sowohl auf die Grundlagen- als auch auf die angewandte Forschung ausgerichteten staatlichen Institutionen und ihre Koordination sowie die Finanzierung dieser Forschung. Während des II. Weltkrieges zunächst auf die angewandte (Militär-) Forschung konzentriert, erlebte das CNRS seither Reformen,⁸ in denen immer wieder die Verhältnisse zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung, zwischen universitärer und außeruniversitärer sowie zwischen staatlich geförderter und privater (Industrie-) Forschung zur Disposition standen und den jeweiligen gesellschaftspolitischen Bedürfnissen entsprechend neu justiert wurden. Im Verlaufe dessen wurde das CNRS, seinem Titel entsprechend, zu einem wahrhaft nationalen Zentrum der wissenschaftlichen Forschung, das von seinen Befürwortern als „Herzstück der französischen Wissenschaftslandschaft“ (Monsieur A.), in eher kritischer Perspektive als „Mammut“ (Monsieur I.), „schwerlich nur umzulenkender Hochseesdampfer“ (Monsieur L.) oder gar als „Anomalie“ (Madame T.) bezeichnet wird, die wie eine Krake alle anderen Lehr- und Forschungseinrichtungen umschlingt und zu verschlingen droht.

Weitere staatlich geförderte Großforschungseinrichtungen von nationaler Dimension und Bedeutung sollten bald folgen. So wurde am 18. Oktober 1945, also kurz nach Beendigung des II. Weltkriegs, durch Charles de Gaulle das Commissariat à l'énergie atomique (CEA) mit Frédéric Joliot-Curie als Hochkommissar für Atomenergie an der Spitze ins Leben gerufen. Laut Dekret vom 18. Oktober 1945 ist das CEA auf die wissenschaftlich-technische Forschung zur Nutzung der Atomenergie auf den Gebieten der Wissenschaft, der Industrie und der nationalen Verteidigung ausgerichtet. Hinzu kamen, ebenfalls unmittelbar nach dem Krieg, das Institut national de la recherche agronomique (INRA, 1946) sowie das Institut na-

7 Am 9. Brumaire des Jahres III dekretierte der Konvent „qu'il serait établi à Paris une École normale, où serait appelés, de toutes les parties de la République, des citoyens déjà instruits dans les sciences utiles, pour apprendre, sous les professeurs les plus habiles dans tous les genres, l'art d'enseigner“.

8 Ausführlicher zum CNRS vgl. weiter unten.

tional d'hygiène (INH), aus dem schließlich 1964 das Institut national de la santé et de la recherche médicale (INSERM) hervorging.

Auf Lehre wie Forschung ausgerichtet sind solche Institutionen wie die EPHE oder die EHESS. So besteht die Mission der bereits 1868 von Victor Duruy gegründeten École pratique des hautes études (EPHE) darin, praxisnah auf die Grundlagen- und angewandte Forschung in den „Wissenschaften vom Leben und der Erde, den historischen und philologischen sowie den Religionswissenschaften“ („Sciences de la Vie et de la Terre, Sciences historiques et philologiques et Sciences religieuses“) vorzubereiten. Ihren heutigen Status erhielt die EPHE im Jahre 1986.

Die École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) gibt es seit 1975. Sie versteht sich und ist zu verstehen als Hochschule auf dem Gebiet der Sozial- und Geisteswissenschaften. Ihr Credo: „Ausbildung für die Forschung durch die Forschung“.

Sowohl räumlich als auch institutionell eng mit den beiden letzteren Institutionen verbunden ist die 1962 gegründete Fondation Maison des sciences de l'homme (FMSH bzw. kurz MSH). Aus der VI. Sektion der EPHE unter der Leitung von Fernand Braudel, der dann bis 1985 ihr langjähriger Direktor wurde, hervorgegangen, findet man sie heute im selben Gebäude wie die EHESS, nämlich 54 boulevard Raspail, und genau wie die EHESS forscht die Maison des sciences de l'homme auf dem Gebiet der Sozial- und Geisteswissenschaften. Aus dem „Haus der Wissenschaften vom Menschen“ sind mittlerweile mehrere Häuser geworden; sie liegen in Bordeaux, Straßburg, Lyon, Aix-en-Provence, Nantes, Caen und Poitiers und bilden somit ein Frankreich durch- und überziehendes Netz hochkarätiger humanwissenschaftlicher Forschungseinrichtungen.

Schon dieser kurze Überblick über die französische Wissenschaftslandschaft zeugt von ihrer Anciennität, Komplexität und starken inneren Gliederung.

Die ältesten Institutionen gehen auf das späte Mittelalter (Sorbonne, Collège de France) bzw. die Frühe Neuzeit (Académie des Sciences) zurück, während die Eliteschulen nachrevolutionäre Einrichtungen sind und die Großforschungseinrichtungen zumeist kurz vor bzw. nach dem II. Weltkrieg entstanden. Immer wieder kommen Lehr- und/oder Forschungseinrichtungen hinzu, die, oftmals von Forschern angeregt und den aktuellen gesellschaftlichen oder politischen Interessen und Bedürfnissen entsprechend, durch den jeweiligen Machthaber (König oder Präsidenten), also „von oben“, gegründet werden.

Daraus resultiert ein bis heute deutlich erkennbarer starker Einfluss des Staates bzw. der Politik auf die Wissenschaftslandschaft; Stichworte sind hier Etatismus, Colbertismus oder auch Bonapartismus sowie ein ebenso starker Zentralismus derselben. Die bereits angeführte Strategie, institutionelle Neugründungen an die Seite bereits existierender Institutionen zu setzen, trug im Laufe der Geschichte das Ihrige zur inneren Vielfalt und Vielschichtigkeit des französischen Wissenschaftssystems bei.

Diese besondere Rolle des Zentralstaates auch in der Forschungspolitik wurde von vielen meiner GesprächspartnerInnen hervorgehoben. Mehr als anderswo würden in Frankreich staatliche Institutionen in Belange der diversen Subsysteme, also auch der Wissenschaft, eingreifen; mehr als anderswo – und hier wird namentlich auf Deutschland verwiesen – sei die französische Gesellschaft im Allgemeinen, die französische Wissenschaftslandschaft im Besonderen, zentralistisch organisiert.

Eine der Folgen der (über-)starken Rolle des Staates auch auf dem Feld von Bildung und Forschung scheint mir zudem in einer außergewöhnlichen Politisierung der französischen Wissenschaftslandschaft zu bestehen. Weit mehr, als dies in Deutschland der Fall wäre, haben meine Gesprächspartner die derzeitigen Prozesse in Schemata von „rechts“ und „links“ eingeordnet, wobei hierunter die Politik der konservativen UMP einerseits und die sozialdemokratische Politik der PS zu verstehen ist. Unterschiedliche Linien der Forschungspolitik, so mein Eindruck, werden in Frankreich viel enger mit den entsprechenden parteipolitischen Divergenzen identifiziert als in Deutschland.

Der Bereich der öffentlich geförderten Forschung (recherche public) umfasst heute eine Vielzahl an universitären und außeruniversitären Bildungs- und Forschungseinrichtungen,⁹ in denen insgesamt rund 200.000 Personen (Forscher und sog. „enseignants-chercheurs“, Doktoranden sowie technische und Verwaltungsangestellte) arbeiten. Was die Hochschullandschaft anbetrifft, so zählen hierzu neben den insgesamt 85 Universitäten u. a. drei nationale polytechnische Institute, vier Écoles nationales supérieures (ENS), neun Instituts d'études politiques und andere Großeinrichtungen wie das Collège de France, die EHESS oder die EPHE. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen gliedern sich in Öffentliche Einrichtungen wissenschaftlichen und technologischen Charakters (Etablissements publics à caractère scientifique et technologique, EPST) und Öffentliche Einrichtungen industriellen und kommerziellen Charakters (Etablissements publics à caractère industriel et commercial, EPIC). Zu den EPST, wo ein hoher Anteil des Personals über Beamtenstatus verfügt, gehören insbesondere das CNRS (mit allein 30.000 Mitarbeitern), das INSERM für die Gesundheit und das INRA für die Landwirtschaft. Zu den EPIC – das Personal hat hier den Status privatrechtlicher Angestellter – zählen das CEA für die Atom- und das CNES für die Raumforschung.

Ein Großteil der Forschungseinrichtungen und damit des Forschungspersonals sowie der entsprechenden Ausgaben ist in der Île-de-France resp. in Paris selbst konzentriert. So arbeiteten im Jahre 2004 135.000 Personen in Forschungsvollzeitäquivalenten („équivalent temps plein recherche“, ETP), darunter 79.000 Forscher, in der Île-de-France; die öffentliche Forschung konzentrierte hier 37% ihres Gesamtpersonals, 36,1% ihrer Forscher, die private Forschung gar 41% ihres Personals in Forschung und Entwicklung bzw. 44 % der in ihr tätigen Forscher. Gliedert man den Bereich der öffentlich geförderten Forschung nochmals in die Universitäten, EPST und EPIC auf, so ergibt sich folgendes Bild: An den Universitäten sind 29,9 % des Forschungs- und Entwicklungspersonals in der Île-de-France konzentriert, bei den EPST beträgt diese Ziffer 40,3 %, darunter beim CNRS 41,3 %, und in den EPIC sogar 41,6 %. Und während in der Île-de-France 149 Forscher auf 10.000 Beschäftigte kommen, sind dies bspw. in der Region Rhône-Alpes 93, in der Region „Provence-Alpes-

9 Zum System der öffentlichen Forschungseinrichtungen in Frankreich vgl. die Arbeiten von Philippe Larédo und Philippe Mustar. Hier sei nur verwiesen auf Mustar, Philippe: Les chiffres clés de la science et de la technologie, Paris 2003, sowie auf Larédo, Philippe/Mustar, Philippe: La recherche publique en France: évolutions et enjeux, in: Le banquet, (19-20) 2004, S. 95-113; vgl. aber auch Braun, Dietmar: Die politische Steuerung der Wissenschaft. Ein Beitrag zum kooperativen Staat, Frankfurt am Main/New York 1997. Zu den im Folgenden genannten Zahlen vgl. [www.education.gouv.fr/Enseignement supérieur et Recherche/La Recherche en France/Les organismes de la recherche publique](http://www.education.gouv.fr/Enseignement_supérieur_et_Recherche/La_Recherche_en_France/Les_organismes_de_la_recherche_publique).

Côte d'Azur“ (PACA) 86, während diese Quote in der „France métropolitaine“ insgesamt bei 80 liegt.¹⁰

Mehrere meiner Gesprächspartner haben auf die aus dieser Konzentration resultierenden auch sehr praktischen Probleme verwiesen, beispielsweise auf das mangelhafte Raumangebot, das den Forschern die Kommunikation untereinander erschwert. Dennoch empfinden viele Forscher ein eventuelles Umsiedeln in andere Regionen Frankreichs als Diaspora und Diskriminierung, so Monsieur A.

Unter struktureller Perspektive, führten Monsieur Q., aber auch Madame T. aus, bildet die französische Forschungslandschaft ein Dreieck aus Universitäten, Grandes écoles und außeruniversitären Forschungseinrichtungen (CNRS, INSERM, INRA u. a.). Zwischen diesen drei Blöcken oder auch Säulen herrscht starke Konkurrenz um Macht, Einfluss und die Allokation von finanziellen Ressourcen. Zwar gebe es konkurrenzuelle Beziehungen auch innerhalb dieser Pole – etwa zwischen den Universitäten oder zwischen den Grandes écoles –, doch tritt diese zumeist zugunsten der Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber den Institutionen der je anderen beiden Pole zurück.

Hierbei sind nach Meinung der meisten meiner GesprächspartnerInnen die Universitäten in der schwächsten Position.¹¹ Das Fehlen von Zulassungsbeschränkungen – was allerdings als demokratische bzw. republikanische Errungenschaft angesehen wird – und der deutliche Zuwachs an Studenten in den letzten Jahren machten sie zu Massenuniversitäten mit entsprechenden Folgen für die Qualität von Lehre und Forschung. Zudem wurden diese Entwicklungen nicht durch angemessene Erhöhungen der finanziellen Ressourcen und Aufstockung des Personals kompensiert.

Im Gegensatz dazu handelt es sich bei den Grandes écoles um Elitehochschulen zur Ausbildung der Führungskader in Politik und Wirtschaft,¹² in denen sorgsamst auf die Bewahrung bzw. Verbesserung der Qualität der Lehre (und Forschung) geachtet wird. Der Zugang zu ihnen ist extrem beschränkt. Eine Aufnahme setzt das Absolvieren der zweijährigen Vorbereitungsklassen (classes préparatoires) sowie das Bestehen des „concours“ voraus. Durch

10 Zu diesen Zahlen vgl. [www.education.gouv.fr/repères et références/statistiques sur l'enseignement/la recherche et le développement dans les régions](http://www.education.gouv.fr/repères_et_références/statistiques_sur_l'enseignement/la_recherche_et_le_développement_dans_les_régions). Ein sehr guter Überblick über die starke regionale Differenzierung der französischen Forschungslandschaft findet sich auch unter www.education.gouv.fr/stateval „Les configurations régionales des activités de recherche et développement en 2003“. Dieser starke Zentralismus hat merkwürdige Konsequenzen: So beklagen sich viele französische Wissenschaftler über das geringe Platzangebot, das Forschern in Paris zur Verfügung steht. Den Weg in die „Provinz“, der doch eine logische Antwort auf die in der Pariser Innenstadt notwendigerweise geringe Quadratmeterzahl pro Forscher darstellen würde, empfinden die meisten jedoch als „Verbannung“.

11 Zur Stellung der französischen Universitäten in Geschichte, Gegenwart und Zukunft vgl. die Arbeiten von Erhard Friedberg und Christine Musselin, insbesondere Musselin, Christine/Friedberg, Erhard: *L'Etat face aux universités: en France et en Allemagne*, Paris 1993, sowie Musselin, Christine: *La Longue Marche des universités françaises*, Paris 2001; vgl. auch Friedberg, Erhard: *Administrer l'enseignement*. Association Française des Administrateurs de l'Education, Novembre 2002.

12 Zur Stellung der Grandes écoles in der Reproduktion der französischen politischen und Wirtschaftseliten vgl. insbesondere Pierre Bourdieu: *La noblesse d'Etat*, Paris 1989. In diesem Buch weist Bourdieu nach, dass in bestimmten Hinsichten die heutige französische Gesellschaft durchaus mit derjenigen des Ancien régime vergleichbar ist, insofern sie nämlich in den Grandes écoles eine von der übrigen „Normalgesellschaft“ abgetrennte Kaste, eben den Staatsadel, (re-)produziert. Vgl. auch die Arbeiten von Monique de Saint Martin.

die Aussichten auf sehr gute berufliche Chancen schlagen junge Leute mit entsprechenden Leistungen und/oder solche, die – bzw. deren Eltern – es sich leisten können, diesen zwar sehr viel strengeren und anstrengenderen, doch ebenso viel aussichtsreicheren Bildungsweg ein, statt an die bereits in den 90er Jahren als „Fabriken von Arbeitslosen“ (usines à chômeurs) verschrienen Massenuniversitäten zu gehen. Letzteren kommen in diesem Wettbewerb die potentiell besten Studenten abhanden, woraus sich ein gewisser *circulo vitiosus* ergibt.

In Konkurrenz stehen die Universitäten aber insbesondere zu Großforschungseinrichtungen wie dem CNRS, was Madame T. akzentuiert. Seit seiner Gründung im Jahre 1939 hat diese Institution immer mehr Forschungspotential an sich gezogen, so auch von den Universitäten. Zwar ist es mit der Gründung der sog. „Gemischten Forschungseinheiten“ („Unités mixtes de recherche“, UMR) zu einer gewissen Symbiose von Universitäten und CNRS bzw. von Lehre und Forschung gekommen, doch sehen sich die Universitäten gerade in Sachen der Forschung als unterprivilegiert und dem CNRS unterlegen an, zumal das Lehrpersonal durch das bereits erwähnte Anschwellen der Studentenzahlen diesbezügliche Aktivitäten nur schwerlich ausweiten kann.

Über diesem Dreieck, oder aber auch in seinem Zentrum, ist, Monsieur Q. zufolge, das Bildungs- und Forschungsministerium zu verorten, das jenes komplizierte Gesamtgefüge koordinieren, kontrollieren, und optimieren soll. Oder, wie es Q. ausdrückte: Es navigiert zwischen diesen Polen.¹³

In gewisser Juxtaposition zu diesem Dreieck steht die zum Teil mit staatlichen Mitteln, zum Teil privat geförderte Industrieforschung mit ihren Institutionen. Der französische Staat habe, so führt der Gewerkschafter M. aus, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hauptsächlich die Forschung und Entwicklung in Industriezweigen von großer strategischer Bedeutung wie Atomforschung, Luft- und Raumfahrt gefördert, zuungunsten der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Obzwar es vielfältige Austauschbeziehungen zwischen den öffentlichen Bildungs- und Forschungsinstitutionen und denen in der privaten Industrie gibt, ist doch in allen Entwicklungsetappen des französischen Forschungssystems gerade dieses Verhältnis stets aufs Neue problematisch und dementsprechend problematisiert (ge-)worden.

Was Monsieur S. formulieren ließ: „Wir sprechen von einer Kultur, wo die Forschung sowohl in der Industrie als auch an den Universitäten schwach ist. Der Staat wollte die Forschung über öffentliche Großforschungseinrichtungen stärken. Das Gravitationszentrum lag nicht auf den Universitäten.“ Darin bestehe der große Unterschied zu Deutschland; hier herrsche eine andere Kultur.

Dafür sei zum einen die Tradition des Colbertismus/Jakobinismus/Gaullismus verantwortlich, innerhalb derer eben v. a. in Großforschungsprojekte investiert wurde. Zum anderen liege dies aber auch und nicht zuletzt am antikapitalistischen Duktus – der „antiindustriellen bzw. antikapitalistischen Kultur resp. Ideologie“ – der oftmals links eingestellten französischen Intellektuellen, die eine Zusammenarbeit mit der Industrie(-forschung) abgelehnt hätten. Nun seien hier – paradoxerweise unter der linken Regierung Chevènement – Anfang der 80er Jahre schon Schritte in die richtige Richtung gemacht worden, und zwar im Zusammen-

13 Ganz entsprechend dem Stadtwappen von Paris, auf dem ein auf Wellen schwimmendes Schiff zu sehen ist und es heißt: „Navigat nec mergitur“ (Schwimmt und sinkt nicht“).

hang mit der „Loi d'orientation et de programmation de la recherche“, der sog. „Loi Chevènement“; aber diese seien nicht weit genug gegangen.

Fassen wir das bisher Dargelegte zusammen, so nehmen – bei allen Differenzen – meine GesprächspartnerInnen den derzeitigen Status der französischen Wissenschaftslandschaft etwa wie folgt wahr: Staat und Politik üben einen (zu) starken Einfluss auf die Wissenschaft aus (Stichwort Etatismus); das Zentrum, also Paris, hat ein (zu) hohes Gewicht im Verhältnis zu den Regionen (Zentralismus); die Forschungsinstitutionen sind stark versäult, und zwischen ihnen herrscht eine starke Konkurrenz, die zumindest bislang zuungunsten der Universitäten ausgeht; öffentliche und private bzw. Grundlagen- und angewandte (Industrie-) Forschung sind (noch) streng voneinander getrennt und es herrscht ein (zu) hoher Grad an Verbeamtung (fonctionnarisation) der französischen Forscher.

Diese hier skizzierte Landschaft mit ihren im Laufe der Geschichte entstandenen Institutionen und den typischen Relationen zwischen denselben ist, so Herr H., integraler Bestandteil der französischen Gesellschaft, ihrer spezifischen Geschichte und Kultur und auch nur in diesem Kontext erklär- und verstehbar. Sie wird zuweilen – etwa bei M. – mit dem Typus des französischen Gartens verglichen, in dem starre, symmetrische Formen vorherrschen, im Unterschied zur deutschen Forschungslandschaft, die in ihrer Unregelmäßigkeit eher an einen englischen Garten erinnert.

Trotz aller nationalen Spezifik kann sich diese Forschungslandschaft den zunehmenden Prozessen der Europäisierung und Internationalisierung/Globalisierung gegenüber nicht verschließen. Standen die französischen Forschungseinrichtungen zwar immer schon in vielfältigen internationalen Austausch- und Kommunikationsbeziehungen mit entsprechenden ausländischen Einrichtungen – und meine Gesprächspartner verwiesen konstant auf die überdurchschnittliche Internationalisierung an vielen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, etwa am CNRS oder an der Eliteschule Sciences Po Paris –, sind doch durch die Europäisierung und Internationalisierung/Globalisierung auch auf dem Feld von Bildung, Forschung und Entwicklung die nationalen Forschungslandschaften, und darunter auch und insbesondere „der französische Garten“, massiven Anpassungs- resp. Veränderungszwängen ausgesetzt.

Denn, so äußerten sich sowohl der den Reformen kritisch gegenüberstehende Gewerkschafter M., aber auch Monsieur Q. und die dieselben eher befürwortende Madame T.: Das französische System von (Hochschul-) Bildung und Forschung ist an seine Grenzen gekommen. Seine über die Jahrhunderte gewachsenen Formen und Strukturen haben sich als zu starr erwiesen, um unter den Bedingungen des beginnenden 21. Jahrhunderts flexibel reagieren und agieren zu können.

Zwar müsste man nach Monsieur G. bereits seit den 60er Jahren von einer tiefen Krise des französischen Forschungssystems im Allgemeinen, der Geistes- und Sozialwissenschaften im Besonderen,¹⁴ sprechen, aber seit der Jahrtausendwende ist beständig von einer „Kri-

14 Einen sehr guten Überblick über die französischen Geistes- und Sozialwissenschaften und ihre Stellung in der französischen Gesellschaft verschafft der von Maurice Godelier herausgegebene sog. „Rapport Godelier“. Godelier, Maurice: L'état des Sciences de l'Homme et de la Société en France et leur rôle dans la construction de l'Espace Européen de la Recherche, Paris 2002; die SHS werden hier überdies mit den Geistes- und Sozialwissenschaften in anderen europäischen Ländern verglichen, insbesondere mit Deutschland und Großbritannien, aber auch den Niederlanden, Dänemark, Griechenland, Ungarn, Rumänien und Russland. Vgl. ebenso den Arbeitsbericht des „Conseil national du développement des sciences humaines et sociales: Pour une politique des sciences de l'Homme et de la société“, Paris 2001. In diesem Bericht wird auch auf die chroni-

se der französischen Forschungslandschaft“ die Rede. Und nicht nur die Rede. Im Jahr 2004, das auch als „Jahr der Krise“ bezeichnet wird, sah sich die damalige Bildungsministerin Claudine Heigneré zum Rücktritt gezwungen; auf den Straßen herrschten bürgerkriegsartige Zustände, eine Bürgerbewegung bildete sich heraus. Nachdem im selben Jahr im CNRS einschneidende Reformen eingesetzt hatten, geriet diese größte französische Forschungseinrichtung 2005 in eine tiefe Krise und ist seither nicht mehr vollständig arbeitsfähig. Und, und, und ...

Was ist geschehen? Ist dies „normal“ in dem Sinne, dass sich diese später noch näher zu beschreibenden Ereignisse in den gewöhnlichen Lauf der Dinge auf dem Feld der französischen Wissenschaft und Forschung einordnen lassen? Oder handelt es sich um etwas Exzeptionelles, vorher so nicht Dagewesenes, das zu einer neuen Qualität des französischen Forschungssystems führen wird bzw. bereits eine solche darstellt?

Dabei gilt es festzuhalten, dass die französische Forschungslandschaft nicht zum ersten Mal grundlegenden Wandlungsprozessen unterworfen ist. Seit dem II. Weltkrieg hat sie bereits mehrere Transformationen durchgemacht, die zu qualitativen Veränderungen führten – wenngleich nicht immer und ausschließlich in für die Wissenschaften förderlicher und insofern progressiver Richtung. Darauf sei im Folgenden eingegangen.¹⁵

Christophe Bonneuil zufolge lassen sich im Frankreich der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus wissenschaftshistorischer Sicht vier Perioden unterscheiden: 1. „Die Gesellschaft des Fortschritts“: die „Dreißig Glorreichen“ („les Trente Glorieuses“, 1944-1968); 2. das Jahrzehnt nach 1968; 3. die 80er Jahre, und schließlich 4. die 15 letzten Jahre (sprich 90er Jahre ff.). In jeder dieser Perioden könne man eine besondere Beziehung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft beobachten, genauer gesagt zwischen Forschung, Innovation, Staat, Markt und öffentlichem Raum.

Die Periode der „Dreißig Glorreichen“, d.h. die Zeit von 1944 bis 1968, beschreibt Bonneuil als überaus wissenschaftsfreundlich und -förderlich. In einem Großteil der zumeist der Résistance entstammenden Eliten des Landes habe die Überzeugung geherrscht, das Land müsse mittels eines durch die Wissenschaften aufgeklärten Staates modernisiert werden. So heißt es etwa in einer Rede von Charles de Gaulle vom 4. September 1958: „Wir leben in einer Zeit, in welcher gigantische Kräfte dabei sind, die Welt zu verändern. Um nicht zu einem veralteten und verachteten Volk zu werden, müssen wir uns auf wissenschaftlichem, ökonomischem und sozialem Gebiet schnell entwickeln.“¹⁶

Dieser Glaube an die unmittelbare Beziehung zwischen wissenschaftlich-technischem und sozialem Fortschritt, der zu großen staatlichen Investitionen in Bildung und Forschung (von 1958 bis 1968 steigt das Budget für Forschung und Entwicklung von 2,46 auf 6,2 % des Staatshaushaltes) und zur Gründung entsprechender Bildungs- und Forschungsinstitutionen führte (wie die bereits aufgeführten Großforschungseinrichtungen auf dem Gebiet der Atom-

sche Unterbewertung der Rolle der Sozialwissenschaften im Verhältnis zu den sog. exakten Wissenschaften, also den „sciences dures“ oder schlicht nur „sciences“, eingegangen.

15 Dabei beziehe ich mich auf den sehr instruktiven Aufsatz von Bonneuil, Christophe: Science et société en France depuis la Seconde Guerre mondiale (1944-2004), in: Les États généraux de la recherche, Paris 2004, S. 49-68.

16 „Nous vivons un temps où des forces gigantesques sont entrain de transformer le monde. Sous peine de devenir un peuple périmé et dédaigné, il nous faut dans les domaines scientifique, économique et sociale évoluer rapidement. »

forschung, der Landwirtschaft und Gesundheit), wurde von großen Teilen der französischen Bevölkerung geteilt, die ja tatsächlich an den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften der Zeit partizipierten. Während sich auch auf der Basis des wissenschaftlich-technischen Fortschritts das Lebensniveau der französischen Gesellschaft insgesamt steigerte, kam es in diesem Zeitraum zu einem exceptionellen Aufstieg der Bildungsschichten. Insofern könne man in dieser Periode von einem „breiten Sozialpakt“ zwischen Staat, Industrie und Gesellschaft sprechen.

In der Periode von 1968 bis 1980 nun sei von dieser Fortschrittseuphorie Abstand genommen worden, und dies von Seiten der politischen Eliten wie auch von Seiten der Wissenschaftler selbst. Im Unterschied zur vorhergehenden Periode habe man nicht mehr eine so direkte Linie zwischen Wissenschaft, Technik und sozialem Fortschritt gesehen. Dies ging einher mit einem Rückzug des Staates aus der Forschungspolitik: Die öffentlichen Ausgaben für die Wissenschaften stagnierten, die Haltung zur Wissenschaft wurde eher utilitaristisch. Im gleichen Zeitraum steigt unter den Forschern die Fortschrittskepsis – man denke nur an diesbezügliche Äußerungen von Michel Foucault.

In den 80er Jahren habe eine Rückkehr des Staates in die Forschungspolitik stattgefunden. In der ersten Amtsperiode von François Mitterand kam es zu einer Wiederbelebung der etatistischen, „colbertistischen“ Wissenschaftspolitik: Im Kontext des Forschungsgesetzes von 1982¹⁷ wurde die Forschung wieder zu einem wichtigen Sujet der Politik erhoben und ihr Budget angehoben, die Forscher an den öffentlichen Forschungseinrichtungen (CNRS) erhielten Beamtenstatus (fonctionnarisation), und im Gegenzug – denn dies gehörte bis dato nicht zu eher linker Forschungspolitik – intensivierte man die Beziehungen zu den privatwirtschaftlichen Betrieben.

Für die Periode seit Beginn der 90er Jahre spricht Bonneuil von einem erneuten Rückzug des Staates aus der Forschungspolitik und seinen entsprechenden Verantwortlichkeiten. Der in den „Dreißig Glorreichen“ herrschende Pakt zwischen Staat, Forschung und Industrie wurde nun endgültig aufgekündigt. Stattdessen beeinflusste im Kontext der Globalisierung immer stärker der Markt die Wissenschaften, die sich mehr und mehr den Kriterien der Nützlichkeit und Verwertbarkeit unterwerfen mussten. Das birgt gravierende Probleme für die Grundlagenforschung und führt zu einer massiven Aufwertung der angewandten Forschung. Die Verlagerung der Forschung ins Ausland verursacht ein tendenzielles Ausbluten der nationalen Forschungslandschaften. Und während man in den „Glorreichen Dreißig“ einen bedeutsamen Aufstieg der Bildungsschichten erlebte, ist man jetzt konfrontiert mit einer wachsenden Rolle der Finanziers und kaufmännischen Angestellten, die zunehmend das Sagen auch in der Forschung hätten.

Vor dem Hintergrund von Ereignissen wie dem Reaktorunfall in Tschernobyl oder dem BSE-Skandal (Stichwort „Risikogesellschaft“) sank zudem drastisch das Vertrauen in den unmittelbar dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden Charakter der Wissenschaften und die durch den Staat zu gewährleistenden Sicherheiten. Neben dem Verlust – an Glaube in Fortschritt und Staat – sieht Bonneuil vor allem hier die Chance für die Entstehung diverser Bürgerbewegungen, die sich eben nicht mehr auf die für- und vorsorgende Rolle des Staates und das Verantwortungsbewusstsein der Wissenschaften verlassen, sondern eigenverantwortlich in den Gang der Dinge eingreifen, seien diese politischer oder wissenschaftspolitischer Natur. Solcherart komme es zu einem „Einbruch der Zivilgesellschaft in die Wissen-

17 „Loi d'orientation et de programmation de la recherche“, die sog. „Loi Chevènement“.

schaftspolitik“, und: Ein neuer Pakt stehe an, nämlich ein Pakt zwischen der Forschung, dem Staat und der Zivilgesellschaft.

Summa summarum: Metamorphosen und Transformationen der französischen Wissenschaftslandschaft hat es, folgt man den Ausführungen von Christophe Bonneuil,¹⁸ periodisch immer wieder gegeben; oftmals fielen gravierende Einschnitte und Trendwenden mit dem Wechsel der politischen Führung des Landes insgesamt zusammen, insofern Forschungspolitik eben Teil der jeweiligen politischen Gesamtstrategie ist. Ständig neu justiert und definiert wurden in diesen Transformationen die Rolle des Staates bezüglich der Forschungspolitik und -finanzierung, die Bedeutung, die der Wissenschaft in der und für die Gesellschaft zukommt, sowie die Beziehungen der Wissenschaften zur Wirtschaft. Schaut man sich den Gesamtprozess an, so entsteht der Eindruck, dass es bei all dem Hin und Her bzw. Vor und Zurück von Staat, Wissenschaft und Ökonomie tendenziell und übergreifend zu einem Rückzug des Staates aus der Forschungspolitik gekommen ist, was zuweilen als – durchaus auch finanzielle – Vernachlässigung von Wissenschaft und Forschung (insbesondere an den Universitäten) durch den Staat bezeichnet und beklagt wird. Das Ganze zeitigte demgemäß einen Bedeutungsverlust von Wissenschaft und Forschung in der französischen Gesellschaft und im Gegenzug die wachsende Rolle des Marktes und seiner Imperative, der auch in den Wissenschaften sukzessive gerade die Steuerungs- und Kontrollfunktionen zu übernehmen droht, die vom Staat ver- bzw. hinterlassen wurden. Und all dies unter den Bedingungen wachsender internationaler/globaler Konkurrenz, wobei doch in der sich herauschälenden Wissens- bzw. Informationsgesellschaft den Wissenschaften auch und gerade für das ökonomische Wachstum steigende Bedeutung zukommt.

Aber diese Vernachlässigung von (insbesondere, aber nicht nur, universitärer) Wissenschaft und Forschung und der tendenzielle Rückzug des französischen Staates aus der Forschungspolitik, insofern derselben kein prioritärer Stellenwert mehr beigemessen wurde, fiel offenbar auf diesen selbst zurück. Zu Beginn des neuen Jahrtausends schien das französische System von Bildung und Forschung international nicht mehr konkurrenzfähig zu sein.

Davon zeugte u. a. das sog. „classement de Shanghai“ („Ranking of Shanghai“),¹⁹ bei welchem die französischen Universitäten und sogar die Elitehochschulen nur sehr schlechte Plätze belegten; dieses „classement de Shanghai“, so Monsieur U. im Gespräch mit mir, hat in der politischen Elite einen symbolischen Schock ausgelöst. Erst an 46. Stelle taucht die „Univ Paris 06“ (Université Pierre et Marie Curie) (2006: 45. Rang) auf, an 61. Stelle die Université Paris 11 (2006: 64. Rang), die Universität Strasbourg 1 landete auf dem 92. Rang (2006: 96. Rang), die „École Normale Supérieure Paris“ (ENS), immerhin eine der am meisten angesehenen „Grandes écoles“, auf Rang 93 (2006: 99. Rang). Dieses Ranking hatte in die zum überwiegenden Teil aus den Grandes écoles hervorgegangene politische Klasse Frankreichs „wie eine Bombe eingeschlagen“: Es habe klar gemacht, dass für eine Steigerung des internationalen Prestiges der französischen Wissenschaftslandschaft eine bedeutende Verbesserung der Lage an den Universitäten von kardinaler Bedeutung ist.

18 Die allerdings von vielen meiner Gesprächspartner geteilt wurden, insofern sie oftmals, wenngleich natürlich im Gesprächsverlauf nicht so systematisch, die Geschichte der französischen Nachkriegswissenschaften in vergleichbare Perioden untergliedert hatten.

19 Vgl. das „Academic Ranking of World Universities 2005“ (und 2006) des Institute of Higher Education der Shanghai Jiao Tong University im Anhang.

Unter dem Zwang zur Europäisierung – An- und Einpassung an und in den europäischen Forschungsraum im Rahmen des 6. und 7. Europäischen Forschungsrahmenprogramms und der in ihm enthaltenen Vorgaben – und der wachsenden globalen Konkurrenz auch auf dem Markt von Wissenschaft und Forschung, erwies sich der „französische Garten“ als zu starr, um flexibel auf die neuen Herausforderungen zu reagieren.

Jedoch: Krisen sind nicht nur als Gefährdungen zu verstehen; sie bieten oftmals auch die Chance für die Entstehung neuer und unerwarteter Dinge, Erscheinungen und Prozesse. So geschehen in Frankreich im Jahre 2004.

II. Umgestaltung einer Landschaft

Phönix aus der Asche oder: Die Forschung rettet sich selbst

In den von mir geführten Gesprächen fielen mehrfach zwei Namen: „Sauvons la recherche“ (zu deutsch „Retten wir die Forschung“) und „Les États généraux de la recherche“ (zu deutsch „Generalstände der Forschung“²⁰). Als Erster hatte sie Monsieur E. erwähnt. Er machte mich darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um eine zunächst von Medizinern gegründete Protestbewegung französischer ForscherInnen handelte. Und M. zufolge wurden die nachmaligen Reformen geradezu von Les États généraux angestoßen; seines Erachtens hat die Regierung die von beiden Bewegungen aufgestellten Forderungen aufgegriffen, jedoch in ihr Gegenteil verkehrt. Das Urteil M.s: „Das ist als Manipulation zu bezeichnen!“

Zurück in Berlin, empfangen ich noch im Dezember 2006 einen kompakten Brief von M.: Neben mehreren Exemplaren der Zeitschrift VRS („La Vie de la Recherche Scientifique“), der Revue der Wissenschaftlergewerkschaft SNCS-FSU, in welchen zahlreiche kritische Aufsätze zu den laufenden Reformen der französischen Wissenschaftslandschaft publiziert sind, ist darin ein 477 Seiten starker Band mit dem Titel „Les États Généraux de la Recherche“ enthalten.²¹ Und als ich mich im Januar 2007 noch einmal mit A. treffe, um mit ihm den Entwurf vorliegender Studie zu besprechen, sagt auch er: „Schauen Sie sich unbedingt Sauvons la recherche und Les États généraux de la Recherche an! Hier ist etwas ganz Neues entstanden. Es ist durchaus nicht so, dass die Regierung die Reformen initiiert hätte. Das ging von diesen beiden Bewegungen aus! Die Regierung hat dies dann nur umgesetzt!“

Anlässe genug, den beiden Bewegungen auf den Grund zu gehen. Der Eindruck, den ich gewonnen habe: Was sich im Jahre 2004 in der französischen Wissenschaftslandschaft abspielte, das war in der Tat hinsichtlich ihrer eigenen Geschichte präzedenzlos und angesichts ihres starren Charakters und der drohenden Erstarrung nicht zu erwarten, ganz abgesehen von den vergleichbaren europäischen Wissenschaftssystemen, in welchen derartiges noch nicht beobachtet werden konnte! 2004 erlebte Frankreich die Entstehung einer rapide anwachsenden, parteiunabhängigen Bewegung von Forschern. Diese begannen, und zwar zunehmend unterstützt von französischen Bürgern unterschiedlichster Profession und politischer Provenienz, die vom französischen Staat vernachlässigte Forschung selbst in die Hand zu nehmen. Sie netzwerkartig organisierend und miteinander kommunizierend, arbeiteten sie Vorschläge dafür aus, wie denn die französische Forschung aus der Krise herauszuführen sei.

20 Schon der Name weist auf die revolutionäre französische Tradition hin: Die Einberufung der Etats généraux, also der sich aus den drei Ständen (Adel, Klerus, Dritter Stand) zusammensetzenden Generalstände, war eine der großen politischen Forderungen im Vorfeld der Französischen Revolution von 1789 und ordnet sich ein in die antiabsolutistischen Aspirationen der sich herausbildenden bürgerlichen Gesellschaft. Schließlich wurden sie zum 5. Mai 1789 von Louis XVI. zum letzten Mal einberufen. Die Etats généraux de la recherche haben offenbar, gut 200 Jahre später, diese Tradition aufgegriffen, allerdings für das besondere Feld der Forschung.

21 Les États Généraux de la Recherche. 9 mars-9 novembre 2004, Paris 2004.

Am Anfang dieser Geschichte stand ein von einer Einzelperson elektronisch verfasst und am 7. Januar 2004 versandter Brief unter dem Titel „Sauvons la recherche“, an ihrem Ende die „Tagung der Generalstände der Forschung“ („Assises des États généraux de la recherche“), die vom 27. bis 29. Oktober 2004 in Grenoble stattfand und auf der ein in dieser kurzen Frist kollektiv erarbeitetes umfangreiches Dokument verabschiedet wurde, nämlich der „Bericht der Generalstände der Forschung in Frankreich“ („Rapport des États généraux de la recherche en France“).

Dieser Bericht beinhaltet eine sehr kritische Darstellung des Zustands des französischen Systems von (Hochschul-) Bildung und Forschung, zugleich jedoch ein komplexes Angebot an Reformvorschlägen, die der französischen Regierung unterbreitet und ganz offensichtlich von ihr im Laufe der Jahre aufgegriffen und, allerdings auf ihre Weise, umgesetzt wurden. Im Rückblick – und aus Gesprächen mit an diesen Prozessen beteiligten Akteuren – ist bei mir der Eindruck entstanden, dass der umfangreiche Umbau (um nicht zu sagen die „Perestrojka“) der französischen Wissenschaftslandschaft, der tatsächlich 2005 einsetzte und bis heute anhält, wenn nicht vollständig, so doch zu großen Teilen genau auf diese aus der Situation einer tiefen Krise hervorgegangene Bewegung französischer Forscher im Jahre 2004 zurückzuführen ist.

Das aber legt eine andere Wahrnehmung der Beziehungen zwischen französischem Staat, französischer Forschung und Gesellschaft nahe, als sie in den vorhergehenden Perioden zu beobachten waren: Die Initiative für signifikante Veränderungen der Forschungslandschaft scheint in diesem Falle nicht „von oben“, also vom französischen Staat, auszugehen, sondern vielmehr „von unten“ bzw. „von innen“, nämlich aus einer durch die Forscher selbst gegründeten und von der Gesellschaft unterstützten Bewegung, die mit ihren Aktionen den Staat (bzw., um es konkret zu sagen, das französische Ministerium für Bildung und Forschung) zu tiefgreifenden Veränderungen des in die Krise geratenen Forschungssystems zwingt, wenngleich die tatsächliche Umsetzung dieser Reformen den ursprünglichen Intentionen der Forscher oftmals nicht ent-, sondern widerspricht. Dies wird in den folgenden Abschnitten im Einzelnen darzulegen sein.

Bevor ich mich den im „Rapport des États généraux“ enthaltenen Reformvorschlägen zuwende, möchte ich zunächst noch einmal auf den Anfang und die sukzessive Entwicklung der Bewegung zur Rettung der Forschung und der Generalstände der Forschung eingehen, die in – nicht nur – meinen Augen ein erstaunliches Phänomen darstellen.

Am Anfang war – ein Brief.

In ihm reagierte der Verfasser, der am INSERM tätige Mediziner Alain Trautmann, auf entsprechende Äußerungen der damaligen Forschungsministerin Claudie Haigneré am Ende des Jahres 2003, denen zufolge 550 feste Arbeitsverträge von Forschern und ITA (Ingenieuren, Technikern und Verwaltungsangestellten) in befristete Arbeitsverträge umgewandelt und die im Verlaufe des Jahres 2003 unausgeschöpften Forschungskredite im kommenden Jahr nicht ausgezahlt werden sollten.

Dieser „Offene Brief an die Regierung“ („Lettre ouverte au gouvernement“)²² nun verweist zunächst auf die Notwendigkeit einer starken Wissenschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Für die Innovationen von morgen, die ökonomische Entwicklung sowie die kulturelle Ausstrahlung Frankreichs, heißt es, ist die Forschung unabdingbar. Die Begrenzung der

22 Vgl. das Dokument „Sauvons la recherche“ im Anhang.

Forschung auf einige wenige prioritäre Ziele bedeutet jedoch, in die Logik der Unterentwicklung einzutreten. Die Beschneidung der Grundlagenforschung habe letztendlich auch negative Folgen für die zunächst favorisierte angewandte Forschung. „In Frankreich“, so wörtlich in dem Brief, „erleben wir derzeit eine Vernachlässigung der Grundlagenforschung durch den Staat. Diese Politik wird unabänderlich ein Verschwinden jeder Grundlagenforschung zur Folge haben.“ Im Gegensatz zum offiziellen Diskurs, wonach die Forschung nationale Priorität besitzt, sei die französische Regierung dabei, den Sektor der öffentlichen Forschung zu schließen, wobei sie folgendes Paradox erzeugt: Im selben Moment nämlich, da sie (durch ihre finanz- und personalpolitischen Entscheidungen) die Forschung vernachlässigt, versuche sie, dieselbe verstärkt zu steuern und zu kontrollieren (Stichwort: „pilotage de la recherche“), statt dies der Eigenverantwortung robuster Lehr- und Forschungseinrichtungen zu überlassen, wie international üblich. Die Unterzeichner des Briefes, so heißt es, sind sich ihrer Verantwortung bewusst, „kollektiv gegen eine systematische Destruktion des französischen Forschungsapparates zu kämpfen“. Neben der sofortigen Auszahlung der beschlossenen Budgets und der Erhöhung der Anzahl an Stellen für junge Forscher wird das Forschungsministerium des Weiteren aufgefordert, in kürzester Frist eine „Nationale Tagung der Forschung“ („Assises nationales de la recherche“) vorzubereiten, und zwar nach dem Vorbild des Kolloquiums von Caen, welches am Beginn der spektakulären Erneuerung der Forschung in den 60er Jahren gestanden habe. Ein solches Kolloquium, das auch die betroffenen Akteure aus Politik und Wirtschaft versammele, müsse die Neugründung eines für die Zukunft des Landes entscheidenden Sektors zum Ziel haben und in eine auf mehrere Jahre ausgerichtete Politik münden, die den jungen Forschern attraktive Perspektiven und Karrieren bietet.

Der Brief endet mit einem Ultimatum: Wenn die Machthaber nicht den Ernst der Situation, insbesondere die Hoffnungslosigkeit der jungen Forscher, begriffen, die zum zentralen Problem der Forschungslabore werde, wenn also diese Forderungen nicht in dem der Krise entsprechenden Tempo umgesetzt würden, so würden die Direktoren von Forschungseinheiten und -gruppen kollektiv ihren Rücktritt von ihrer Funktion erklären.

„Die Unterzeichnenden“, heißt es abschließend, „rufen dazu auf, sich dieser Bewegung der Revolte gegen die Zerschlagung des französischen Forschungsapparates anzuschließen ...“

Diesen elektronisch verfassten und ins Netz gestellten Brief unterzeichnen mit der Zeit ca. 325.000 Personen, darunter 75.000 Forscher. 150 Direktoren von Forschungslaboratorien, die zu den Erstunterzeichnern gehören, drohen mit ihrem Rücktritt. Im Laufe dieser Ereignisse entsteht die Bewegung „Sauvons la recherche“, die bis heute aktiv ist und aus der, wiederum gemäß den Forderungen des Briefes, die „États généraux de la recherche“ hervorgehen.²³ Diese agieren auf unterschiedlichen, miteinander vernetzten Ebenen: Auf zentraler Ebene, wo es zur Kommunikation zwischen Vertretern von „Sauvons la recherche“ und Regierungsseite kommt; diese Kommunikation wird durch den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Akademie, Étienne-Émile Baulieu und Édouard Brézien, hergestellt. Das durch beide präsierte „Initiativ- und Vorschlagskomitee“ („Comité d'initiative et de proposition“, CIP) initiiert, als einer seiner ersten Schritte, die Bildung eines Netzes lokaler Organisationskomitees der Generalstände („Comités locaux d'organisation des États généraux“, CLOEGs),

23 Zu den im Folgenden beschriebenen Prozessen vgl. das „Avertissement“ des „Rapport des États généraux“, in: Les États généraux de la Recherche, a.a.O., S. 87-90.

die über das ganze Land verteilt wirken und, nach Einrichtung einer eigenen Website der Generalstände, auch und gerade auf elektronischem Wege miteinander kommunizieren.

Auf den unterschiedlichen Ebenen und an diversen Orten arbeiten die Akteure dieses Netzwerkes zu vier verschiedenen, vom CIP vorgeschlagenen Themenfeldern: Forschung und Gesellschaft, Organisation und Finanzierung der Forschung, Akteure der Forschung, Evaluation. Ihre Ergebnisse tauschen sie entweder per Mail aus oder auf Versammlungen vor Ort und in Paris. Schritt für Schritt entsteht dabei eine umfangreiche Dokumentation von Fakten, Anschauungen und Vorschlägen, die schließlich in den „Rapport des États généraux“ einmündet, der auf der Tagung der Generalstände vom 27. bis 29. Oktober 2004 in Grenoble vorgestellt und diskutiert und, nach einer nochmaligen Überarbeitung, schließlich am 9. November den Ministern für Bildung und Forschung, François Fillon und François d'Aubert, übergeben wird.

Dieser „Rapport“ ist somit das Ergebnis eines eigen-, ja einzigartigen kollektiven Gesamtprozesses: An seiner Entstehung haben tausende von Wissenschaftlern unterschiedlicher Generation, Disziplin und Stellung mitgewirkt; auf der Basis ihrer eigenen Erfahrungen haben sie ein Bild des französischen Systems von (Hochschul-)Bildung und Forschung mit seinen Licht- und Schattenseiten entworfen und Vorschläge dazu erarbeitet, wie letztere wenn nicht zu beseitigen, so doch schrittweise zu beheben sind.

Betrachten wir nun dieses Bild. Welche Facetten weist der „Rapport des États généraux de la recherche en France“ auf?

Sein Anliegen ist, die Grundlagen für einen „neuen Pakt zwischen der Welt der Forschung und der französischen Gesellschaft“ zu legen (S. 87).

Dazu beleuchten die Autoren im „avant-propos“ des Berichtes unter dem programmatischen Titel „Das französische Forschungssystem reformieren“ („Réformer le système de recherche français“) zunächst die Ursachen der Krise: Diese sei nicht vom Himmel gefallen; sie resultiere vielmehr aus der starken Senkung der öffentlichen Kredite für die Laboratorien, aus der Reduzierung der öffentlich geförderten Stellen für Forscher (mit ihren Folgen für die jungen Forscher), sowie aus der geringen Anerkennung der wissenschaftlichen Abschlüsse und Grade auch und insbesondere in der Industrie (S. 99 ff.). Das zentrale Problem ist jedoch, dem Bericht zufolge, der Platz der Forschung an den Universitäten und überhaupt die Stellung der Universitäten in der französischen Forschungslandschaft im Besonderen und in der französischen Gesellschaft im Allgemeinen. Dieser Komplex müsste neu bedacht werden, vorrangig dabei die Evaluation der universitären Forschung. Zu überdenken seien weiterhin die Verteilung der Posten an den Universitäten (namentlich das Verhältnis von Forschung und Lehre), die Trennung von Universitäten einerseits, „Grandes écoles“ andererseits sowie die Trennung von Forschungs- und Bildungsministerium.

Insgesamt also braucht nach Ansicht der Autoren die Forschung einen höheren Stellenwert, sind doch die Karrieren und Perspektiven für französische Forscher so unattraktiv, dass Frankreich mit einem Braindrain ins Ausland, insbesondere in die USA, zu kämpfen hat. Und während andere europäische Staaten, die USA und Japan mehr und mehr in die Forschung, darunter auch in die Grundlagenforschung, investieren, kritisiere man in Frankreich beständig die bestehenden Großforschungseinrichtungen (wie das CNRS), statt sie angemessen zu fördern. Die Forschung stehe nicht mehr im Zentrum der Politik. Anstelle einer sich ausbreitenden „eng utilitaristischen Konzeption“ müsste eine „globale Vision der Rolle und Bedeutung der Forschung“ treten (S. 105).

Wie aber sollte man das bestehende System reformieren? Die Autoren zeigen hier drei mögliche Strategien auf (S. 105 f.): Die erste, „reinen Tisch“ zu machen und ein völlig neues „ideales“ System aufzubauen, wird als illusorisch verworfen. Die zweite Strategie, die dem bestehenden, aber verknöcherten System neue Strukturen an die Seite stellen wollte, bezeichnen sie als zu kostspielig; unter dem Vorwand „internationaler Exzellenz“ würde hierbei eine Vielzahl an Funktionen der öffentlich geförderten Hochschulbildung und Forschung ignoriert. Die dritte, von den Autoren favorisierte Strategie, schlägt ein „kohärentes Ensemble von Reformen“ vor, das die Qualität und Reaktionsfähigkeit des Forschungssystems steigern, selbiges auf höheres Niveau heben und das, was gut funktioniert, verstärken, hingegen das, was „schwächelt“, unterdrücken bzw. beseitigen soll.

Was dieses „Ensemble an Reformvorschlägen“ ausmacht, darüber verschafft ein „Résumé der Hauptvorschläge der Generalstände für die Forschung“ („Résumé des principales propositions des États généraux de la recherche“, S. 91-97) einen ersten Überblick. Es geht darin um sieben Reformvorschläge, die in den folgenden Abschnitten des „rapport“ präzisiert und im Folgenden dargestellt werden.

1. Die Aufgaben der öffentlichen Forschung

Als Aufgaben der öffentlichen Forschung werden angegeben: Die Erarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse, wobei sofort auf die Notwendigkeit einer „strengen Evaluation“ der Forschung verwiesen wird; die Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in Bildung, Kultur, Medien und politischen Institutionen – ein Beitrag zu einer engeren Beziehung zwischen Forschung und Gesellschaft; die Ausbildung für und durch die Forschung – zur Steigerung der kulturellen, sozialen und ökonomischen Bedeutung der Forschung; die Verwertung der wissenschaftlichen Erkenntnisse im sozialen und wirtschaftlichen Bereich; schließlich die Expertise in Situationen von Konflikt oder Unsicherheit.

2. Die notwendigen Mittel bereitstellen

Will man die unter 1.) gestellten Aufgaben erfüllen und dementsprechend das Forscherpersonal verstärken, sei eine jährliche Erhöhung der Ausgaben für die öffentliche Forschung um eine Mrd. Euro notwendig, mindestens in den folgenden fünf Jahren. Dadurch würde zudem die sich unter den Forschern ausbreitende Prekarität zurückgedrängt.

3. Der Forschungspolitik einen prioritären Platz einräumen

Unter dieser Rubrik werden in die Zukunft weisende Strukturen zur Steuerung und Evaluierung der Forschung vorgeschlagen, bspw. die Gründung eines Ministeriums für Forschung, Hochschulbildung und Technologie (Ministère de la Recherche, de l'Enseignement supérieur et de la Technologie), damit diese drei Bereiche gemeinsam koordiniert werden können. Vorgesehen wird ebenfalls ein Hoher Rat der Wissenschaft (Haut Conseil de la science, HCS), der, bei der politischen Autorität angesiedelt und aus Wissenschaftlern und Repräsentanten der Zivilgesellschaft zusammengesetzt, die Beratung in forschungspolitischen Fragen zu übernehmen hätte. Von besonderer Bedeutung wäre die Einrichtung eines Komitees zur Evaluation der Forschungsoperatoren (Comité d'évaluation des opérateurs de la recherche, CEOR), das regelmäßig die Arbeit der Operatoren der Forschung überprüfen und die Qualität der Evaluation sowie die Umsetzung ihrer Ergebnisse durch die Operatoren selbst überwachen sollte. Den gegenwärtigen Evaluationsinstanzen mangle es an Kohärenz der Kriterien und Verfahren; zudem zögen deren Bewertungen kaum praktische Folgen nach sich.

Die bislang die großen Forschungsoperatoren (Universitäten und große Forschungseinrichtungen wie das CNRS) evaluierenden Instanzen CNER und CNE sollten daher zu einer Instanz zusammengezogen werden (vgl. S. 136 ff.).

Schließlich hätten alle diese Institutionen die Koordination zwischen dem nationalen Forschungsdispositiv und dem Europäischen Forschungsraum zu gewährleisten.

4. Die Hochschulbildung und Forschung stärken und besser koordinieren

Die Universitäten sollen, so die Autoren, im französischen Forschungsdispositiv eine größere Rolle spielen. Zu diesem Zweck müssten sie auch die Mittel erhalten, die sie befähigen, eine grundlegende Reform ihrer Funktionsweise auf unterschiedlichen Ebenen (der Strukturen der Entscheidung und Evaluation etc.) in Gang zu setzen. Gefordert wird ebenso eine Annäherung von Universitäten und Grandes écoles. Die Trennung dieser beiden Bildungs- und Forschungseinrichtungen sei unbedingt aufzuheben, da sie – durch die separate Ausbildung auch der Wirtschaftselite – die Entgegensetzung von Industrie und Forschung immer wieder neu produziert und auf diese Weise die Innovation, also die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Industrie, erschwert (vgl. S. 142 ff.). Der zu gründende HCS müsse die Anzahl und Gestalt der Forschungsorganismen neu bedenken und ihre Tätigkeiten koordinieren, wozu insonderheit auch die Erstellung gemeinsamer thematischer Programme gehört. Ein deutlicher Akzent wird auf die territoriale Dimension der Forschung gelegt. Ihrer Verstärkung soll die Bildung von Polen der Forschung und Hochschulbildung (Pôles de recherche et d'enseignement supérieur, PRES) dienen, innerhalb derer sich auf lokaler Ebene verschiedene Partner aus dem Hochschulbereich und der öffentlich und privat finanzierten Forschung zusammenschließen. Das könnte „die beständig zunehmende wissenschaftliche und kulturelle 'Verödung' des nationalen Territoriums“ (S. 149) eindämmen. So fände vor Ort eine engere Verbindung von Grundlagen- und angewandter Forschung mit ihren Partnern in Wirtschaft und Gesellschaft statt. Dabei sehen die Autoren des Berichts einen großen Unterschied zwischen diesen verschiedenen Institutionen, Disziplinen und Themen integrierenden „Pôles de recherche et d'enseignement supérieur“ und Strukturen wie den „Pôles d'excellence“, die eher exklusiven Charakter haben. Sie schlagen die Bildung von 15 bis 20 derartiger PRES vor.

5. Die Forschung ins Zentrum der nationalen Wissenschaftspolitik rücken

Dieser Teil zielt vor allem auf ein anzustrebendes Zusammenspiel von Evaluation und Finanzierung der Forschung sowie auf die Diversifizierung der Formen der Forschungsfinanzierung (vgl. S. 157 ff.), wobei dem Abschluss von Forschungsverträgen eine größere Rolle zukommen müsse (Stichwort „contractualisation de la recherche“). Die Forschungsorganismen sollten jeweils eine auf vier bis fünf Jahre ausgelegte Basisfinanzierung erhalten, und dies abhängig von einer im selben Rhythmus erfolgenden strengen Evaluation des Projekts sowie der an diesem Projekt beteiligten Forschergruppen, innerhalb derer auch die Relationen zwischen dem Umfang der Arbeiten und der Größe des dazu erforderlichen Forscherpersonals zu beurteilen wären. Eine solche Evaluation hätte – unter Mitwirkung nationaler und internationaler Experten – nach den Prinzipien der Kollegialität, Widersprüchlichkeit und Unabhängigkeit zu erfolgen. Avisiert wird zudem die Schaffung eines Komitees zur Finanzierung wissenschaftlicher Projekte (Comité de financement des projets scientifiques, COFIPS), das, über die Basisfinanzierung hinausgehend, Mittel für die Realisierung von Forschungsprojekten vergibt. Das COFIPS wird hier auch als „einzigster Schalter“ (guichet unique) be-

zeichnet, an dem Gelder für die Projektforschung ausgezahlt werden. Ein großer Teil dieser Finanzmittel sei für sog. „programmes blancs“, d.h. nicht thematisch vorgegebene Projekte, vorzusehen, deren Themen von den Forschungseinheiten selbst vorgeschlagen werden; ein anderer Teil sei thematischen Projekten von nationaler Bedeutung zu widmen. Auf diese Weise soll das System reaktionsschneller gemacht werden. Insgesamt gesehen geht es den „États généraux“ um eine Diversifikation der Forschungsfinanzierung und das Abstimmen der unterschiedlichen Modi und Institutionen der Forschungsfinanzierung.

6. Die Rolle des Forschungspersonals im nationalen Dispositiv verstärken

Ein zentrales Anliegen der Autoren des Berichts ist die Schaffung von attraktiven Berufschancen und -wegen für junge Forscher. Unbedingt müsse deren prekäre Situation in Hochschulbildung und Forschung beseitigt werden, was eine deutliche Zunahme der entsprechenden Stellen erforderlich macht. So müsse z.B. die Promotionsphase bereits im Rahmen eines befristeten Arbeitsvertrags (CDD) erfolgen. Ebenso seien Maßnahmen hinsichtlich der Erhöhung von post-doc-Stellen zu treffen. Der Übergang auf Dauerstellen müsse innerhalb der ersten sechs Jahre nach Beginn der Promotionsphase erfolgen. Um den Anteil der Universitäten an der Forschung zu stärken, sind das betreffende Personal sowie das Budget für sie deutlich aufzustocken und bei den Evaluationen der „Lehrenden-Forschenden“ die Gesamtheit ihrer (Lehr- und Forschungs-) Aktivitäten zu beurteilen.

7. Die nationale Forschungspolitik in den europäischen Forschungsraum integrieren

Die Verstärkung der Rolle der französischen Forschung habe sich in die Schaffung des Europäischen Forschungsraumes einzuschreiben, innerhalb dessen 3 % des europäischen BIP für Forschung vorgesehen sind. Bei der Konstituierung dieses Raumes müsse sich Frankreich insbesondere engagieren für:

- eine kräftige Steigerung der Forschungsausgaben auf europäischem Niveau, was eine entsprechende Finanzierung des 7. Rahmenprogramms und des Europäischen Forschungsrates einschließt;
- die Bildung des Europäischen Forschungsrates, der auf die Projektfinanzierung ausgerichtet ist;
- eine Veränderung der Regeln der Führung europäischer Forschungsprogramme;
- ein besseres Zusammenspiel von europäischer Forschungspolitik und universitärer Politik (vgl. dazu auch S. 168-174 des Berichts).

Zusätzlich zur Schaffung des Europäischen Forschungsrats wird die Einführung einheitlicher Prozeduren der Evaluation für die europäischen Forschungsprogramme gefordert (S. 171).

Dieses „Ensemble an Reformvorschlägen“, auf bereits beschriebenem kollektivem Wege ausgearbeitet, war kein Selbstzweck. Ziel der États généraux de la recherche war es vielmehr, auf der Basis der Erfahrungen der Wissenschaftler selbst Wege aus der Krise der französischen Forschungslandschaft aufzuweisen. Die dabei entstehende Expertise sollte der Regierung als sachdienliche Grundlage ihrer forschungspolitischen Entscheidungen zur Verfügung gestellt werden.

So sagte Alain Trautmann, Initiator und Sprecher von Sauvons la recherche und Mitglied des CIP der États généraux de la recherche, in seinen Schlussworten auf der Tagung der Generalstände am 29. Oktober 2004:

„Ich wende mich an die gewählten Vertreter und die politisch Verantwortlichen unseres Landes. Sie werden einen Gesetzestext verfassen, ihn diskutieren, darüber abstimmen, neue budgetäre Entscheidungen treffen. Seit Jahren haben Sie die Wichtigkeit der Forschung betont, aber Sie haben Ihre Worte und Ihre Taten nicht aufeinander abgestimmt, vielleicht zum Teil auch deswegen, weil Sie nicht wussten, welche Richtung einzuschlagen sei. Wir haben für Sie gearbeitet. Wir unterbreiten Ihnen eine gründliche Untersuchung und ein Ensemble präziser Vorschläge. Wir haben in dieses Dokument unsere genaue Kenntnis von den Problemen der Forschung hineingelegt, ebenso wie unseren Schweiß, unsere Energie, unsere Kompetenzen, den Reichtum unserer Differenzen. All diese Stimmen müssen Sie hören, Sie haben die Pflicht, dies so umfassend wie möglich zur Kenntnis zu nehmen.“²⁴

Am 9. November 2004 wurde der „Rapport des États généraux de la science“ den Ministern für Bildung und Forschung übergeben.

Wie die französische Regierung mit diesem Paket an Reformvorschlägen umgegangen ist, ob und wie sie diese also aufgegriffen und umgesetzt hat, darauf gehe ich in den folgenden Abschnitten ein.²⁵

Gesetzliche Rahmenbedingungen: Die „Loi de programme pour la recherche“

Als Reaktion auf die Initiativen und Forderungen, die von den Forschern selbst ausgingen, leitete die französische Regierung tatsächlich eine umfassende Erneuerung der französischen Wissenschaftslandschaft in die Wege, deren programmatischer Mittelpunkt das seit 2005 breit diskutierte und schließlich durch die Assemblée nationale am 4. April 2006 verabschiedete Programmgesetz für die Forschung (Loi de programme pour la recherche) darstellt, das die offizielle Seite immer wieder als „Pakt für die Forschung“ („Pacte pour la recherche“) bezeichnet. Dieses Gesetz trat an die Stelle der 1982 verabschiedeten Loi d'orientation et de programmation de la recherche, der sog. „Loi Chevènement“.

24 Trautmann, Alain: Les États généraux et après ? Discours de clôture. In: Les États généraux de la recherche, a.a.O., S. 445-453, hier S. 452.

25 An dieser Stelle bleibt darauf hinzuweisen, dass die Einsicht in die Notwendigkeit einer Reformierung der französischen Wissenschaftslandschaft nicht nur im Rahmen der „États généraux de la recherche“ erwachsen war; angesichts der offenbar gewordenen Krise des Systems kamen entsprechende Reformvorschläge auch aus anderen Kreisen der französischen Wissenschaftlergemeinschaft und der Gesellschaft überhaupt.

Für die Feststellung des Rückstandes und die Einsicht in die Notwendigkeit einer deutlichen Stärkung des Feldes der Hochschulbildung und Forschung zur Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovativität Frankreichs im Rahmen der globalen Wissensgesellschaft sind zwei weitere „rapports“ ausschlaggebend gewesen: Zum einen der von den beiden Wirtschaftswissenschaftlern Philippe Aghion und Élie Cohen ebenfalls im Jahre 2004 veröffentlichte „Rapport“ „Éducation et croissance“, in dem die Einführung der Wissensgesellschaft in Frankreich gefordert wurde, um den Anschluss auch und gerade an die internationale Wirtschaftsentwicklung zu halten; zum anderen die daran anschließende „Proposition de loi relative à l'économie de l'innovation“ von Christian Blanc vom 28. Juni 2005, in der viele praktische Vorschläge gemacht wurden, um die Innovativität der Wirtschaft und Wissenschaft zu steigern. Besonderen Akzent legte Blanc dabei auf die Universitäten.

Das prinzipiell Neue daran, so eine Pariser Gesprächspartnerin, war die Art und Weise seines Zustandekommens: „Noch nie hatten wir in Frankreich im Kontext eines vergleichbaren Gesetzes einen derart umfassenden Diskussionsprozess.“²⁶

Der Gesetzestext selbst sowie die im Vorfeld seiner Verabschiedung durch Gilles de Robien, Ministre de l'Education nationale, de l'Enseignement supérieure et de la Recherche und François Goulard, Ministre délégué à l'enseignement supérieur et à la recherche, gehaltenen Reden²⁷ verdeutlichen die Intentionen und Zielstellungen, die das französische Forschungs- und Bildungsministerium mit diesen Umgestaltungen verfolgt.²⁸

Bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes wird die französische Forschungspolitik als Aufgabe von nationaler Bedeutung deklariert und die Instituiierung eines die Regierung beratenden „Haut Conseil de la Recherche et de la Technologie“ (HCST) erwogen.²⁹ Die Notwendigkeit einer Neugestaltung der französischen Forschungslandschaft wird sodann aus der gewachsenen internationalen Konkurrenz heraus begründet. Die veralteten Forschungsstrukturen seien nicht mehr wettbewerbsfähig. Bei ihrem Ziel, Frankreich im Vergleich mit den „großen Forschungsländern“ – USA, Japan, Indien, China, Deutschland und Großbritannien – künftig auf den ersten Platz zu bringen, verfare die Regierung, so F. Goulard, nach der Philosophie der „Veränderung in der Kontinuität“. Laut G. de Robien unterliegen dem Projekt zwei Prinzipien: Zum einen die Erhaltung der großen Freiheit der Forschung, zum anderen die systematische Evaluierung der Resultate der Forschung.³⁰ Letzteres sei extrem wichtig. Man könne nicht derart hohe Erwartungen an die Forschung richten und große finanzielle Mittel für sie aufwenden, ohne über ein Evaluierungssystem zu verfügen, das „universell, leistungsfähig und homogen“ ist.

All diese Aspirationen finden ihren komprimierten Ausdruck in der dann verabschiedeten „Loi de programme pour la recherche“. Daher im Folgenden eine eingehendere Analyse.³¹

Die Gesetzespräambel besagt, dass die derzeitige Organisation der französischen Forschung nach dem II. Weltkrieg aufgestellt wurde, und zwar mit dem Ziel, die französische Wissenschaft auf den ersten Rang des internationalen Wettbewerbs zu heben. Gegenwärtig befinde sich die französische Forschung, im internationalen Maßstab gesehen, auf Platz 5.

26 Zu den einzelnen Schritten im Vorfeld der Verabschiedung dieses Gesetzes sowie den verschiedenen Reformmaßnahmen, die auf seiner Grundlage getroffen wurden, vgl. Paradeise, Catherine/Thoenig, Jean-Claude: Piloter la réforme de la recherche publique, in: *futuribles*, n° 306, März 2005, S. 1-20; vgl. auch Paradeise, Catherine: Où va le système de recherche français? In: *Pour la Science*, N° 341, März 2006, S. 16-21.

27 Vgl. die Reden von G. de Robien und F. Goulard am 15. November 2005 vor dem „Conseil économique et social“.

28 Sehr instruktiv hinsichtlich der derzeitigen Reformen und der neuen Instrumente der französischen Forschungspolitik ist auch der „Rapport sur les politiques nationales de recherche et de formations supérieures, Annexe au projet de loi de finances pour 2007“, der sog. „Gelbe“ („Le jaune“), so genannt wegen seiner Farbe. Hier finden sich auch sämtliche Zahlen bezüglich der Forschungsfinanzierung.

29 Welcher dann am 25. September 2006 durch den Präsidenten der Republik, Jacques Chirac, eingesetzt wurde.

30 Schaut man sich die genannten Dokumente an, so nehmen Fragen der Evaluation, ihrer Institutionen und Kriterien, in der Tat eine herausgehobene Stellung ein.

31 In meinen folgenden Ausführungen beziehe ich mich auf das Dokument „Projet de loi de programme pour la recherche, exposé des motifs“; vgl. aber auch die „Fiches techniques“, die sog. „17 fiches“, die im Vorfeld der Verabschiedung des Gesetzes erarbeitet wurden und den Grundstock desselben bilden.

Nun habe die Welt in den letzten Jahrzehnten tief greifende Veränderungen durchgemacht, an welche sich die französische Forschungsorganisation anpassen müsse, und zwar auf drei Ebenen, nämlich der innerwissenschaftlichen Ebene: das Anwachsen des Wissens mache eine Neudefinition der Grenzen und der Kooperation zwischen den Disziplinen erforderlich; der gesellschaftlichen Ebene: aus den höheren Anforderungen der Gesellschaft an die Wissenschaften resultiere deren höhere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, sowie schließlich der globalen Ebene: im stärker gewordenen ökonomischen Wettbewerb spiele die Forschung eine eminente Rolle.

Fazit: „Das französische Forschungs- und Innovationssystem ist an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt.“ Und: Die Nation schließt einen „Pakt mit ihrer Forschung“.

Demgemäß wird sich die Regierung auf dem Weg zu einer anspruchsvollen Erneuerung des nationalen Systems der Forschung und Innovation engagieren, und zwar in enger Absprache mit allen an diesem Prozess beteiligten Akteuren sowie im Rahmen der Schaffung eines europäischen Forschungsraums, welcher vorsieht, 3% des BIP für Forschungsausgaben bereitzustellen.

Dieser „Pakt der Nation mit ihrer Forschung“ beruhe auf:

1. einer ausgewogenen Entwicklung der Gesamtheit der Forschung, von der Grundlagenforschung über die zur Lösung gesellschaftlicher Fragen bis zu der auf die Lösung wirtschaftlicher Probleme gerichteten Forschung;
2. einer engeren Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure der Forschung; hier geht es zum einen um die Intensivierung der Kooperation zwischen den diversen Forschungsinstitutionen im öffentlichen Sektor, zum anderen aber um die Verstärkung der Zusammenarbeit der öffentlich geförderten Forschungsinstitutionen mit dem privaten Sektor, sprich der Industrie, v.a. der KMU;
3. einer globalen und langfristigen Strategie, die das Vertrauen zwischen der französischen Gesellschaft und ihrer Forschung herstellen soll; hierbei handelt es sich um die Vorstellung einer „erneuerten Governance“ (gouvernance renovée) der französischen Forschung durch die Regierung, die es gestatte, eine dynamische und anspruchsvolle Forschungspolitik zu realisieren.

Und dieser Pakt verfolgt sechs Ziele:

1. die Verstärkung der Kapazitäten zur strategischen Orientierung und zur Definition von Prioritäten;
2. den Aufbau eines einheitlichen, kohärenten und transparenten Systems der Evaluation;
3. die Bündelung der Energien und die Erleichterung der Kooperation zwischen den Akteuren der Forschung;
4. das Angebot attraktiver Wissenschaftlerkarrieren;
5. die Intensivierung der Dynamik der Innovation und die engere Verbindung zwischen öffentlicher und privater Forschung;
6. die Verstärkung der Integration des französischen Systems in den europäischen Forschungsraum.

Wie sehen diese Ziele, näher betrachtet, aus?

Punkt 1 behandelt neue Instrumente bzw. die Verstärkung der Rolle bereits existierender Organe der Forschungspolitik, die in ein einheitliches System der Forschungspolitik zu integrieren sind. Hierbei geht es insonderheit um den zu schaffenden Haut conseil de la science

et de la technologie (HCST), der direkt beim Präsidenten der Republik anzusiedeln ist und die Regierung in der Forschungspolitik zu beraten hat. Die Entscheidungen hinsichtlich der Forschungspolitik selbst habe das Comité interministériel de la recherche scientifique et technologique (CIRST) zu treffen. Der Conseil supérieur de la recherche et de la technologie (CSRT) hingegen soll in seiner Funktion als Ort der Debatte über forschungspolitische Fragen gestärkt werden.

Als eines der wichtigsten Ziele der erneuerten Governance der Forschung wird die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Forschungspolitik auf nationaler, europäischer und regionaler Ebene angegeben. Geht es zum einen um die stärkere Einbindung in den Lissabon-Prozess, so zum anderen um die Stärkung der regionalen Forschungsinstitute durch die Institution der Pôles de recherche et d'enseignement supérieur (PRES). Schließlich wird auf die Stärkung der Projektforschung eingegangen, und zwar durch Institutionen wie die Agence nationale de la recherche (ANR) für Projekte der Grundlagen- und der angewandten Forschung oder auch die Agence de l'innovation industrielle (All) für die technologische Entwicklung.³²

„Das Gegengewicht zur Freiheit der Forschung“, heißt es zu Beginn von Punkt 2 programmatisch, „ist die Evaluation.“ Doch die derzeit in Frankreich praktizierte Evaluation sei disparat und heterogen, sowohl was die Akteure als auch was die Methoden anbelangt. Dieses Evaluationssystem gelte es also zu erneuern.

Dazu wird eine Agence d'évaluation de la recherche (AER) vorgesehen, mithilfe derer sich Frankreich „ein homogenes, einfaches und den internationalen Standards entsprechendes“ Evaluationssystem verschaffen will.³³

Diese unabhängige öffentliche Autorität soll nach vier Prinzipien handeln. Dies sind:

- eine Evaluation durch (gleichrangige) Berufskollegen (par les pairs), unabhängig von den daraus resultierenden Entscheidungen;
- eine Evaluation von hoher Qualität, und zwar durch anerkannte (insbesondere europäische und internationale) Experten und durch eine einheitliche Methodologie;
- eine transparente Evaluation, die sich auf allgemein bekannte Kriterien, Evaluatoren und Schlussfolgerungen stützt;
- eine Evaluation mit tatsächlichen Konsequenzen.

Die AER werde die Funktionen des „Conseil national de l'évaluation“ (CNE) und des „Comité national d'évaluation de la recherche“ (CNER) übernehmen.

Die Aufgabe der AER soll dabei in der Evaluation der Forschungsaktivitäten an den öffentlichen Einrichtungen einschließlich der Universitätskliniken sowie der dort arbeitenden Forschungseinheiten bestehen. Zudem habe sie sich einen Überblick über die Prozeduren zu verschaffen, mittels derer an diesen Einrichtungen das Personal evaluiert wird.

Im Folgenden wird insbesondere der internationale Charakter der zukünftigen Agentur akzentuiert. Zum einen sollen die Evaluierungskommissionen sowie der der AER vorstehen-

32 Ausführlicher zur ANR vgl. weiter unten. Während die ANR dem Forschungsministerium untersteht, wurde die All per Dekret vom 25. August 2005 durch das „Ministère de l'Économie, des Finances et de l'Industrie“ gegründet, dem sie auch unterstellt ist. Ihre Aufgabe besteht in der „Förderung und Unterstützung großer Programme der Innovation in der Industrie“.

33 Ausführlicher zu dieser mittlerweile AERES (da eben auch den Hochschulbereich einschließenden) genannten Agentur vgl. weiter unten.

de Rat auch aus ausländischen Mitgliedern bestehen; zum anderen soll die Agentur, im Rahmen europäischer und internationaler Programme der Forschungskooperation, an der Evaluierung von Institutionen der Lehre und Forschung im Ausland teilnehmen.

Laut Punkt 3 besteht ein wesentliches Ziel der derzeitigen französischen Forschungspolitik in der verstärkten Zusammenarbeit zwischen den vielen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere in der Intensivierung der Kooperation zwischen Lehr- und Forschungseinrichtungen, die auf demselben Gebiet tätig sind. Für dieses Ziel werden verschiedene Instrumentarien eingerichtet. Das sind zum einen die „pôles de recherche et d'enseignement supérieur“ (PRES); sie sollen auf Initiative von öffentlichen und privaten Lehr- und Forschungseinrichtungen gebildet werden, darin eingeschlossen die Universitätskliniken. Die Funktion der PRES besteht darin, die Aktivitäten der unterschiedlichen an ihnen beteiligten Institutionen zu koordinieren und die finanziellen Mittel zu verwalten. Ihre Forschungsmittel hätten die PRES bei der ANR zu beantragen; ihre Evaluation würde über die AERES erfolgen. Zum anderen handelt es sich um die „campus de recherche“, wo Akteure zusammengeführt werden können, die zum selben Thema forschen. Lt. Gesetz sollen zunächst zwei bis drei „campus“ eingerichtet werden; es wird aber angekündigt, diese Zahl bis auf zehn hochzufahren.

Weiterhin sieht das Gesetz vor, die Arbeit der ANR mit der Funktion der Projektfinanzierung zu betrauen; zugleich solle diese ihren internationalen Charakter verstärken.

Punkt 4 befasst sich mit der Attraktivität des Wissenschaftler-Berufs für junge Menschen. Dazu seien die Möglichkeiten des Eintritts von Post-Doktoranden in die Industrieforschung oder in den Wissenschaftsbereich selbst zu verbessern, wofür u.a. ein „Observatoire de l'emploi des docteurs“ vorgesehen wird, das über eine genaue Kenntnis der Berufsperspektiven im öffentlichen und privaten Sektor verfügen soll. Aufzuheben sind ferner die starren Grenzen zwischen „chercheur“ und „enseignant-chercheur“, d.h. zwischen „reinen Forschern“ und solchen, die zugleich lehren. Besonders verstärkt werden soll die „mobilité à l'international“, vorwiegend im Rahmen der EU; derartige Auslandsaufenthalte wären besonders zu vergüten. Schließlich geht es hier um die bessere Finanzierung der Forscher und Lehrenden, und zwar in Abhängigkeit von den Resultaten der Evaluation.

Während in Barcelona, ist im 5. Punkt zu lesen, festgelegt wurde, dass 2% des BIP für FE in der Privatwirtschaft aufzubringen sind, handelt es sich bei den 1,4% derzeit in Frankreich dafür aufgebrachten Mitteln um ein chronisches Defizit, das es unbedingt zu überwinden gelte. Die Regierung will nun durch bestimmte Mittel und Instrumentarien die Industrieforschung v.a. in jungen, innovativen Unternehmen und in den KMU unterstützen. Einen besonderen Schwerpunkt bildet das nach dem Vorbild der Fraunhofer-Gesellschaft geschaffene Carnot-Label, das solchen Konglomeraten verliehen wird, in denen öffentliche und private Forschungsinstitutionen kooperieren.

Obzwar in allen vorgenannten Punkten immer schon thematisiert, erhält unter Punkt 6. die Internationalisierung der französischen Forschungslandschaft noch einmal eigenen Raum.

Die Dynamik des französischen Systems der Forschung und Innovation, so heißt es dort, hängt aufs engste von seiner Fähigkeit ab, sich im Rahmen der Internationalisierung des wissenschaftlichen Austausches in den Europäischen Forschungsraum einzuschreiben. Daran müsse Frankreich aktiven Anteil nehmen.

Die Mobilität der französischen Wissenschaftler im europäischen, aber auch im internationalen Raum müsse deutlich ausgeweitet werden, und zwar zu dem Zweck, ständig auf dem neuesten internationalen Stand zu sein. Ebenso sehr aber sei der Ausländeranteil in französischen Forschungseinrichtungen zu erhöhen.

Noch einmal wird in diesem Kontext auf die Öffnung der französischen Evaluierungsinstanzen für ausländische Experten eingegangen. Im Jahre 2010 will man hier einen Anteil von einem Drittel ausländischer Experten erreichen.

Zudem sollen binationale oder europäische Forschungslaboratorien geschaffen werden, wofür in die Verträge der Organismen und Universitäten die europäische Dimension zu integrieren ist.

Um die Teilnahme französischer Forscher an europäischen Projekten zu stimulieren, solle die ANR in zwei Jahren 20% ihrer Finanzierungen für Projekte mit europäischen Partnern oder Partnerorganismen zur Verfügung stellen. Des Weiteren sollen die Forscher aufgefordert werden, zunehmend auch Projektanträge im Rahmen des 7. Forschungsprogramms zu stellen.

Die einzelnen Punkte und Maßnahmen zusammenfassend, heißt es schließlich: „Dieser Pakt, der eine grundlegende Erneuerung der französischen Forschung in die Wege leitet, gestattet es ihr, die weltweite wissenschaftliche und technologische Konkurrenz unter den besten Bedingungen zu bestehen; sein Ziel ist es, die internationale Ausstrahlungskraft Frankreichs zu erhöhen.“

Eine Neuheit auf dem Gebiet der Forschungsfinanzierung: Die „Agence nationale de la recherche“ (ANR)

Die „Agence nationale de la recherche“ (ANR) zählt zu den wichtigsten im gegenwärtigen Veränderungsprozess neu geschaffenen Institutionen. In diesen Zusammenhang stellt sie auch der Président du Conseil d'Administration der ANR, Jean-Jacques Gagnepain: „Nach einem von Debatten über die Zukunft der Forschung belebten Jahr 2004 war 2005 ein wichtiges Jahr für die Evolution der französischen Forschungslandschaft. In diesem Jahr werden die Inhaber der öffentlichen Gewalt ein Gesetzesprojekt zur Orientierung und Programmierung der Forschung vorbereiten und das öffentliche Dispositiv der Forschung um eine neue Entität bereichern, die auf die Projektforschung ausgerichtet ist.“³⁴ In allen von mir geführten Gesprächen nahm die ANR einen großen Raum ein; sowohl von Seiten der Administration als auch von Seiten der Forscher selbst wird sie als eine Einrichtung angesehen, die eine bedeutende Innovation innerhalb des Institutionengefüges der französischen Forschungslandschaft darstellt und bereits existierende Institutionen wie das CNRS erheblich unter Druck setzt – was wiederum positiv oder negativ bewertet werden kann.

Die ANR ist eine Institution der Forschungsfinanzierung, und zwar speziell für die Projektfinanzierung. So heißt es auf der Internetseite der ANR: „Die Einrichtung des öffentlichen Rechts Agence Nationale de la Recherche ANR – GIP ANR –, die am 7. Februar 2005 gegründet wurde, ist eine Agentur zur Finanzierung von Forschungsprojekten. Ihr Ziel ist es, die Anzahl an Forschungsprojekten zu erhöhen, die aus der gesamten Wissenschaftsgemein-

34 Jean-Jacques Gagnepain: Éditorial zum „Rapport annuel 2005“ der ANR.

schaft kommen und, nach erfolgter Konkurrenz untereinander und Evaluation durch die Peers, finanziert werden.“³⁵

Häufig vergleicht man die ANR mit der DFG – in offiziellen Dokumenten und auch im Gespräch. Schon 2005 sagte der damalige Generaldirektor des CNRS, Bernard Larroutou, in einem Interview: „Ohne damit identisch zu werden, sollte doch das Beispiel der deutschen Situation, wo ein dem CNRS vergleichbarer Großorganismus (die Max-Planck-Gesellschaft) und eine nationale Agentur (die Deutsche Forschungsgemeinschaft) Seite an Seite existieren, unsere diesbezüglichen Erwägungen inspirieren.“³⁶ Und im bereits zitierten Editorial zum Jahresbericht 2005 der ANR steht: „Diese Initiative schreibt sich in die fortschreitende Evolution des Forschungsdispositivs ein. Nach dem Beispiel seiner europäischen Partner und der großen Industrieländer verfügt Frankreich mit der ANR nunmehr über ein Werkzeug zur Finanzierung der Projektforschung, das zur Geschmeidigkeit und Anpassungsfähigkeit der Forschergruppen beiträgt, die den großen Entwicklungen auf globaler Ebene ausgesetzt sind.“³⁷ Auch die Website der ANR verweist darauf, dass man sich bei der Gründung der ANR an entsprechenden Institutionen der Forschungsfinanzierung in anderen europäischen Ländern orientierte: „Die Finanzierung der Forschung über Projekte ist ein in vielen Ländern sehr verbreiteter Mechanismus und stellt einen Dynamisierungsfaktor zur Ausschreitung der Grenzen der Wissenschaft dar.“³⁸ Allerdings wird auch die US-amerikanische „National Science Foundation“ als Vorbild für die ANR gesehen.

Mit der Gründung der ANR, so einer meiner Gesprächspartner in Paris, habe die Regierung das Ziel verfolgt, das bis dato wirkende Gießkannenprinzip (saupoudrage) der Forschungsfinanzierung zu beenden, die entsprechenden Mittel also nicht mehr auf die einzelnen Institutionen zu verstreuen, sondern in der ANR zu konzentrieren.

Als Vorläufer der ANR gelten der 1999 gegründete Fonds National de la Science (FNS) und der Fonds de la recherche technologique (FRT), die beide schon auf die Projektforschung orientiert waren: Während der FNS die Projektforschung auf dem engeren Gebiet der Wissenschaften förderte,³⁹ unternahm der FRT dies auf dem Gebiet der angewandten (und Industrie-)Forschung (recherche technologique).⁴⁰ Die Zusammenführung der Funktionen beider Vorläuferinstitutionen, die im Übrigen ihre Parallelen hat zu entsprechenden Umstruk-

35 „Le groupement d'intérêt public Agence Nationale de la Recherche – GIP ANR – créé le 7 février 2005 est une agence de financement de projets de recherche. Son objectif est d'accroître le nombre de projets de recherche, venant de toute la communauté scientifique, financés après mise en concurrence et évaluation par les pairs.” www.agence-nationale-recherche.fr.

36 „Sans qu'elle puisse se transporter à l'identique, l'exemple de la situation allemande où existent côte à côte un organisme généraliste proche du CNRS (la Max Planck Gesellschaft) et une agence nationale (la Deutsche Forschungsgemeinschaft) doit inspirer nos réflexions à ce sujet.“ *Le CNRS en mouvement*. Interview mit B. Larroutou. In: *Le journal du CNRS* n° 182 mars 2005.

37 „Cette initiative s'inscrit dans une évolution progressive du dispositif de recherche. A l'instar de ses homologues européens et des grands pays industrialisés, la France dispose maintenant avec l'ANR d'un outil de financement de la recherche sur projets, apportant ainsi souplesse et réactivité aux équipes de recherche confrontées à des évolutions majeures sur le plan mondial.“

38 „Le financement de la recherche sur projets est un mécanisme très répandu dans de nombreux pays étrangers et constitue un facteur de dynamisme pour explorer les frontières de la science.“ www.agence-nationale-recherche.fr.

39 Vgl. Ministère délégué à la recherche, „Les Actions du Fonds National de la Science“.

40 Vgl. Ministère de la recherche, Sous-direction de l'Innovation et du Développement Technologique.

turierungen im Rahmen des Ministeriums selbst,⁴¹ deutet auf eines der wesentlichen Ziele der ANR hin, nämlich die engere Kooperation zwischen Grundlagen- und angewandter resp. zwischen öffentlicher und privater (Industrie-)Forschung.

So ist auf ihrer Website zu lesen: „Die ANR wendet sich an die öffentlichen Forschungseinrichtungen ebenso wie an die Unternehmen, und zwar mit der doppelten Aufgabe, neue Kenntnisse zu produzieren und, durch die Entwicklung von Partnerschaften, die Interaktionen zwischen öffentlichen Laboratorien und solchen an den Unternehmen zu fördern.“⁴²

Eigens dafür wurde das Carnot-Label eingeführt. In Analogie zur Fraunhofer-Gesellschaft, die hier Pate stand, wird dieses Label solchen Forschungsstrukturen zuerkannt, in denen öffentliche Forschungseinrichtungen und Akteure der Wirtschaft miteinander kooperieren. Derartige Forschungsverbände werden dann als „Instituts Carnot“ bezeichnet.⁴³ 2006 wurden für die Förderung dieser Institute 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 2005 verfügte die ANR über ein Gesamtvolumen von 700 Mio. Euro zur Förderung von Forschungsprojekten mit einer maximalen Dauer von vier Jahren (2006: 800 Mio. Euro).⁴⁴ Dabei wird zwischen offenen, nicht thematisch festgelegten Programmen und thematischen Programmen differenziert, die auf bestimmte prioritäre Themen von nationaler Bedeutung bezogen sind und gesellschaftliche, ökonomische und industrielle Interessen betreffen. Derartige thematische Programme sind: „Ökosystem und nachhaltige Entwicklung“, „Erneuerbare Energien und Umwelt“, Biologie/Gesundheit“ und „Materie und Information“.⁴⁵ Die Grundlagenforschung wird vorwiegend im Bereich „Nicht-thematisch“ („Non thématique“) gefördert. Das hier untergebrachte offene Programm („Programme blanc“) gilt in Frankreich als Neuheit: Es hat ein Gesamtvolumen von 126,15 Mio. Euro und förderte 2005 im Bereich der SHS 58 Forschungsprojekte, und zwar im Umfang von 10,42 Mio. Euro.

Analog zur DFG verfügt die ANR über ein eigenes Gutachterwesen.⁴⁶ Projekte sind im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens (appel à projets, AAP) einzureichen und werden dann evaluiert.

2005 wurden insgesamt 35 Ausschreibungen gestartet (2006: 42) und 4500 Forschergruppen bzw. Forscher gefördert. Eingereicht worden waren 5652 Dossiers, die in einem zweistufigen Verfahren zu begutachten waren: zunächst von ungefähr 5700 Außengutachtern, darauf durch Evaluierungskomitees, die aus ca. 950 Mitgliedern bestanden.

41 Im Kontext der Umstrukturierung des französischen Forschungsministeriums im Mai 2006 wurden so die vormalige „Sous-direction de la recherche“ und die „Sous-direction de la Technologie“, in deren Verantwortungsbereich der FNS resp. der FRT gehörten, zur „Direction Générale de la Recherche et de l’Innovation“ (DGRI) zusammengeführt.

42 „L’ANR s’adresse à la fois aux établissements publics de recherche et aux entreprises avec une double mission: produire de nouvelles connaissances et favoriser les interactions entre laboratoires publics et laboratoires d’entreprise en développant les partenariats.“ www.agence-nationale-recherche.fr.

43 Auf Empfehlung der ANR wird dieses Label dann vom Forschungsministerium vergeben. Vgl. ANR, „Le Label Carnot“.

44 Zum Vergleich: Die DFG verfügte im Jahre 2005 über ca. 1.300 Mio. Euro für Forschungsfinanzierung.

45 „Écosystème et développement durable“, „Énergie durable et environnement“, „Biologie Santé“, „Matière et information“. Diese und die folgenden Angaben sind dem „Rapport Annuel 2005“ der ANR entnommen.

46 Im Unterschied zu den anderen Institutionen (wie etwa dem CNRS), die ihre Evaluierungsinstanzen künftig an die AERES abgeben werden, wird die ANR ihr eigenes Gutachterwesen behalten.

Schließlich evaluierte man 1454 Projekte positiv, was einer durchschnittlichen Quote von 25,7 % entspricht (im Bereich „Non thématique“, in dem speziell die SHS gefördert werden, beträgt diese Quote 29,8 %).

Seit Juli 2006 existiert ein „Guide d'organisation et de fonctionnement des Comités d'Évaluation“, der die ab 1. Januar 2007 zu beachtenden Regeln der Evaluation im Rahmen der ANR definiert.⁴⁷

Ein neues Instrument der Governance der Forschung: Der „Haut Conseil de la Science et de la Technologie“ (HCST)

Die zweite wichtige Neugründung im Rahmen der Loi de programme pour la recherche ist der Haut Conseil de la Science et de la Technologie (HCST). Als Instanz der *Beratung* der Regierung in forschungspolitischen Fragen ist er direkt dem Präsidenten der Republik unterstellt, der ihn auch am 25. September 2006 installierte.

Laut Dekret vom 15. Juni 2006 soll der HCST die Regierung in allen forschungspolitischen Fragen beraten. Diese betreffen die:

1. großen wissenschaftlichen und technologischen Herausforderungen und die nationalen Prioritäten in Sachen der Forschung;
2. Wissenschafts- und Technologiepolitik Frankreichs auf europäischer und internationaler Ebene;
3. Organisation des öffentlichen Forschungssektors;
4. großen Forschungsinvestitionen,
5. Instrumentarien, die zu einer engeren Kooperation mit der Industrieforschung ermuntern;
6. Beziehungen zwischen Forschung und Gesellschaft und die Verbreitung der wissenschaftlichen Kultur;
7. wissenschaftliche Expertise und die Politikberatung.⁴⁸

Und so sagte anlässlich der Einführung des HCST J. Chirac zu dessen Aufgaben:

„Ihre erste Mission besteht darin, den wissenschaftlichen Gehalt der großen Strategien zu erhellen, die unser Land auf Gebieten von strategischer Bedeutung einschlägt. Ich denke dabei insbesondere an Energie, Gesundheit und Umwelt.

Die zweite Mission, die ich Ihnen übergebe, besteht in der wissenschaftlichen Aufklärung über die soziale, ökonomische und kulturelle Evolution in Frankreich und der Welt als Ganzer. Ihre Kenntnis ist unabdingbar dafür, dass die politischen Entscheidungsträger ebenso wie die öffentliche Meinung sich ein genaueres Urteil darüber bilden können, worum es bei der jeweiligen politischen Entscheidung geht, und dass sie die Entwicklung der Gesellschaft in einer zunehmend komplexen Umwelt besser verstehen können. Die erste dieser Aufgaben gehört eher zum Feld der Natur- und Biowissenschaften. Die zweite wird am meisten vom Beitrag der Geistes- und Sozialwissenschaften profitieren. Aber einer der Daseinsgründe

47 ANR, „Guide d'organisation et de fonctionnement des Comités d'Évaluation“.

48 Décret n° 2006-698 du juin 2006 relatif au Haut Conseil de la Science et de la technologie.

Ihres Hohen Rates wird gerade darin bestehen, dass er eine Annäherung dieser beiden großen Felder der menschlichen Erkenntnis gestattet.“⁴⁹

Der HCST besteht aus 20 Mitgliedern. Präsident ist Serge Feneuille, Physiker, ehemaliger Generaldirektor des CNRS. Bei der Gründung des HCST stand, worauf meine Interviewpartner hinwiesen, der European Research Council (ERC) Pate.⁵⁰

Eine nationale Agentur der Evaluation der Forschung? Die „Agence d’Evaluation de la Recherche et de l’Enseignement supérieur“ (AERES)

Neben der ANR und dem Haut Conseil de la Science et de la Technologie (HCST) soll die Agence d’Evaluation de la Recherche et de l’Enseignement supérieur (AERES) das Set neuer Instrumentarien der französischen Forschungspolitik komplettieren.

Entsprechend steht im Bericht über die Sitzung des Ministerrates am 2.11.2006, auf welcher ein Dekret über die Organisation und die Funktionsweise der AERES vorgestellt wurde: „Das Verfahren der Evaluation ist entscheidend, um die Qualität der Forschungsarbeiten und der Aktivitäten auf dem Gebiet der Hochschulbildung zu garantieren. Neben der Agence nationale de la recherche und dem Haut conseil de la science et de la technologie, den der Präsident der Republik am vergangenen 25. September installiert hat, zählt die Agence d’évaluation de la recherche et de l’enseignement supérieur (AERES) zu den durch das Programmgesetz für die Forschung vom 18. April zu dem Zweck eingeführten innovativen Instrumenten, die Kohärenz der nationalen Forschungspolitik zu garantieren und der wissenschaftlichen Community die Mittel zur Erreichung neuer, ehrgeiziger Ziele in die Hand zu geben.“⁵¹

49 „Votre première mission, c’est d’éclairer le contenu scientifique des grandes stratégies que notre pays met en œuvre dans des domaines prioritaires. Je pense notamment à l’énergie, à la santé et à l’environnement.

La deuxième mission que je vous confie, c’est d’apporter un éclairage scientifique sur les évolutions sociales, économiques, culturelles, en France et dans le monde. Leur compréhension est indispensable pour permettre aux responsables politiques et à l’opinion publique de mieux mesurer les enjeux des décisions qui sont prises, et de mieux comprendre les évolutions de la société, dans des situations de plus en plus complexes.

La première de ces missions relève plutôt du champ des sciences physique, de la nature et de la vie. La deuxième tirera le meilleur profit de l’apport des sciences humaines et sociales. Mais une des raisons d’être de votre Haut Conseil, c’est aussi qu’il permettra de rapprocher ces deux grands champs de la connaissance humaine. » Allocution de M. Jacques Chirac, Président de la République à l’occasion de l’installation du Haut conseil de la science et de la technologie (HCST), am 25. September 2006.

50 Als Verbindungsglied zwischen HCST und Forschungsministerium fungiert dabei die bereits erwähnte DGRI.

51 „La démarche d’évaluation est cruciale pour garantir la qualité des travaux de recherche et des activités de l’enseignement supérieur. Avec l’Agence nationale de la recherche et le Haut conseil de la science et de la technologie, que le Président de la République a installé le 25 septembre dernier, l’Agence d’évaluation de la recherche et de l’enseignement supérieur (AERES) compte ainsi parmi les instruments innovants mis en place par la loi de programme du 18 avril 2006 pour la recherche afin de garantir la cohérence de la politique nationale de la recherche et de donner à la communauté scientifique les moyens d’une nouvelle ambition. Conseil des ministres du 2 novembre 2006, „Agence d’évaluation de la recherche et de l’enseignement supérieur“.

Handelt es sich bei der ANR um eine Institution der Forschungs*finanzierung* und beim HCST um eine Einrichtung der *Beratung* (des Präsidenten) in forschungspolitischen Fragen, so bei der AERES um eine Agentur der Forschungs*evaluation*.

Gab es schon bei der Installierung der ANR große Proteste von der Wissenschaftlergemeinschaft, so fokussiert sich die Kritik vieler Forscher an den derzeitigen Transformationsprozessen gerade auf die Gründung der AERES, die sich daher immer wieder verzögert hat; diese Proteste führten zu beständigen Modifikationen der vorgesehenen Aufgabenstellungen und Funktionsweisen der Agentur. Kritisiert wurden insbesondere der Anspruch, überhaupt eine nationsübergreifende Evaluierungsinstanz zu installieren, die noch weiter von den einzelnen Forschungseinrichtungen entfernt wäre als die bereits existierenden Evaluierungsinstanzen, die Ersetzung von effizienten, schon bestehenden Evaluierungsinstanzen sowie die Veränderung der Relationen zwischen ernannten und gewählten Mitgliedern der Evaluierungskommissionen („nommés“ vs. „élus“) in den Kommissionen. Die Kritiker unterstellten der Regierung bzw. dem Ministerium, einen weiteren Schritt in Richtung Zentralisierung und „pilotage“ der Forschung gehen zu wollen.⁵²

Wurde die AERES mit der Loi de programme de jure ins Leben gerufen, ließ ihre ursprünglich für Ende 2006 vorgesehene de-facto-Installierung bis März 2007 auf sich warten.

In der Loi de programme pour la recherche nimmt die zu schaffende AERES einen breiten Raum ein. Von ihr installiert, erwartet die Regierung von der AERES den Aufbau eines einheitlichen, kohärenten und transparenten Systems der Evaluation. Die Evaluation soll auf nationaler Ebene nach einheitlichen Kriterien erfolgen, die Unübersichtlichkeit der vielen Evaluierungsinstitutionen reduziert und das Evaluationsverfahren auf diese Weise effizienter und transparenter gestaltet werden. Immer wieder – auch in den von mir geführten Interviews – wird auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Evaluierung von Universitäten und großen Forschungseinrichtungen wie dem CNRS hingewiesen.

Die AERES soll die Funktionen folgender bereits existierender Evaluierungsinstanzen übernehmen: des Comité national d'évaluation (CNE, das bislang die Universitäten evaluiert), des Comité national d'évaluation de la recherche (CNER, das bis dato die EPST, darunter das CNRS, evaluiert), der Mission scientifique, technique et pédagogique (MSTP)⁵³ sowie des CNU und des Comité National des CNRS.

Die Aufgabe der AERES besteht in der:

1. Evaluation *aller* öffentlichen Einrichtungen der Hochschulbildung und Forschung (der Universitäten, des CNRS, der ANR etc.);
2. Evaluation *aller* an diesen Institutionen tätigen Forschungseinheiten (der UPR, UMR, Jeunes équipes, Equipes d'accueil);
3. Evaluation der Studiengänge und Diplome (LMD) an den Einrichtungen der Hochschulbildung sowie

52 Zu diesen Protesten im Einzelnen vgl. weiter unten.

53 Vgl. Ministère d'éducation nationale d'enseignement supérieur et de la recherche, „La création de l'Agence d'évaluation de la recherche et de l'enseignement supérieur (AERES)“, dossier de presse, septembre 2006.

4. Begutachtung der Methoden, nach welchen das Personal der unter 1. genannten Institutionen evaluiert wird.⁵⁴

Mit der Realisierung dieser Aufgaben sind drei Sektionen betraut worden, und ein Rat von 25 Mitgliedern aus dem In- und Ausland steht der Agentur vor.

Gemäß dem Willen der Regierung wird die AERES die neue Architektur der französischen Forschungspolitik komplettieren. Durch dieses neue institutionelle Set geraten allerdings bereits bestehende Institutionen aus dem gewohnten Rhythmus, darunter insbesondere auch das CNRS.

Was wird aus den angestammten Forschungsinstitutionen? Der Fall des „Centre national de la recherche scientifique“ (CNRS)

Das Centre national de la recherche scientifique (CNRS) bildet, so einer meiner Gesprächspartner, das „Herzstück des französischen Wissenschaftssystems“. Mit 30.000 Mitarbeitern, darunter 26.000 Festangestellten (statutaires) – 11.600 Forscher und 14.400 Ingenieure, Techniker und Verwaltungsangestellten – und einem Budget von 2,738 Mrd. Euro im Jahre 2006 ist es eine der größten Forschungseinrichtungen der Welt, wenn nicht gar die größte.⁵⁵ Es ist interdisziplinär strukturiert; insgesamt arbeiten dort 1.260 Forschungs- und Serviceeinheiten auf allen Gebieten der Natur-, Geistes- und Sozialwissenschaften; ca. 85 % von diesen Einheiten sind mit den Universitäten oder anderen Forschungseinrichtungen Frankreichs verbunden und bilden sog. „Unités mixtes de recherche“ (UMR).

Derzeit bestehen am CNRS sechs wissenschaftliche Bereiche (départements):

- Mathematik, Physik, Planet und Universum (Mathématiques, physique, planète et univers, MPPU),
- Chemie (Chimie),
- Wissenschaften vom Lebenden (oder Biowissenschaften, Sciences du vivant),
- Human- und Sozialwissenschaften (Sciences humaines et sociales),
- Umwelt und nachhaltige Entwicklung (Environnement et développement durable, EDD),
- Engineering/Ingenieurwissenschaften (Ingénierie)

und zwei nationale Institute:

- das Nationale Institut für Nuklear- und Teilchenphysik (Institut national de physique nucléaire et de physique des particules, IN2P3) und
- das Nationale Institut der Wissenschaften vom Universum (Institut national des sciences de l'univers, INSU).

Das CNRS ist ausgesprochen international orientiert – das betonten alle meine Gesprächspartner. In seinen Laboratorien arbeiten 5000 Gastwissenschaftler; es hat 81 Kooperationsabkommen mit über 50 Ländern abgeschlossen, ist an 197 internationalen Programmen der

54 Vgl. Dokument „L'Agence d'Evaluation de la Recherche“ sowie Ministère de l'Education nationale., „Projet de cahier des charges relatif à l'organisation et au fonctionnement de l'AERES“, Version du 18/04/06.

55 Vgl. die Website des CNRS.

wissenschaftlichen Kooperation und an 17 europäischen Laboratorien beteiligt und unterhält Außenstellen in 9 Ländern.

Das CNRS verfügt über eine eigene Evaluationsinstanz, das Comité national de la recherche scientifique (CN).⁵⁶ Das „Comité“, gegliedert in Sektionen und interdisziplinäre Kommissionen, evaluiert durch diese Gremien die Aktivitäten der einzelnen Forscher, Forschungseinheiten (unités) und mit dem CNRS verbundenen Gruppen (équipes).

Die Aktivitäten der Forscher werden alle zwei Jahre evaluiert. Alljährlich ist von diesen ein Jahresaktivitätsbericht (compte rendu annuel d'activité, CRAC) vorzulegen und alle zwei Jahre ein Aktivitätsbericht (rapport d'activité). Auf dieser Grundlage erfolgt die Evaluation der Forscher, wobei Aktivitäten wie Mobilität, die Öffnung gegenüber der Wirtschaft, Lehrverpflichtungen, die Verbreitung der Wissenschaft usw. mit berücksichtigt werden. Für die Evaluation der einzelnen Fachgebiete gelten spezielle Kriterien.⁵⁷ Alles in allem handelt es sich hierbei um ein umfangreiches Evaluierungswesen, das nach Meinung einer meiner Gesprächspartnerinnen „das Beste am CNRS überhaupt“ darstellt.

Das CNRS wurde am 19. Oktober 1939, also kurz nach dem Eintritt Frankreichs in den II. Weltkrieg, durch ein Dekret des damaligen Präsidenten der Republik Albert Lebrun ins Leben gerufen.⁵⁸ Es sollte die existierenden staatlichen Forschungseinrichtungen, gleich ob auf Grundlagen- oder angewandte Forschung spezialisiert, in sich aufnehmen und die Forschung auf nationaler Ebene koordinieren. Seiner Gründung geht die Fusion der „Caisse nationale de la recherche scientifique“, also einer Institution der Forschungsfinanzierung, und des Office national des recherches scientifiques et des inventions zum Centre nationale de la recherche scientifique appliquée im Jahre 1938 voraus, aus welchem schließlich 1939 das CNRS hervorging.

Während des Krieges zunächst auf die angewandte (Militär-)Forschung konzentriert, verstärkt das CNRS ab 1945 insbesondere die Grundlagenforschung. Die derzeitige Struktur des CNRS ist im Wesentlichen ein Produkt der Zeit nach dem II. Weltkrieg. Allerdings hat die Institution seit dieser Zeit einschneidende Veränderungen durchgemacht: So 1966 mit der Schaffung der „unités associées“, d.h. von mit dem CNRS verbundenen und von ihm finanzierten Forschungseinheiten an den Universitäten, 1970 mit der Bildung des Departements für Ingenieurwissenschaften, womit die angewandte Forschung verstärkt werden sollte, und in den 80er Jahren mit der Politik der „action interdisciplinaire de recherche“, deren Ziel die Intensivierung der Kooperation zwischen den einzelnen am CNRS vertretenen Disziplinen war.

Seit dem Jahre 2004 befindet sich das CNRS in einer Phase tief greifender Reformen, die derart einschneidend sind, dass die Institution selbst (resp. deren Direktion) eine eigens darauf ausgerichtete Website einrichten ließ: www.cnrs.fr/evol. Unter dem Titel „Construire l'avenir du CNRS. Le CNRS en évolution“ kann man sich hier über die einzelnen Reformschritte informieren.

Diese Reformen werden äußerst unterschiedlich bewertet. Während ihre Gegner eine sukzessive Auflösung des CNRS befürchten, weil ihm mit den neuen Instituten der ANR und der AERES zwei seiner wichtigsten Funktionen – die Finanzierung und Evaluierung der For-

56 Vgl. die Website des Comité national de la recherche scientifique.

57 Vgl. „Critères d'évaluation des laboratoires“.

58 Vgl. Website des CNRS, „Histoire du CNRS“.

schung – genommen würden, meinen ihre Befürworter, eine grundlegende Veränderung des CNRS stehe schon lange an, entsprechen doch seine Strukturen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Als Probleme des CNRS werden insbesondere der hohe Grad der Verbeamtung (fonctionnarisation) seiner Mitarbeiter benannt, der einer innovativen Forschungsstrategie zuwiderlaufe, die Trennung von Forschung und Lehre, d.h. der institutionelle Graben zwischen dem CNRS als außeruniversitärer Forschungseinrichtung und den Universitäten, sowie die Unübersichtlichkeit der „unzähligen“ Forschungseinheiten im Rahmen des CNRS, die, zuweilen sogar als „Ein-Mann-Projekte“, „vor sich hin wurschtelten“, ohne Kontakt zu anderen Wissenschaftlern. Das CNRS, so einer meiner Gesprächspartner, selbst Beamter und in der Forschungsverwaltung tätig, ist ein „Mammut“, das ungeheure Mittel verschlingt, aber aus Sicht der Regierung nicht innovativ und effektiv ist; ein anderer vergleicht die Institution mit einem Hochseedampfer, der für einen Kurswechsel einen langen zeitlichen Vorlauf benötigt.

Diese Situation versuchte die damalige Führung des CNRS unter ihrem Präsidenten Gérard Mégie und ihrem Generaldirektor Bernard Larroutourou seit 2004 zu verändern. Anfang 2004 stellte sie das „Projekt des CNRS“ („Projet pour le CNRS“) vor. Ein Jahr danach wird in einem Pressecommuniqué des CNRS unter dem Titel „Das CNRS reformiert sich („Le CNRS se réforme“) die Notwendigkeit einer Reform des CNRS aus dem veränderten nationalen, europäischen und internationalen Kontext begründet: Die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber Gesellschaft und Industrie sei gewachsen, der europäische Wissensraum habe sich herausgebildet und die internationale Konkurrenz drastisch zugenommen, was alles dazu zwingt, das CNRS dynamischer, offener, attraktiver und leistungsfähiger zu gestalten.⁵⁹

Die Strategie dazu ist in dem Dokument „Die Reform des CNRS“ („La réforme du CNRS“) zum Ausdruck gebracht,⁶⁰ worauf nun eingegangen wird.

Wie es in der Präambel heißt, werde die Reform seiner Organisation dem CNRS gestatten, eine prägnantere Wissenschaftspolitik zu betreiben, die Interdisziplinarität zu erweitern, sich noch intensiver als bisher dem europäischen Raum zu öffnen und zugleich die regionale Präsenz zu stärken.

Entsprechende Eckpfeiler dessen wären:

- eine deutlichere Forschungspolitik nach außen und ein effektiverer Umgang mit dem Personal nach innen;
- verstärkte Beziehungen zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung; hier wird das Kontinuum Bildung-Forschung-Innovation („formation-recherche-innovation“) aufgemacht;
- die Verwirklichung tatsächlicher Interdisziplinarität;
- die Stärkung der Autonomie der jungen Forscher;
- die Intensivierung des Dialogs mit den Universitäten und Schulen; dies als Beitrag des CNRS zur Verbesserung des französischen Hochschulwesens;
- eine höhere Integration des CNRS in den europäischen Forschungsraum, damit es als größter europäischer Forschungsorganismus „eine Rolle als Motor in der Konstruktion des Europäischen Forschungsraumes“ spielt;

59 Vgl. CNRS, Communiqué de presse vom 23. Mai 2005 „Le CNRS se réforme“.

60 Vgl. CNRS, „La réforme du CNRS“; in diesem Strategiepapier sind offenbar die bereits 2004 von G. Mégie und B. Larroutourou gemachten Vorschläge mit enthalten.

- die Stärkung der regionalen Dynamik und der „pôles régionaux“, und zwar im Kontext des Programms „Europa der Regionen“.

Bezüglich der dann behandelten neu zu schaffenden Strukturen des CNRS (neue wissenschaftliche Departements und die Organisation der Direktion, die man zum Teil 2006 wieder zurücknahm) wird permanent der Anspruch betont, durch sie eine tatsächliche Zusammenarbeit zwischen den diversen Disziplinen zu erzielen, d.h. eine effektive Inter- bzw. Multidisziplinarität, sowie das wissenschaftliche Leben aus seinen Einschließungen zu befreien (Stichwort „décloisonnement de la vie scientifique“).

Als weitere wichtige „Baustellen“ der Reform werden benannt:

- die Wissenschaftspolitik, insbesondere die Festlegung der Forschungsschwerpunkte der einzelnen Disziplinen in den Folgejahren betreffend;
- die Erneuerung der Partnerschaft mit den Universitäten und Hochschulen;
- die Attraktivität und die Politik der Humanressourcen;
- die europäischen und internationalen Beziehungen. Hier geht es um die Integrierung der europäischen Dimension in die Personalpolitik und des CNRS in den 6. bzw. 7. Rahmenplan der EU, des weiteren um die Intensivierung der wissenschaftlichen Information und Kommunikation im Rahmen der EU sowie schließlich um den Ausbau der Partnerschaft des CNRS mit anderen europäischen Forschungsorganismen, z.B. Max-Planck-Gesellschaft;
- die Evaluation der Forschung, und zwar mit dem Verweis auf die Ausarbeitung von Kriterien der Evaluation durch das Comité national sowie eines „code des bonnes pratiques“ und auf die Präzisierung der Evaluierungspolitik im Rahmen des CNRS.

Die auf der Basis dieser Reform-Strategie unternommenen Schritte riefen allerdings derart heftige Proteste innerhalb der CNRS-Belegschaft hervor, dass sich die Führung unter B. Larrourou und G. Mégie im Laufe des Jahres 2005 zum Rücktritt gezwungen sah.

Die neue Direktion unter der Präsidentin Catherine Bréchnac und dem Generaldirektor Arnold Migus, seit Jahresbeginn 2006 im Amt, setzt diese Reformen im großen und ganzen fort; zwar nahm sie von bestimmten Vorhaben (wie der Installierung von „Directions interrégionales“, DIR) Abstand, aber die Hauptlinien der Reform in Richtung größerer Effektivität, Innovativität, Pluridisziplinarität und Überschaubarkeit sowie Öffnung gegenüber den Universitäten behielt sie bei.

Davon zeugen die regelmäßig auf der bereits erwähnten Website www.cnrs.fr/evol veröffentlichten Beschlüsse bzw. Botschaften (messages), die die Direktion des CNRS an die Mitarbeiter richtet und in denen sie über letzte Reformschritte informiert. In ihrer ersten Botschaft verweist die neue Präsidentin auf die gewachsene internationale Konkurrenz, für die sie das CNRS fit machen wolle. Zugleich beabsichtige sie, gemeinsam mit dem Staat den Platz des CNRS im Dispositiv der Forschungspolitik so zu bestimmen, dass es als ein Hauptakteur bei der Umwandlung des französischen Forschungssystems agiere.⁶¹ In ihrer ersten gemeinsam verfassten Botschaft vom 23.1.2006 betonen C. Bréchnac und A. Migus, dass sie ihre Funktionen im spezifischen Kontext einer laufenden Reform übernommen hätten, wofür sie bei den Mitarbeitern um Verständnis werben. In der Botschaft vom 15. Februar 2006 heißt es, die Reformen hätten zum Ziel, die Funktionsweise des CNRS zu vereinfachen; in der „message“ vom 7. März geht es um die Umstrukturierung der Bereiche, Labo-

61 Message de Catherine Bréchnac vom 16.1.2006.

ratorien und Forschungseinheiten zum Zweck gesteigerter Zusammenarbeit zwischen ihnen; am 5. April wird die Intensivierung der Beziehungen zur Industrieforschung thematisiert. Am 27. Juni informiert die Direktion über die Sitzung des administrativen Rats des CNRS am 22. Juni, auf welcher die großen Achsen der Forschungspolitik des CNRS diskutiert worden waren. Dabei handelte es sich noch einmal vorrangig um die neue Gliederung des CNRS nach „départements“, die Stellung der Laboratorien und Forschungseinheiten in ihnen sowie um ihre Leitungsstrukturen (vor allem um die Einsetzung der stellvertretenden Direktoren) und um die Stärkung der Aktivitäten des CNRS in den Regionen. Nunmehr, so ist dort zu lesen, werde man sich auf die Wissenschaft im engeren Sinne konzentrieren, insbesondere auf den strategischen Plan für 2007-2011, der im Frühjahr 2007 vorliegen werde.

„Schauen Sie sich das an!“, sagt der bereits erwähnte „fonctionnaire“, der den Reformen nicht einmal ablehnend gegenübersteht. „Das ganze Jahr nur Ernennungen!“ Und er klickt durch die unter den einzelnen Monaten abgespeicherten Beschlüsse der Direktion des CNRS im Jahre 2006 auf der Webseite „Évolution du CNRS“. In der Tat finden sich dort, neben den bereits erwähnten „messages“, vor allem die Berichte über die jüngsten Ernennungen von Direktoren von Forschungseinrichtungen, namentlich der Stellvertreter. „Die kommen zurzeit gar nicht zur wissenschaftlichen Arbeit! Und unser Hauptproblem: Wir haben momentan keine Ansprechpartner! Und auch wir hier an unserem Institut wissen nicht, wohin die Reise geht!“

Das „schwerfällige“ CNRS, so scheint es, ist in Fahrt gekommen, und zwar aus inneren wie äußeren Zwängen heraus; in einer sich in Umgestaltung befindenden nationalen und europäischen Forschungslandschaft muss sich diese Institution selbst sowie ihren Platz neu definieren. Wohin dieser „Mammut“ letztlich geht – bzw. das Passagierschiff fährt -, ist offenbar weder den Forschern selbst noch den forschungspolitisch Verantwortlichen klar.

III. Epilog nach Art eines Resümees

Die in den vorstehenden Abschnitten analysierten Prozesse zeugen davon, dass die wie ein französischer Garten strukturierte Landschaft von Hochschulbildung und Forschung einer grundlegenden Umgestaltung unterworfen ist.

Bestehende Institutionen wie das CNRS, aber auch das Forschungsministerium selbst und die mit ihm verbundenen Organe und Dienste werden umstrukturiert, neue Institutionen der Steuerung, Finanzierung und Evaluierung der Forschung wie die ANR, die AII, der HCST und die AERES gegründet, neue Instrumentarien der Forschungspolitik wie die PRES oder die „campus de recherche“ implementiert. Doch nicht nur bestehende Institutionen, sondern auch historisch entstandene und für die französische Gesellschaft typische Relationen zwischen ihnen stellt dieser Prozess in Frage und modifiziert sie.

Wie er- und verträgt der „französische Garten“ diese Prozeduren? Wird er seine starren Formen und symmetrischen Strukturen beibehalten? Wird er belebt werden durch die Einführung neuer Pflanzen, Anbauweisen und pflegerischer Methoden? Wird er ein eklektisches oder postmodernes Mischmasch französischer und „fremder“ Stilelemente bilden? Oder wird er zugrunde gehen?

Hinsichtlich solcher Fragen zur Zukunft des französischen Wissenschaftssystems hat sich ein differenziertes Meinungsspektrum herausgebildet, das von einer starken Befürwortung der Reformen über die Feststellung, dass diese gar nicht weit genug gehen, bis zu ihrer völligen Ablehnung reicht.⁶²

Als Beobachterin dieser komplexen und komplizierten Prozesse sehe ich mich allerdings mit einer paradoxen Situation konfrontiert: Konsens scheint darüber zu bestehen, dass das System der französischen Bildungs- und Forschungsinstitutionen dringend reformbedürftig war und ist. Schließlich kamen, angesichts der offenbar gewordenen Krise dieses Systems, Forderungen nach seiner Reformierung von der Forschergemeinde selbst, die, sich 2004 zu einer sukzessive anschwellenden Bewegung zusammenschließend – *Sauvons la recherche*, aus der die *États généraux de la recherche* hervorgingen –, ein umfassendes Paket an Reformvorschlägen geschnürt und der Regierung überreicht hatte. Das französische Ministerium für Bildung und Forschung griff diesen Vorschlag – wie auch von anderen gesellschaftlichen und politischen Kreisen stammende Anregungen – auf und setzte ab 2005 einen umfassenden Reformprozess in Gang, der in seiner Ausrichtung und in seinen Konsequenzen den Intentionen seiner ursprünglichen Initiatoren gar nicht, nicht oder doch nur teilweise zu entsprechen scheint.

62 Einen sehr guten und knappen Überblick über die derzeitigen Reformen und ihre Vorgeschichte aus Sicht der Organisationssoziologie und des Wissensmanagements geben Paradeise, Catherine/Thoenig, Jean-Claude: *Piloter la réforme de la recherche publique*, in: *futuribles*, n° 306, März 2005, S. 1-20; vgl. auch Paradeise, Catherine: *Où va le système de recherche français?* In: *Pour la Science*, N° 341, März 2006, S. 16-21. Vgl. ebenso Iribarne, Alain d': *Une génération de réformes en management public: et après?* In: *Actes du Treizième Colloque international*, Strasbourg, jeudi 24 et vendredi 25 novembre 2003, Tome 1, S. 19-38, sowie derselbe: *Un exemple d'incapacité gestionnaire d'une mise en œuvre d'une réforme: vingt ans de gestion des chercheurs au CNRS*. In: *Politique et Management public*, juin 2004, vol. 22, n° 2.

Wie lässt sich dies interpretieren?

Der immer noch aktive Gewerkschafter M. sagt dazu im Interview: „Die Regierung hat die Forderungen, die die États généraux und die Gewerkschaften 2004 gestellt hatten, tatsächlich aufgegriffen. Aber sie hat sie in ihr genaues Gegenteil verkehrt. So etwas nennt man Manipulation!“ Doch auch andere, jüngere Forscher, wie der Soziologe X., bezeichnen die derzeitigen Reformprozesse als „catastrophique“.

Die États généraux hatten 2004 eine Reform eingefordert, die weder „reinen Tisch“ macht und von Null beginnt, um ein ideales System aufzubauen, noch die gegebenen Institutionen als so reformunfähig betrachtet, dass man ihnen neue Strukturen und Institutionen an die Seite stellen müsste, um sie unter neuen Sachzwängen auszusetzen, sondern eine Reform, die die vorhandenen Einrichtungen optimiert, ihre positiven Züge unterstützt und ihre negativen eliminiert. Die tatsächliche Reform aber hat, in den Augen mehrerer meiner Gesprächspartner, einen Verlauf genommen, der dem zweiten in Betracht gezogenen, jedoch abgelehnten Reformmodell entspricht, das auf ein altes französisches Grundmuster zurückgeführt wird: So wie François I. das Collège de France gegründet habe, um die Sorbonne zu entmachten, so habe das Ministerium für Bildung und Forschung die ANR und die AERES gegründet, um das CNRS zu entmachten, entziehen diese ihm doch zwei seiner wichtigsten Funktionen, die Finanzierung und Evaluierung der Forschung.

Vergleicht man die Forderungen der États généraux, die sie in ihrem Bericht gestellt hatten, mit den Beschlüssen der Regierung, wie sie in der Loi de programme pour la recherche enthalten sind und durch die Gründung verschiedener Instanzen und Agenturen realisiert wurden, so hat es zunächst den Anschein, als würden Letztere nur die forschungspolitische Umsetzung Ersterer darstellen – scheint doch die von der Regierung 2005 gegründete und auf die Projektfinanzierung ausgerichtete ANR dem von den États généraux geforderten Comité de financement des projets scientifiques zu entsprechen, des weiteren der im Herbst 2006 durch Jaques Chirac installierte Haut Conseil de la Science et de la technologie (HCST) dem eingeklagten Haut Conseil de la Science (HCS) und die AERES, dem Comité d’Evaluation des Opérateurs de la Recherche (CEOR). Desgleichen wurde die von den États généraux verlangte Bildung von 15 bis 20 Pôles de Recherche et d’Enseignement Supérieur (PRES) umgesetzt: Immerhin finden diese in dem Gesetzeswerk breiten Raum, und heute bestehen bereits viele Einrichtungen dieses Typs bzw. werden sie gegründet.⁶³

Ein großer Erfolg also von Sauvons la recherche und der États généraux, die die Regierung dazu brachten, ihre Forderungen umzusetzen? Offenbar wird dies aus der Binnenperspektive anders gesehen und bewertet, offensichtlich überwiegen Skepsis und Ablehnung.

Was sind die zentralen Punkte von Kritik und Dissens?

Eines der Stichworte dazu lautet „pilote de la recherche“, zu Deutsch „Steuerung/Führung der Forschung“, negativ gedeutet und umgangssprachlich übersetzt mit „Gängelung der Forschung“. Der tatsächliche Verlauf der Reformen, so viele ihrer Kritiker, habe nicht zu einem größeren Freiraum für die Forschung geführt, sondern zu wachsender Kontrolle und

63 So wie etwa der „PRES Alsace“, in welchem sich vier Universitäten des Elsass zusammenschließen; als assoziierte Mitglieder dieses PRES sind die deutschen und Schweizer Mitglieder der „Europäischen Konföderation der Universitäten am Oberrhein“ (EUCOR) vorgesehen, und als Partner die Region Elsass, die Départements „Bas-Rhin“ und „Haut-Rhin“ sowie die Städte bzw. Gemeinden Colmar, Mulhouse und Strasbourg. Vgl. das „Projet de Convention de Création du PRES Alsace“.

Steuerung derselben, eben zu ihrer „pilotage“. Mit Institutionen wie der ANR, dem HCST und der AERES sei es nicht gelungen, den immer wieder beklagten Etatismus und Zentralismus des französischen Wissenschaftssystems zu relativieren. Vielmehr seien damit ein weiteres Mal zentrale, zwar nicht formal staatliche, aber doch vom Staat gesteuerte und kontrollierte, Institutionen gegründet worden, die den Einfluss der Forschergemeinschaft nicht erhöhen.

Bemängelt wird insbesondere das Auswahlverfahren der Mitglieder für die Gremien dieser Institutionen. Hier fallen zwei weitere Stichworte der Kritik, nämlich „élus versus nommés“, zu Deutsch „gewählt versus ernannt“: Statt dass, wie von der Wissenschaftlergemeinschaft gefordert, aus ihrer Mitte die Mitglieder dieser Gremien vorgeschlagen und/oder gewählt werden, würden die Führungskader von ANR, HCST und AERES von Regierungsseite ernannt, um dann ihrerseits die Mitglieder der unter ihnen stehenden Gremien zu ernennen. Diesen kaskadenförmigen Prozess bezeichneten viele meiner GesprächspartnerInnen als undemokratisch, hierarchisch und etatistisch: Damit falle der Reformprozess in alte, autoritäre Muster zurück, werde er de facto „von oben“, sprich vom Staat, umgesetzt, und nicht „von unten“, eben von den Forschern selbst.

Was die ANR anbelangt, so sind es insbesondere vier Aspekte, die Befürchtungen erwecken:

Zum einen betreffen diese das Verhältnis von Grund- und Projektfinanzierung. Die États généraux hatten, durchaus eine Diversifizierung der Forschungsfinanzierung befürwortend, eine im Wesentlichen aus staatlichen Mitteln erfolgende Grundfinanzierung der Forschung gefordert, auf welcher dann eine Finanzierung von Forschungsprojekten aufsetzen sollte. Nunmehr wird befürchtet, dass gerade diese Grundfinanzierung immer mehr in Frage gestellt wird.

Zum anderen sehen die Kritiker der ANR voraus, dass die Aufstockung der Projektforschung zuungunsten fester Forscherstellen verläuft, dass also sukzessive feste (und auslaufende) Arbeitsverträge durch befristete (CDD) ersetzt werden. Namentlich für die jüngeren Forscher, die noch keine festen Stellen haben, wird hier eine potentielle Prekarisierung erwartet, die nicht zu der von der Regierung annoncierten Erhöhung der Attraktivität des Forscherberufes führe, sondern eher dazu, dass die junge Generation andere, attraktivere Karrieren einschlägt und/oder ins Ausland geht (Stichwort Braindrain).

Zum dritten sei es fraglich, wie denn durch die Favorisierung der Projektforschung eine langfristige Forschung zu bestimmten Themen möglich werde, die doch durch die spätestens alle vier Jahre notwendige Antragstellung unterbrochen oder, durch eine etwaige Ablehnung, sogar abgebrochen würde. M. spricht hier von einer „recherche en créneau“, einer Forschung, die in Schießscharten verläuft und bei der die Gefahr besteht, dass die einzelnen Forschungsprojekte keine Verbindung miteinander haben.

Schließlich viertens ist es das Verhältnis von Grundlagen- und angewandter Forschung, das Sorgen hervorruft: Zunehmend werde durch Agenturen wie die ANR die angewandte zu Lasten der Grundlagenforschung gefördert. Immer mehr müssten auch die Geistes- und Sozialwissenschaften ihre gesellschaftliche Nützlichkeit und Anwendbarkeit beweisen. Was aber werde dann aus „unnützen“ Wissenschaften wie der Mittelalterforschung oder den Religionswissenschaften?

Was diesen Nützlichkeitsaspekt anbetrifft, so Monsieur W. im Gespräch, gibt es in Frankreich eine Disproportion zwischen den finanziellen Ausgaben für die Geistes- und Sozialwis-

senschaften (SHS) einerseits und Wissenschaften wie Biologie oder Physik andererseits. Dabei seien die SHS durchaus „nützlich“, müssten viel mehr genutzt werden, etwa bei der friedlichen Lösung internationaler Konflikte.

Nachdem die ANR zunächst großen Protest unter den Forschern hergerufen hatte und von ihnen boykottiert wurde, entwickelte sie sich mittlerweile zu einem – wenn auch miss-trauisch beäugten und gewöhnungsbedürftigen – etablierten Element im französischen For-schungsdispositiv.

Noch größere Ablehnung erfuhr die Gründung der Agentur zur Forschungsevaluierung AERES, deren faktische Installierung sich deswegen immer wieder verzögerte. Sicher, die Forscher forderten eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahren und Kriterien der Evaluation, insbesondere von Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrich-tungen wie dem CNRS, aber sie befürchteten mit der Installierung der AERES das Entstehen ei-ner Art zentralistischer Hyperstruktur, die die Resultate der Forschung nicht gerecht zu beur-teilen vermag: Aus Höhe und Entfernung einer nationsweiten Evaluationsinstanz sei ein an-gemessenes Urteilen über die Qualität der Forschung unmöglich – so etwa Monsieur C. Da auch die Gremien der AERES ernannt und nicht gewählt werden, befürchtet man zudem einen wachsenden Einfluss forschungsfremder Akteure bei der Forschungsevaluation (etwa aus Politik und Wirtschaft) zuungunsten einer Beurteilung durch kompetente Berufskollegen („par les pairs“ oder, englisch, „peers“).

Dem in Analogie zum European Research Council (ERC) gegründeten Haut Conseil de la Science et de la Technologie (HCST) mit der Funktion der Forschungsberatung hingegen wird – zumindest noch – keine reale Bedeutung beigemessen. Er wird eher als repräsentati-ves denn als arbeitendes Gremium bewertet.

Wenngleich die kritischen Stimmen bei der Beurteilung der derzeitigen Reformprozesse zu überwiegen scheinen, hörte ich doch immer wieder auch positive Urteile über sie. Aus Sicht ihrer Befürworter jedenfalls führen die Reformen zu der notwendigen Modernisierung der französischen Forschungslandschaft, zu einer deutlichen Regionalisierung derselben (durch Instrumentarien wie den PRES), zu einer intensiveren Beziehung zwischen Grundla-ge- und angewandter Forschung und schließlich zur effektiveren Nutzung der Forschungs-ergebnisse in der Industrie, wodurch deren Innovationsrate steigt. Auch die Entmachtung sol-cher Großinstitutionen wie des CNRS wird zuweilen durchaus positiv beurteilt: Sie bringe ein-und festgefahrene Strukturen in Schwung und ermögliche die Verschlankung hypertropher Institutionen. Dahingehend äußerte sich die Universitätsprofessorin T., die das CNRS als eine „Anomalie“ in der französischen Forschungslandschaft empfindet und, wie viele andere Universitätsprofessoren, für eine Zurückführung der Forschung an die Universitäten plädiert.

„Schauen Sie sich diese tarte française an“, fordert mich beispielsweise Monsieur S. auf und öffnet am PC die Homepage des CNRS:⁶⁴ „Von den Eigenmitteln („ressources propres“) des CNRS (in Höhe von 494,363 Mio. Euro) sind 55,30 % (entspricht 273,387 Mio. Euro) Forschungsverträge („contrats de recherche“): Und daran wiederum hat die ANR heute (d.h. 2006) bereits einen Anteil von 27,80 % (entspricht 76,000 Mio. Euro) und die EU 27,29 % (entspricht 74,619 Mio. Euro), zusammen also mehr als 50 % (nämlich 150,619 Mio. Euro). Erstaunlich, nicht? Für die meisten Forscher allerdings stellt dieser Anstieg der Gelder von der ANR und aus der EU ein Problem dar!“ Sprechen die Gegner der derzeitigen Reformen

64 Vgl. CNRS, Direction des finances, chiffres 2006, Contrats de recherche.

von einer größeren „pilotage“, also Steuerung, der Forschung durch Institutionen wie die ANR, weisen ihre Befürworter darauf hin, dass diese durch die Zunahme an sog. „programmes blancs“ die Forschung keinesfalls stärker bevormundet, sondern ihr vielmehr größere Freiheit verleiht. Ebenso ist die Infragestellung des hohen Verbeamtungsgrades der französischen Forscher (fonctionnarisation) aus mancher Sicht nicht nur negativ zu beurteilen, setze sie doch die Forscher, die sich zuweilen auf ihrem „sicheren Posten“ ausruhen und ihre Freiheit nutzen würden, nichts zu tun, einem positiven Wettbewerb bei der Allokation von Mitteln aus.

Monsieur Q. wiederum wirft die Frage auf, ob es denn überhaupt möglich ist, sich bei der Reformierung der französischen Wissenschaftslandschaft an einem seines Erachtens fremden und von ihm als „angelsächsisch“ bezeichneten Modell zu orientieren. Wird dadurch nicht mehr zerstört als geschaffen? Das besondere Problem Frankreichs besteht, ihm zufolge, darin, dass dessen historisch gewachsenes System von Bildung und Forschung am weitesten von jenem Leitmodell entfernt ist. Daher die Härte und das Ausmaß der Umbrüche, die sich derzeit auf diesem Gebiet in Frankreich abspielen. Während sich die französische Regierung bei dem durch sie angestoßenen Reformprozess genau an diesem angelsächsischen Modell orientiert habe – mit der Bildung von Institutionen wie der ANR⁶⁵ oder der AERES, der Orientierung auf die Projekt- und die angewandte Forschung, der potentiellen Einschränkung des Beamtenstatus der Forscher zugunsten befristeter Arbeitsverträge –, stünden Bewegungen wie *Sauvons la recherche* in vollkommenem Widerspruch dazu und verfolgten das republikanische Modell, das es zu optimieren gelte.

Interessanterweise verweist man in diesem Kontext immer wieder auf Deutschland. Das deutsche System passt nach Meinung der Mehrzahl meiner Gesprächspartner viel besser zum angelsächsischen bzw. Brüsseler Modell: Der historische Nachteil in der Staatsbildung hat sich hinsichtlich der heute erforderlichen Regionalisierung als Vorteil für Deutschland erwiesen, meint z.B. Monsieur W.

Des Öfteren kam im Übrigen „das deutsche Modell“ aufs Tapet: Wegen der besseren Stellung der Universitäten, wegen des Verhältnisses von Universitäten-MPG-DFG und der Bund-Länder-Struktur hätte man sich bei der Umgestaltung der französischen Forschungslandschaft an diesem orientieren sollen.

Als der große Verlierer der derzeitigen Umbrüche wird im Allgemeinen das CNRS aufgefasst, das durch den Entzug wichtiger und ihm bei seiner Gründung übergebener Funktionen wie der Steuerung, Finanzierung und Evaluierung der Forschung real entmachtet wird. Während seine Auflösung als eher unwahrscheinlich gilt, herrscht doch die Meinung vor, dass es

65 Als Inkarnation dieses angelsächsischen Modells wurde von Monsieur Q., aber auch von anderen meiner Gesprächspartner, die ANR bezeichnet. Doch auch andere Neugründungen scheinen diesem Modell und den in ihm herrschenden Werten zu entsprechen, so die nach dem Muster der „London School of Economics“ am 22. Februar 2007 durch den Premierminister Dominique de Villepin ins Leben gerufene „Ecole d'économie de Paris“ (EEP). Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss exklusiver Bildungs- und Forschungseinrichtungen – der ENS Paris, der EHESS, der „Ecole nationale des ponts et chaussées“ (ENPC), dem CNRS, dem INRA und der Université Paris 1-Panthéon-Sorbonne zu einem „pôle d'excellence“, was ungefähr den deutschen Exzellenzuniversitäten entspricht. Diese Eliteeinrichtung hat sich dem globalen Wettbewerb mit renommierten Einrichtungen wie der „London School of Economics“ und dem „Massachusetts Institute of Technology“ (MIT) verpflichtet und bildet nach „Toulouse sciences économiques“ den zweiten „pôle d'excellence“ in Frankreich.

das CNRS in seinem heutigen Zustand in absehbarer Zeit nicht mehr geben wird. Potentieller Gewinner könnten die Universitäten sein, unter der Voraussetzung allerdings, dass die längst anstehende Universitätsreform tatsächlich stattfindet.

Das Meinungsspektrum ist also geteilt: Sehen die einen in der 2006 erlassenen Loi de programme tatsächlich einen „Pacte *pour* la recherche“, so interpretieren die anderen das Gesetz und all die mit ihm verbundenen Prozesse als einen „Pacte *contre* la recherche“,⁶⁶ mit dem die französische Wissenschaft den Anschluss an das Weltniveau gerade nicht gewinnen könne, da er die Grundlagen der Forschung zerstöre.

Und doch gehen manchem die Reformen nicht weit genug, da zentrale Fragen überhaupt noch nicht angesprochen seien: Das ist zum einen der Status der französischen Universitäten, die dringend eine bessere finanzielle Ausstattung brauchen, um ihren Entscheidungsspielraum zu erweitern, weil nur so der Anschluss an internationales Niveau zu wahren bzw. zu erreichen ist; und das ist zum anderen und im Zusammenhang damit die Annäherung von Universitäten und Grandes écoles. Dies sei schon deshalb notwendig, weil die zumeist aus den Grandes écoles kommende politische und wirtschaftliche Elite nie einen Fuß in die Universitäten gesetzt und deshalb auch kein Verständnis für deren Lage und Nöte habe.

Daher, so Monsieur U., steht eine tatsächliche Reform des französischen Wissenschaftssystems noch aus. Bei den bisherigen Entscheidungen hätte ein bürokratischer Konservatismus vorgeherrschte, der sich in den traditionellen Mustern der französischen Forschungspolitik bewege und die großen Forschungsorganismen und vor allem die Universitäten so belassen habe, wie sie sind. Für eine wirkliche Reform sei zunächst eine „mentale Änderung“ vonnöten. Der durch die internationalen Universitätsrankings ausgelöste symbolische Schock müsse positiv verarbeitet und in eine wirkliche Verbesserung der Situation an den französischen Universitäten umgemünzt werden. Ein damit einher gehender Umbruch sei allerdings nicht vor fünf Jahren zu erwarten. Und an mich richtet U. schließlich die Frage: „Hat sich nicht in Deutschland, mit der Einrichtung der Exzellenzuniversitäten, bereits ein viel tiefer greifender Umbruch vollzogen als in Frankreich?“

Gegen Ende der Interviews danach befragt, wie sie denn die Umbruchprozesse der französischen Wissenschaftslandschaft bezeichnen würden, gaben meine Gesprächspartner unterschiedliche Antworten; für die meisten aber tragen sie doch recht außergewöhnlichen Charakter, auch in Hinblick auf Ausmaß und Geschwindigkeit der Reformen. Von Revolution allerdings wird kaum gesprochen, eher von Reform, Transformation, Mutation, gewichtiger Veränderung. Ein deutscher Kenner der französischen Szene weist darauf hin, dass die bereits weiter oben dargestellte Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Institutionen eine reale Veränderung des Status quo in Frankreich stets erschwere. Was bei dem „Spiel“ der diversen Kräfte mit- und gegeneinander letztlich herauskomme, sei zumeist eine abgeschwächte Variante der ursprünglichen Vorhaben. Und die Universitätsprofessorin T. meint: „Gerade der für Frankreich typische revolutionäre Korporatismus macht eine tatsächliche Revolution unmöglich!“

66 Vgl. das von der Wissenschaftlergewerkschaft SNCS herausgegebene Journal VRS, Heft 363, Dezember 2005, mit dem Titel „Un pacte contre la recherche“.

Nur ein Gesprächspartner, Monsieur V., spricht von einem Bruch.⁶⁷ „Bruch: Ja! Es gibt viel Opposition. Der Schock ist brutal! Der Bruch sehr stark! Die Agenturen ANR und AERES sind vom Staat unabhängig. Das widerspricht der napoleonischen Tradition, wo alles vom Staat abhängt.“ Doch der Bruch beziehe sich nicht nur auf die französische Wissenschaftslandschaft. „Frankreich insgesamt steckt in einer politischen Krise. Alle haben Angst vor Veränderungen!“

Welche Veränderungen der französischen Wissenschaftslandschaft die Präsidentschaftswahlen 2007 mit sich bringen würden, das war zum Zeitpunkt der Gespräche (Herbst 2006) noch nicht abzusehen. Immerhin ist, so wurde des Öfteren bedauert, das Thema Bildung und Forschung nicht gerade das zentrale Wahlkampfthema – weder auf Seiten des konservativen Präsidentschaftskandidaten noch auf Seiten der linken Präsidentschaftskandidatin. Traditionell würden in Frankreich unter rechten Regierungen die Ausgaben für Bildung und Forschung sinken, unter linken Regierungen hingegen steigen. Mit N. Sarkozy allerdings sei hier eine Neuheit aufgetreten: Zum ersten Mal habe ein rechter Präsidentschaftskandidat steigende Ausgaben für die Forschung annonciert. Insofern seien Rechts und Links seit ca. 40 Jahren das erste Mal in dieser Hinsicht ziemlich gleich.

Nunmehr gehören die Wahlen der Vergangenheit an. Nicolas Sarkozy ist aus ihnen als Gewinner hervorgegangen. Und es scheint sogar, als würde er, der Konservative, viele Forderungen der französischen Linken umsetzen. So besteht sein Kabinett aus 15 Ministern, acht männlichen, sieben aber weiblichen Geschlechts. Unter diesen sieben Frauen nun auch die neue Ministerin für Bildung und Forschung, Valérie Pécresse (UMP)! Sie hat sich die Reform der französischen Universitäten zum primären Ziel gesetzt – gerade das, was aus Sicht meiner Interviewpartner das Defizit der bisherigen Reformen darstellte. In einem iterativen Prozess wurde dazu gleich nach den Wahlen an einem Gesetz über die Autonomie der Universitäten („Loi sur l'autonomie des universités“) gearbeitet, das allerdings sofort wieder Proteste unter den Studenten sowie in der Wissenschaftlergemeinschaft hervorrief.

Die Geschichte geht also weiter.

Fazit meiner Gespräche, Begegnungen und Studien in Berlin und Paris: Die französische Forschungslandschaft ist in Bewegung geraten, und mit ihr die großen Institutionen wie die bislang unterbewerteten Universitäten, das CNRS, das Ministerium, das wesentliche Funktionen auslagert et al, sowie die Relationen zwischen diesen Einrichtungen und zur privaten Forschung. Die Haltungen zu den Reformen sind differenziert: Sie reichen von totaler Ablehnung über ein kritisches Abwägen von Vor- und Nachteilen bis hin zu überwiegender Befürwortung. Doch in zwei Punkten scheinen sich die Kontrahenten einig: a) Reformen waren und sind notwendig; b) das, was jetzt passiert, ist ein tief greifender Einschnitt in angestammte französische Traditionen.

Und die Teilnehmer der Prozesse? Ob sie diesen positiv oder negativ gegenüberstehen, ob sie Treiber oder Getriebene sind – auch sie wirken bewegt: Sie haben den Eindruck, an

67 In meinem „Questionnaire“ hatte ich u.a. folgende Frage gestellt: „Est-ce qu'on peut parler d'une *rupture* et d'une nouvelle qualité dans le développement du champ scientifique français, ou est-ce que vous voyez plutôt des *continuités* (notamment pour ce qui concerne les relations entre centralisation et décentralisation)?“ Nun muss man wissen, dass „rupture“ zu einem Slogan des konservativen Präsidentschaftskandidaten N. Sarkozy geworden ist, weswegen möglicherweise eher links eingestellte Personen diesen Begriff derzeit weniger verwenden.

einer Zäsur, womöglich dem Ende einer Ära und dem Beginn von etwas Neuem beteiligt zu sein, das sich noch nicht exakt benennen lässt.

Auch aus diesem Grunde können meine bisherigen Untersuchungen bestenfalls als Pilotstudie bezeichnet werden. Zum einen sind die Prozesse äußerst komplex und vielschichtig; ein „der Sache“ gerecht werdendes Ein- und Durchdringen erfordert Zeit. Zum anderen aber steht man offenbar in Frankreich selbst erst am Beginn eines vermutlich tief greifenden Umbruchs, und so wäre auch deshalb ein längerfristiges Beobachten erforderlich. „Jetzt geht es doch erst so richtig los!“ – das hörte ich denn auch des Öfteren gegen Ende meiner Gespräche in Paris.

Bei einer längerfristigen Beobachtung dieses „Feldes im Umbruch“ müssten zumindest folgende Fragenkomplexe (weiter-)bearbeitet werden:

Welche Veränderungen lassen sich im Verhältnis von französischem politischem System und französischer Wissenschaftslandschaft ablesen? Wie unmittelbar schlagen Veränderungen im politischen Kontext auf die französische Hochschul- und Forschungslandschaft durch?

Wie ist es bei den derzeitigen Erneuerungsprozessen um das Verhältnis von Kontinuitäten und Diskontinuitäten bestellt? Wo sind doch eventuell mehr Kontinuitäten in französischer Forschung und Forschungspolitik vorhanden, als dies dem Beobachter – möglicherweise aber auch den Teilnehmern – der derzeitigen Veränderungen zunächst erscheint?⁶⁸

Wie spezifisch ist der französische Fall tatsächlich? Welche Übereinstimmungen mit bzw. Differenzen zu den Entwicklungen in anderen europäischen Ländern gibt es? Hier erscheint ein komparatistisches Herangehen notwendig, das die Neugestaltung der französischen Wissenschaftslandschaft mit analogen Prozessen in anderen europäischen Ländern, insbesondere in Deutschland, vergleicht.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist ein gemeinsamer deutsch-französischer Workshop von WZB, Centre Marc Bloch und Frankreichzentrum der FU Berlin am 29. und 30. November 2007.

68 Ähnlich hatte A. de Tocqueville die Frage hinsichtlich der Französischen Revolution aufgeworfen, bei welcher er doch mehr Kontinuitäten im Verhältnis zum Ancien Régime aufdeckte, als die Deklarationen der Revolutionäre und später Napoleons dies zunächst vermuten ließen.

Anhang

Vom Umgang mit den Interviews

Diese Studie beruht im Wesentlichen auf zwei Quellen: Zum einen auf einer umfangreichen Dokumentation, die ich zur Geschichte der französischen Forschungslandschaft insbesondere seit dem sog. „Jahr der Krise“ 2004 erstellt habe und bei welcher mir zu Hilfe kam, dass es zu einem großen Teil der Prozesse entsprechende Archive im Internet gibt – mit den Printmedien wäre dieser derzeit „geschehenden Geschichte“ nicht nachzukommen gewesen. Zum anderen basiert sie auf den 24 Gesprächen und qualitativen Interviews mit insgesamt 26 Personen, die ich in Berlin und Paris geführt habe.

Meine Berliner GesprächspartnerInnen waren französische WissenschaftlerInnen, die sich zu Forschungszwecken in Deutschland aufhalten bzw. -hielten, Beamte französischer Einrichtungen, die hier zeitweilig tätig sind, aber auch Mitarbeiter im deutsch-französischen Kultur- und Wissenschaftsaustausch. Meine GesprächspartnerInnen in Paris gehörten unterschiedlichen Polen des Wissenschaftsfeldes an – Regierung, Administration, Forscher, kritische Gewerkschafter –, und sie ließen auch unterschiedliche politische Positionen erkennen. In den meisten Fällen vertraten sie die „Sciences de l’Homme et de la Société“ (SHS).

Die Interviews verliefen in halbstrukturierter Weise. Auf der Basis meiner zuvor in Berlin durchgeführten Recherchen und Gespräche hatte ich ein „questionnaire“ ausgearbeitet,⁶⁹ das ich zu Beginn der Gespräche kurz erläuterte. Meine Interviewpartner nahmen dies positiv zur Kenntnis, gingen dann aber unterschiedlich damit um: Die einen folgten dem „questionnaire“ Frage für Frage, andere wählten sich bestimmte Fragen aus und gingen darauf intensiver ein, andere wiederum erzählten mit Bezug auf den Fragebogen eine eigene kohärente Geschichte bzw. hielten im wahrsten Wortsinne eine Vorlesung. Die jeweiligen Schwerpunkte hingen natürlich auch mit der Zugehörigkeit zur jeweiligen Institution zusammen. Die Interviews dauerten in der Regel ein bis anderthalb Stunden (je nach Eingebundenheit der Gesprächspartner).

Insgesamt kann ich sagen, dass die Gesprächspartner aus meiner Sicht sehr aufgeschlossen waren. Das hängt sicherlich auch mit der Wertschätzung gegenüber dem WZB zusammen, die ich immer wieder gespürt habe, sowie gegenüber dem deutschen Forschungssystem insgesamt, das für viele meiner Gesprächspartner als vorbildlich gilt. Ich denke jedoch, dass dies primär mit der Tiefe der Umbrüche der französischen Forschungslandschaft zu tun hat, in die meine Gesprächspartner alle, wenngleich auf unterschiedliche Weise, involviert sind, und einem daraus resultierenden Mitteilungsbedürfnis. Meine Grundannahmen zu den Hauptursachen, -richtungen, -akteuren und -widersprüchen der derzeitigen Transformationsprozesse wurden in vielerlei Hinsicht bestätigt. Doch lieferten die Gespräche eine Vielfalt an Informationen und Hintergrundwissen, über die ich zuvor nicht verfügte, und im Laufe der Interviews wurden mir das Ausmaß und die insbesondere historisch-politischen Kontextbedingungen der Umbrüche mehr und mehr bewusst. Jeder Gesprächspartner empfahl mir zudem noch weitere Gesprächspartner und gab mir Literaturhinweise.

69 Siehe das folgende Dokument.

Die vorliegende Studie kann als der Versuch aufgefasst werden, diese Gespräche und die Fülle der in ihnen enthaltenen Informationen zu verarbeiten. Dabei fasse ich meine Gesprächspartner als je eigenständige Persönlichkeit auf, die mir ihre durch ihre individuelle Geschichte (die „Trajektorie“ im Sinne Bourdieus) und durch ihre Position im Feld von Lehre und Forschung geprägten Ansichten und Bewertungen der stattfindenden Veränderungen in der französischen Wissenschaftslandschaft zur Kenntnis geben.

Es kann sich der Natur der Sache nach nicht um eine erschöpfende Darstellung des französischen Wissenschaftssystems handeln, sondern um Momentaufnahmen der aktuellen und bei weitem nicht abgeschlossenen Geschichte der französischen Wissenschaftslandschaft, wie sie mir teilnehmende Akteure mitteilten, und die ich, als anteilnehmende, aber doch außenstehende Beobachterin, nunmehr deutend zu verstehen versuche.

Wenn man so will, ist vorliegende Studie das Ergebnis der Kombination sog. „objektiver“ Daten mit sog. „subjektiven“ Aussagen und Einschätzungen, und letztere haben hier entscheidendes Gewicht erhalten. Obwohl ich mich – den Ratschlägen von Kennern des deutsch-französischen Spektrums folgend – um Ausgewogenheit bei der Auswahl meiner GesprächspartnerInnen bemüht habe, was ihre institutionelle Angebundenheit und ihre politischen Auffassungen anbelangt, bin ich mir doch des ausschnittartigen Charakters des Ergebnisses bewusst.

Ich habe mich entschlossen, die Interviews so vollständig wie möglich wiederzugeben, um somit das Ausgesagte in seinem Eigenwert zu erhalten. Sicherlich kommen durch dieses Verfahren Redundanzen zustande,⁷⁰ die allerdings ihrerseits von der Übereinstimmung meiner Gesprächspartner hinsichtlich bestimmter Wahrnehmungsmuster, Wertungen, der Herstellung von historischen Vergleichen und Bezügen und der Verwendung von Metaphern zeugen.

Zu Beginn der Interviews hatte ich meinen Vis-à-vis Anonymität zugesagt. Und ich verzichtete bewusst darauf, die Gespräche mitzuschneiden. Ich bin zutiefst überzeugt – und das wurde mir von meinen InterviewpartnerInnen auch immer wieder bestätigt –, dass sich auch daher das offenbar vorhandene Mitteilungsbedürfnis in reale Mitteilungen umsetzte – vieles wäre wohl nicht gesagt bzw. zur Sprache gebracht worden, hätte da ein Aufnahmegerät auf dem Tisch gelegen. Ich habe also die Gespräche mitgeschrieben und später ins Deutsche übersetzt. Für die Vorbereitung einer eventuellen Publikation habe ich sie gewissermaßen „nacherzählt“ und anonymisiert; ich habe mich bemüht, sie so authentisch wie möglich zu belassen. Aber: Die Anonymisierung hat ihren Preis, geht sie doch zulasten eben der Authentizität.

Ich hoffe dennoch, dass sich das Ganze nach wie vor so lebendig wie möglich liest – so lebendig, wie die reale Geschichte des französischen Forschungssystems, die sich vor unseren Augen abspielt!

70 Mit all den Vor- und Nachteilen, die dieses Verfahren auch im Dokumentarfilm mit sich bringt. Für diesen Vergleich bin ich Jörg Potthast dankbar.

Questionnaire

1. Questions générales

- Quelles sont les *directions* les plus importantes des transformations du paysage scientifique français se déroulant au temps présent ?
- Quelles en sont les *motivations* resp. les *causes* ?
- Qui en sont les *moteurs* les plus essentiels ?
- Est-ce qu'on peut parler d'une *rupture* et d'une nouvelle qualité dans le développement du champ scientifique français, ou est-ce que vous voyez plutôt des *continuités* (notamment pour ce qui concerne les relations entre centralisation et décentralisation) ?
- Quels *conflits* existent et/ou émergent entre les multiples participants de ces changements ?
- Est-ce que la perspective d'une *dissolution du CNRS* est vraiment réelle ?

2. Questions concernant des nouvelles institutions de financement de la recherche (ANR)

- Quels sont les *buts* de la création de l'ANR ?
- Qu'est-ce qu'en est vraiment *nouveau* en comparaison avec les institutions de financement de la recherche ultérieures ?
- Quelles *conséquences* pour les universités/le CNRS résultent de cette nouvelle institution de financement ?
- Est-ce qu'on peut vraiment parler d'un *contrôle* beaucoup plus fort de la recherche qu'autrefois (« pilotage de la recherche »), comme on peut l'entendre dire de temps en temps ?

3. Questions concernant des nouvelles formes d'évaluation de la recherche (AERES)

- Quels sont les *buts* de la création de l'AERES ?
- Quels sont les *mécanismes nouveaux d'évaluation* par l'AERES en comparaison avec des institutions et procédures ultérieures ?
- Quels sont les *critères nouveaux* par lesquels la recherche doit être évaluée ?
- Quels devraient être, d'après vous, des critères de l'évaluation de la recherche ?

4. Questions concernant l'*internationalisation* du champ scientifique français

- Existente-ils, dans ces processus de transformation, des *modèles internationaux*, auxquels on s'oriente ?
- Quel rôle joue la *concurrence internationale/globale* pour la modernisation du champ scientifique français ?
- Est-ce que vous voyez des *déficits* pour ce qui concerne l'ouverture du champ scientifique français vers le monde international ?
- Quels en sont, le cas échéant, les *causes* ? (financières, politiques, linguistiques ?)

Am Anfang stand ein Brief ...

SAUVONS LA RECHERCHE !

Descriptif : Pour signer la lettre ouverte ci-jointe (attention : en raison du succès de cet appel, le serveur peut être saturé : merci donc d'être patient...) : Identifiants personnels

Votre nom ou pseudo

Votre adresse email

Lien hypertexte :

Nom de votre site Web

Adresse de votre site

Un message, un commentaire ?

Texte de votre message :

Dans cette rubrique

- De A à Z : le journal de suivi des Etats Généraux
- Pasteur brûle-t-il ?
- Budget 2005 de la recherche : les manipulations du Ministre François Fillon
- Un comité de suivi pour la prise en compte des recommandations des Etats Généraux de la Recherche.
- Lettre à tous les signataires, le 25 novembre 2004

Lettre ouverte au gouvernement.

le 7 janvier 2004

14030 personnes ont signé ce texte : [liste des signataires](#)

[Une nouvelle pétition est lancée ! Cliquez ici pour signer l'appel "Nous sauverons la Recherche !"](#)

A signer par tous les personnels de la recherche, y compris les personnels hors-statut, quel que soit l'organisme de rattachement de leur laboratoire. Tous les signataires approuvent l'analyse ci-dessous et souhaitent alerter le gouvernement sur l'extrême gravité de la situation. Faute d'une réponse rapide et satisfaisante du gouvernement, les signataires ayant des responsabilités administratives s'engagent à démissionner de ces responsabilités (voir fin du texte). [English Version](#)

A l'aube du XXI siècle, la France a besoin d'une recherche vigoureuse. Cette activité est indispensable aux innovations de demain, au développement économique de notre pays, ainsi qu'à son rayonnement culturel. Dans la conjoncture actuelle, les pays qui ne maintiendront pas un outil de recherche d'excellence seront incapables de suivre l'accélération de l'évolution économique associée à la production des connaissances. Plus grave encore, ils deviendront rapidement incapables de former les jeunes générations de manière compétitive. Ils entreront donc dans une dépendance économique difficilement réversible.

Croire que l'on peut limiter la recherche à quelques axes prioritaires pour la société, c'est entrer dans une logique de sous-développement. Les retombées utiles et rentables viennent et viendront de la recherche appliquée. Mais celle-ci ne peut exister qu'en utilisant les nouveaux outils et les concepts inventés par la recherche fondamentale. Comme l'objectif de cette dernière est le développement des connaissances, indépendamment de toute rentabilité escomptée, elle ne peut être soutenue, pour l'essentiel, que par des financements publics. Cette responsabilité centrale de l'Etat ne peut être transférée aux organismes caritatifs, privés, ou aux structures internationales même si les chercheurs savent trouver auprès de ces bailleurs d'importants compléments de financement.

En France, nous assistons à un abandon de la recherche fondamentale par l'Etat. Cette politique entraînera irrémédiablement à sa suite un effondrement de toute recherche appliquée. Nous en avons déjà des exemples avec la fermeture de centres de recherche privée (Aventis, Pfizer), qui préfèrent exercer cette activité là où le lien entre recherche fondamentale et appliquée est soutenu : aux USA. Car il faut le redire : l'industrie privée américaine est massivement dépendante du secteur public. En gros, dans le domaine de la santé, les grandes compagnies pharmaceutiques se transforment en sociétés financières, spécialisées dans le rachat des start ups issues du monde académique, quand elles réussissent. Mais il n'y a plus réellement de recherche pharmaceutique privée, et c'est tout aussi vrai en Europe. Si les parlementaires américains, quelle que soit leur appartenance politique,

ont voté les augmentations considérables et récurrentes proposées par l'administration Clinton pour le budget du NIH, c'est parce que les biologistes ont su rallier l'industrie pharmaceutique à cette cause et ont convaincu le gouvernement d'injecter de l'argent fédéral dans la recherche académique, afin de disposer de la recherche la plus innovante possible.

En dépit du discours officiel affirmant que la recherche est une priorité nationale, le gouvernement français est bel et bien en train de fermer le secteur de la recherche publique, sans même se rendre compte qu'il n'y a rien pour la remplacer. Il asphyxie financièrement les organismes de recherche publique. Les baisses de crédits ajoutées aux annulations de crédits et au non paiement des crédits votés par le Parlement (début décembre 2003, 50% des crédits de fonctionnements 2002 du CNRS ne lui avaient toujours pas été versés !) mettent plusieurs EPST (Etablissements Publics à caractère Scientifique et Technique, comme le CNRS, l'INSERM ou l'INRA) et les EPIC (Etablissement Public Industriel et Commercial, dont le CEA) au bord de la faillite. Alors que la recherche, qui est une activité sur le long terme, a besoin de perspectives claires, le gouvernement décide une réduction brutale du nombre de recrutements de jeunes chercheurs (un exemple, pour les recrutements de chargés de recherche à l'INSERM : 95 recrutements en 2002, 30 prévus en 2004). Coïncidant avec un départ massif des cadres de la recherche française à la retraite, cet abandon fera que l'écart avec les autres pays équivalents atteindra rapidement un point de non retour, d'autant plus rapidement que les jeunes scientifiques s'expatrieront, un mouvement déjà largement amorcé.

Les grandes orientations de la politique scientifique doivent être contrôlées par la représentation nationale. Mais le gouvernement ne peut à la fois désengager l'Etat et piloter la recherche avec des méthodes qui risquent de la paralyser. Ainsi, les moyens d'intervention sont de plus en plus concentrés au niveau du ministère. La distribution des fonds publics de la recherche utilise désormais des circuits improvisés et sans continuité, dont la logique la plus claire est de priver les EPST (dont les universités) et les EPIC, de leur capacité d'intervention. Des comités ad hoc sont créés dans l'urgence pour décider de l'attribution de sommes importantes à des programmes exceptionnels, des experts sont désignés hâtivement pour choisir les jeunes chercheurs à soutenir. Instaurées au nom d'une meilleure efficacité dans le pilotage de la recherche, ces pratiques ont pour effet de multiplier des comités à durée de vie limitée, aux critères d'évaluation souvent opaques, et de mobiliser beaucoup d'énergie prise sur l'encadrement des laboratoires des EPST et des EPIC. L'ironie est en effet que les experts scientifiques ne peuvent venir que des laboratoires où se trouve la compétence, c'est-à-dire des EPST et des EPIC. Certes, le pilotage par le gouvernement est nécessaire pour la mise en place de très grands équipements, ou de structures spécifiques comme les Maisons de l'homme en sciences sociales, ou enfin pour le développement d'applications de la recherche, mais à condition que ce pilotage soit mis en place de manière transparente et en concertation avec les organismes de recherche, en évitant les improvisations et changements péremptoires d'orientations, et qu'il s'accompagne d'un soutien sans faille à la recherche *fondamentale*, **dans toute sa diversité**, avec comme seul critère de jugement celui de **l'excellence scientifique**.

Il n'existe pas d'exemple de recherche scientifique exclusivement animée et pilotée par un Ministère. C'est une confusion des genres et une illusion scientifico-bureaucratique que de croire à un tel schéma, comme semblent le faire beaucoup d'hommes politiques de tous bords. Il n'y a pas de recherche digne de ce nom sans des organismes de recherche et des universités puissantes, capables de réagir à la conjoncture scientifique internationale.

Même s'il faut en analyser les structures et les pratiques avec lucidité, même si des évolutions sont nécessaires, comme le pensent depuis longtemps beaucoup de signataires, il faut rappeler avec la plus grande fermeté que c'est dans ces organismes de recherche que se trouvent la pratique scientifique et une compétence irremplaçables pour la formation des jeunes, la réponse aux évolutions rapides des savoirs et l'évaluation des résultats.

Les scientifiques signataires considèrent de leur responsabilité d'agir collectivement contre une destruction programmée de l'appareil de recherche français. En conséquence :

1) Nous demandons que les sommes dues aux organismes (dotations 2002 toujours non versées) leur soient **immédiatement** versées.

2) Nous demandons que le nombre de possibilités d'embauche proposées aux jeunes chercheurs pour les concours 2004 soit significativement augmenté.

3) Nous souhaitons qu'une mobilisation profonde du monde de la recherche prenne corps pour que la situation puisse être comprise du monde politique et économique, et de l'opinion. Nous demandons au Ministère de la Recherche que soit mise en chantier dans les plus brefs délais la préparation **d'ASSISES NATIONALES DE LA RECHERCHE**, dont l'exemple pourrait être le colloque de Caen qui fut à l'origine du renouveau spectaculaire de la recherche française dans les années 60. Un tel colloque, en réunissant les acteurs économiques et politiques concernés, en n'éluant aucune des questions qui conditionnent la dynamique et la réactivité de notre système de recherche, visera à une refondation d'un secteur d'activité vital pour l'avenir des citoyens de ce pays, secteur dont tant de jeunes aujourd'hui se détournent. Il devra déboucher sur la mise en place d'une politique pluri-annuelle offrant des perspectives d'embauche et de carrière attractives pour les jeunes chercheurs.

Si les pouvoirs publics ne mesurent pas la gravité de la situation, et en particulier la désespérance des plus jeunes qui devient le problème central de nos laboratoires, SI DONC CES DEMANDES NE SONT PAS SATISFAITES DANS LE DELAI D'URGENCE QU'EXIGE LE TRAITEMENT DE LA CRISE QUE NOUS SUBISSONS, LES DIRECTEURS D'UNITES ET D'EQUIPES SIGNATAIRES PRESENTERONT LA DEMISSION COLLECTIVE DE LEURS FONCTIONS DE DIRECTION.

Ils sont conscients de la gravité qu'aurait une telle décision. Mais soucieux de préserver les plus jeunes, ils n'auraient que ce moyen pour être entendus des pouvoirs publics, des responsables économiques et de l'opinion.

Les soussignés appellent à se joindre à ce mouvement de révolte contre le démantèlement de l'appareil de recherche en France, les membres des commissions CNRS et INSERM et leurs présidents, les personnels des autres EPST et EPIC, les collectifs de jeunes chercheurs, les présidents de sociétés savantes, selon des formes que chaque catégorie déterminera à son niveau de responsabilité. Ils appellent également à se joindre à eux les enseignants-chercheurs, qui sont aussi touchés par ces mesures, et susceptibles d'en expliquer la gravité aux étudiants qui se détermineront pour savoir s'ils souhaitent amplifier ce mouvement.

Das den „choc symbolique“ auslösende

*Academic Ranking of
World Universities
2005*

Top 500 World Universities (1-100)

World Rank	Institution*	Region	Regional Rank	Country	National Rank	Score on Alumni Award	Score on HiCi	Score on N&S	Score on SCI	Score on Size	Total Score
1	Harvard Univ.	Americas	1	USA	1	100.0	100.0	100.0	100.0	72.4	100.0
2	Univ. Cambridge	Europe	1	UK	1	99.8	53.3	56.6	70.9	66.9	73.6
3	Stanford Univ.	Americas	2	USA	2	41.1	88.5	70.9	72.3	65.0	73.4
4	Univ. California – Berkeley	Americas	3	USA	3	71.8	69.4	73.9	72.2	52.7	72.8
5	Massachusetts Inst Tech (MIT)	Americas	4	USA	4	74.0	80.6	65.8	64.3	53.0	70.1
6	California Inst Tech	Americas	5	USA	5	59.2	68.6	65.8	52.5	100.0	67.1
7	Columbia Univ.	Americas	6	USA	6	79.4	60.6	54.2	69.5	45.4	62.3
8	Princeton Univ.	Americas	7	USA	7	63.4	76.8	48.7	48.5	59.1	60.9
9	Univ. Chicago	Americas	8	USA	8	75.6	81.9	44.7	56.4	42.2	60.1

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni</i>	<i>Score on Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
10	Univ. Oxford	Europe	2	UK	2	64.3	59.1	48.4	55.6	68.4	53.2	59.7
11	Yale Univ.	Americas	9	USA	9	52.1	44.5	60.3	57.2	63.9	49.3	56.9
12	Cornell Univ.	Americas	10	USA	10	46.5	52.4	55	48.8	66.3	39.8	54.6
13	Univ. California – San Diego	Americas	11	USA	11	17.7	34.7	59.8	56.5	64.5	46.6	51
14	Univ. California – Los Angeles	Americas	12	USA	12	27.3	32.8	56.7	50.1	75.6	34.3	50.6
15	Univ. Pennsylvania	Americas	13	USA	13	35.5	35.1	56.7	42.9	71.8	39.1	50.2
16	Univ. Wisconsin – Madison	Americas	14	USA	14	43	36.3	52.1	46.3	68.7	29.0	49.2
17	Univ. Washington – Seattle	Americas	15	USA	15	28.8	32.4	53.9	47.1	73.8	27.2	48.4
18	Univ. California – San Francisco	Americas	16	USA	16	0	37.6	55.6	57.9	58.8	45.2	47.8
19	Johns Hopkins Univ.	Americas	17	USA	17	51.4	28.3	41.6	52.2	67.7	24.9	46.9
20	Tokyo Univ.	Asia/Pac	1	Japan	1	36.0	14.4	38.5	52.1	86.5	34.7	46.7
21	Univ. Michigan – Ann Arbor	Americas	18	USA	18	43.0	0	61.9	43.0	76.5	30.9	44.9
22	Kyoto Univ.	Asia/Pac	2	Japan	2	39.7	34.1	34.2	37.0	72.3	31.1	43.8
23	Imperial Coll. London	Europe	3	UK	3	20.8	38.1	40.8	38.2	64.6	40.3	43.7
24	Univ. Toronto	Americas	19	Canada	1	28.1	19.7	39.3	38.9	76.7	41.9	43.1
25	Univ. Illinois – Urbana Champaign	Americas	20	USA	19	41.6	37.4	44.4	34.1	58.0	26.0	42.8

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
26	Univ. Coll. London	Europe	4	UK	4	30.7	37.7	41.5	60.5	38.8	42.6
27	Swiss Fed. Inst. Tech. – Zurich	Europe	5	Switzerland	1	40.2	35.1	41.1	43.4	52.4	41.7
28	Washington Univ. – St. Louis	Americas	21	USA	20	25.1	38.5	46.5	53.9	39.9	40.7
29	New York Univ.	Americas	22	USA	21	33.8	43.0	35.3	55.4	26.3	38.8
30	Rockefeller Univ.	Americas	23	USA	22	22.6	28.3	44.1	24.0	35.9	38.2
31	Northwestern Univ.	Americas	24	USA	23	21.7	44.4	33.8	57.6	36.2	37.9
32	Duke Univ.	Americas	25	USA	24	20.8	47.1	45.3	60.8	38.9	37.7
32	Univ. Minnesota – Twin Cities	Americas	25	USA	24	36	49.7	35.2	68.4	23.8	37.7
34	Univ. California – Santa Barbara	Americas	27	USA	26	0	42.3	39.0	44.1	35.8	36.9
35	Univ. Colorado – Boulder	Americas	28	USA	27	16.6	40.8	36.6	46.3	29.5	36.3
36	Univ. Texas – Austin	Americas	29	USA	28	21.7	49.1	30.0	54.8	21.7	35.5
37	Univ. British Columbia	Americas	30	Canada	2	20.8	32.4	32.5	60.4	33.9	35.4
38	Univ. Texas Southwestern Med Center	Americas	31	USA	29	24.3	31.4	38.2	37.9	31.0	34.8
39	Pennsylvania State Univ. – Univ. Park	Americas	32	USA	30	14.0	45.8	37.9	59.9	24.0	33.4
39	Vanderbilt Univ.	Americas	32	USA	30	12.5	34.2	24.5	49.2	35.6	33.4
41	Univ. California – Davis	Americas	34	USA	32	0	46.5	34.5	64.0	29.8	32.9

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni</i>	<i>Score on Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
41	Univ. Utrecht	Europe	6	Netherlands	1	30.7	21.4	27.2	27.3	55.7	25.9	32.9
43	Rutgers State Univ. – New Brunswick	Americas	35	USA	33	15.4	20.4	36.9	32.9	47.1	24.1	32.3
43	Univ. Pittsburgh – Pittsburgh	Americas	35	USA	33	25.1	0	40.1	25.9	64.3	28.2	32.3
45	Karolinska Inst. Stockholm	Europe	7	Sweden	1	30.7	27.8	33.3	19.7	47.3	25.1	32.1
46	Univ. Paris 06	Europe	8	France	1	35.7	23.9	23.6	24.2	51.2	30.0	32.0
47	Univ. California – Irvine	Americas	37	USA	35	0	30.0	32.4	28.5	48.2	31.1	31.8
47	Univ. Edinburgh	Europe	9	UK	5	22.6	17.1	26.1	35.8	49.4	29.9	31.8
47	Univ. Maryland – Coll. Park	Americas	37	USA	35	25.9	0	40.8	33.6	54.6	25.6	31.8
50	Univ. Southern California	Americas	39	USA	37	0	27.3	37.7	23.6	52.8	25.8	31.7
51	Univ. Munich	Europe	10	Germany	1	37.1	21.1	15.7	30.4	51.9	30.0	31.4
52	Tech Univ. Munich	Europe	11	Germany	2	43.0	24.1	24.8	20.7	46.5	29.2	31.3
53	Univ. Manchester	Europe	12	UK	6	27.3	19.3	23.6	22.6	57.3	30.4	31.2
54	Carnegie Mellon Univ.	Americas	40	USA	38	30.7	33.5	32.4	14.7	38.3	31.4	30.8
55	Univ. North Carolina – Chapel Hill	Americas	41	USA	39	12.5	0	35.1	32.8	59.5	27.3	30.3
56	Australian Natl Univ.	Asia/Pac	3	Australia	1	17.7	12.9	36.9	29.0	45.1	27.8	30.2
57	Univ. Copenhagen	Europe	13	Denmark	1	30.7	24.7	23.6	22.8	45.7	27.7	30.0

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
57	Univ. Florida	Americas	42	USA	40	15.4	35.1	25.0	65.2	25.8	30.0
57	Univ. Zurich	Europe	13	Switzerland	2	12.5	19.2	30.3	47.2	30.6	30.0
60	Uppsala Univ.	Europe	15	Sweden	2	25.9	11.1	28.7	49.1	21.6	29.9
61	Univ. Paris 11	Europe	16	France	2	33.2	13.6	19.6	44.9	27.9	29.4
62	Osaka Univ.	Asia/Pac	4	Japan	3	12.5	23.6	31.1	66.8	29.2	29.3
63	Ohio State Univ. – Columbus	Americas	43	USA	41	17.7	40.8	21.5	61.2	19.5	29.2
64	Univ. Bristol	Europe	17	UK	7	10.9	30.4	24.5	47.5	27.4	28.8
65	Univ. Rochester	Americas	44	USA	42	33.2	27.2	25.3	43.0	36.1	28.6
65	Univ. Sheffield	Europe	18	UK	8	23.5	23.6	29.2	46.6	27.1	28.6
67	McGill Univ.	Americas	45	Canada	3	28.8	28.3	23.6	56.8	30.0	28.4
67	Moscow State Univ.	Europe	19	Russia	1	51.4	0	7.5	54	31.6	28.4
69	Case Western Reserve Univ.	Americas	46	USA	43	40.7	20.8	23.0	44.8	33.7	28.3
69	Univ. Oslo	Europe	20	Norway	1	25.9	17.6	18.2	41.5	26.4	28.3
71	Univ. Heidelberg	Europe	21	Germany	3	10.9	20.8	20.9	48.1	26.9	28.0
72	Univ. Leiden	Europe	22	Netherlands	2	25.1	27.2	19.3	46.7	28.1	27.9
73	Tohoku Univ.	Asia/Pac	5	Japan	4	18.8	19.2	26.9	65.3	29	27.8

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
73	Univ. Arizona	Americas	47	USA	44	0	29.4	36.8	55.8	25.7	27.8
75	Purdue Univ. – West Lafayette	Americas	48	USA	45	18.8	27.2	21.4	49.8	19.4	27.7
76	Univ. Helsinki	Europe	23	Finland	1	18.8	15.7	21.4	54.5	27.5	27.4
77	Michigan State Univ.	Americas	49	USA	46	12.5	37.7	26.6	51.0	18.7	26.9
78	Hebrew Univ. Jerusalem	Asia/Pac	6	Israel	1	33.2	23.6	27.1	46.6	26.9	26.2
78	Rice Univ.	Americas	50	USA	47	21.7	23.6	24.4	30.8	31.0	26.2
80	Boston Univ.	Americas	51	USA	48	15.4	31.4	28.1	50.8	17.5	26.1
80	King's Coll. London	Europe	24	UK	9	16.6	20.8	17.4	44.6	24.8	26.1
82	Univ. Melbourne	Asia/Pac	7	Australia	2	15.4	22.2	18.7	53.5	19.9	26.0
83	Univ. Nottingham	Europe	25	UK	10	15.4	20.8	19.0	45.6	24.8	25.9
84	Univ. Goettingen	Europe	26	Germany	4	38.7	15.7	17.5	40.2	24.5	25.8
85	Univ. Vienna	Europe	27	Austria	1	25.1	7.9	22.7	52.2	26.4	25.6
86	Brown Univ.	Americas	52	USA	49	0	29.4	25.5	40.7	27.9	25.4
87	Indiana Univ. – Bloomington	Americas	53	USA	50	14.0	24.8	21.2	42.0	18.2	25.2
87	Univ. Basel	Europe	28	Switzerland	3	25.9	19.2	21.4	34.5	33.8	25.2
89	Texas A&M Univ. – Coll. Station	Americas	54	USA	51	0	32.4	24.4	55.0	20.4	25.1

<i>World Rank</i>	<i>Institution*</i>	<i>Region</i>	<i>Regional Rank</i>	<i>Country</i>	<i>National Rank</i>	<i>Score on Alumni Award</i>	<i>Score on HiCi</i>	<i>Score on N&S</i>	<i>Score on SCI</i>	<i>Score on Size</i>	<i>Total Score</i>
90	McMaster Univ.	Americas	55	Canada	4	16.6	22.2	15.9	43.5	23.9	24.9
90	Univ. Freiburg	Europe	29	Germany	5	25.1	17.6	18.2	39.5	23.2	24.9
92	Univ. Strasbourg 1	Europe	30	France	3	29.4	19.2	19.5	32.7	22.4	24.7
93	Ecole Normale Super Paris	Europe	31	France	4	47.8	13.6	18.1	27.2	23.3	24.6
93	Stockholm Univ.	Europe	31	Sweden	3	29.4	15.7	14.3	35.3	18.9	24.6
93	Tokyo Inst. Tech.	Asia/Pac	8	Japan	5	16.6	22.2	22.5	50.6	31.5	24.6
93	Univ. Utah	Americas	56	USA	52	0	30.4	31.4	45.5	24.8	24.6
97	Univ. Roma – La Sapienza	Europe	33	Italy	1	16.6	11.1	21.8	54.6	15.1	24.5
98	Univ. Birmingham	Europe	34	UK	11	25.1	22.2	13.4	47.0	24.5	24.4
99	Lund Univ.	Europe	35	Sweden	4	29.4	24.8	19.4	50.1	18.1	24.3
100	Tufts Univ.	Americas	57	USA	53	18.8	20.8	19.1	37.4	25.2	23.9

* Institutions within the same rank range are listed alphabetically.

Sauvons la recherche, Aufruf zur Demonstration am 20. November 2007

Article imprimé sur le site de «Sauvons la Recherche», <http://recherche-en-danger.apinc.org>

Appel à la manifestation du 20 novembre

Pour les lieux de rendez-vous voir [Nouvelles du front de la recherche et de l'enseignement supérieur](#)

Les réformes dont le service public de l'enseignement supérieur et de la recherche a besoin sont conditionnées par de grands choix politiques. Ceux du gouvernement ne sont pas affichés, mais ils sont clairs. Pour lui, il faut tout contrôler et tout rentabiliser. Ainsi, ces réformes visent :

1) A instaurer un contrôle politique serré de ce service public grâce à des agences pilotées par le ministère, ce qui revient à brider la créativité des acteurs de la recherche en leur retirant toute possibilité d'autonomie, tout en disant le contraire.

2) A minimiser les investissements indispensables à faire pour l'enseignement supérieur et la recherche, ce qui ne fait qu'aggraver les conditions d'accueil, déjà déplorables, des étudiants, et risque de mettre ce service public en situation de dépendance par rapport à d'autres sources de financement, principalement privées. Le projet de budget 2008 prévoit 6 millions d'euros supplémentaires (moins que l'inflation) pour la recherche universitaire, et aucun emploi nouveau permettant de favoriser l'activité de recherche, d'améliorer l'encadrement pédagogique et de faire face aux nouvelles missions dévolues à l'enseignement supérieur (orientation, professionnalisation).

3) A imposer au système d'enseignement supérieur et de recherche des objectifs et un mode d'organisation calqués sur celui des entreprises privées. Or la recherche du profit maximum et de la rentabilité immédiate ne sauraient être les références absolues de l'enseignement ni de la recherche, pas plus que celle d'autres services publics comme la santé ou la justice.

4) A constituer une structure rentable pour former rapidement des travailleurs employables immédiatement. Ainsi, ne sont prises en compte ni l'importance de la transmission des connaissances, ni la nécessité de former des futurs travailleurs capables de s'adapter à un monde et des métiers en constante transformation, ni celle de former des citoyens éclairés et responsables.

Ces choix fondamentaux du pouvoir actuel sont en totale contradiction avec nos propositions. Ils sont inacceptables, et doivent être dénoncés. Sauvons la Recherche appelle donc l'ensemble des personnels de l'enseignement supérieur et de la recherche à se joindre aux manifestations du 20 novembre, qui concernent l'ensemble des services publics.

Nous défilerons le 20 novembre non seulement pour dire non à la loi LRU et au pacte pour la recherche, mais aussi pour demander :

- L'arrêt immédiat du processus de démantèlement du système national de recherche. Celui-ci doit être fondé sur un équilibre, à développer fortement, entre universités et organismes de recherche.

- Une répartition complètement modifiée des affectations de moyens pour l'enseignement supérieur et la recherche : beaucoup moins à l'ANR et au Crédit Impôt Recherche, beaucoup plus aux établissements (universités et organismes de recherche) et aux laboratoires.
- Un programme d'embauche de 5000 personnels statutaires par an pendant 5 ans pour l'ensemble du secteur, afin d'abaisser le service d'enseignement des enseignants actifs en recherche à 150h par an, et de renforcer l'encadrement pédagogique en premier cycle. Ce programme permettrait de redonner enfin de l'attractivité à la recherche vis-à-vis des jeunes qui s'en détournent.

Chronologie der Ereignisse

2003

- Ende des Jahres: Ankündigung der Umwandlung von 550 festen Arbeitsverträgen von Forschern und ITA (Ingenieuren, Technikern und Verwaltungsangestellten) in befristete Arbeitsverträge durch die damalige Forschungsministerin Claudie Haigneré;
- Ankündigung der Nichtauszahlung von im Verlauf des Jahres 2003 nicht ausgegebenen Forschungskrediten an die Forschungseinrichtungen im Jahre 2004.

2004: „Das Jahr der Krise“

- 7. Januar: „Offener Brief an die Regierung“ („Lettre ouverte au gouvernement“) unter der Überschrift „Retten wir die Forschung“ („Sauvons la recherche“), der von Alain Trautmann ins Netz gestellt wird und sich gegen die o.g. Ankündigungen von Seiten des Forschungsministeriums richtet; 100 Direktoren von Forschungslaboratorien, die den Brief unterzeichnen, drohen mit ihrem Rücktritt. Insgesamt wird diese Petition von ca. 325 000 Personen, darunter von 75 000 Forschern, unterzeichnet. In Paris finden Demonstrationen statt; im Großen Saal des Hôtel de Ville de Paris versammeln sich 1000 Direktoren von Forschungslaboratorien, um über die Zukunft der Forschung in Frankreich zu debattieren. „Sauvons la recherche“ bildet sich in diesem Prozess zu einer partei- und gewerkschaftsunabhängigen Bewegung von Forschern heraus, die bis heute aktiv ist.
- Rücktritt der Forschungsministerin;
- Von März bis Oktober sind die „États généraux de la Recherche“ aktiv; Ende Oktober wird im Rahmen dieser Bewegung der „Rapport final des Etats généraux de la recherche“ erstellt, eine Analyse des Zustands der Forschung 2004.
- Beide Bewegungen – „Sauvons la recherche“ und die „États généraux“ – zeitigen praktische Erfolge: Am 7. April nimmt die Regierung das Vorhaben der Umwandlung fester in befristete Arbeitsverträge zurück.
- Beginn der Reform des CNRS unter seinem damaligen Generaldirektor Bernard Larrourou.

2005

- Dieses Jahr ist gekennzeichnet durch eine verhältnismäßig breite öffentliche Diskussion im Prozess der Vorbereitung des neuen Forschungsrahmengesetzes.
- Einschneidendes Ereignis des Jahres ist die Gründung der auf die Förderung der Projektforschung orientierten „Agence Nationale de la Recherche“ (ANR) am 7. Februar.
- Am 25. August wird die „Agence de l'innovation industrielle“ gegründet. Sie untersteht dem Wirtschaftsministerium. Ihre Aufgabe besteht in der „Förderung und Unterstützung von großen, auf die industrielle Innovation ausgerichteten Programmen“.

- Im Verlauf des Jahres setzt, ausgelöst durch die dortigen Reformen, innerhalb des CNRS eine tiefe Krise ein, die zum Rücktritt einer Reihe von Forschungsdirektoren und schließlich der Direktion selbst führt.

2006

- Januar/Februar: Antritt der neuen Direktion des CNRS. Catherine Bréchnignac wird Präsidentin, Arnold Migus Generaldirektor des CNRS. Über das Jahr hinweg unterliegt das CNRS einer Umstrukturierung. Es werden neue „directeurs adjoints“ ernannt, die Forschungslaboratorien neu zusammengesetzt.
- Am 4. April wird das auch „Pakt für die Forschung“ („Pacte pour la recherche“) genannte Forschungsprogrammgesetz „Loi de programme pour la recherche“ verabschiedet (Veröffentlichung am 19. April).
- Mit dem Gesetz wird de jure auch die Forschungsevaluierungsagentur „Agence d’Evaluation de la Recherche (et de l’Enseignement Supérieur)“ (AER(ES)) gegründet.
- Am 25. September führt der Präsident der Republik, Jacques Chirac, den „Haut conseil de la science et de la technologie“ (HCST) ein, dessen Funktion in der Beratung der Regierung in forschungspolitischen Fragen besteht.

2007

- 21. März: Installation der AERES durch François Goulard, ministre délégué à l’Enseignement supérieur et à la recherche.
- 22. April: Präsidentschaftswahlen; Wahlsieg für Nicolas Sarkozy (UMP);
- 18. Mai: Ernennung von Valéry Pécresse als Ministre de l’Enseignement Supérieur et de la Recherche der Regierung François Fillon. Ihr erklärtes Hauptziel besteht in der Realisierung der bereits seit langem erwarteten und immer wieder geforderten Reform der Universitäten.
- Dem dient die Erarbeitung und Verabschiedung des Gesetzes über die Autonomie der Universitäten (Loi sur l’autonomie des universités) im Juni und Juli des Jahres.
- November: Große Streikwelle im Öffentlichen Dienst, der sich auch (Hochschul-)Lehrer und Forscher anschließen. Vgl. den Aufruf zur Demonstration am 20. November von Sauvons la recherche (hier im Anhang), in welchem auch noch einmal die Hauptkritikpunkte am laufenden Reformprozess, insbesondere an der Loi de programme sowie am Gesetz über die Autonomie der Universitäten aufgelistet sind.

Bei Ihren Bestellungen von WZB-Papers schicken Sie, bitte, unbedingt einen an Sie adressierten **Aufkleber** mit, sowie **je Paper eine Briefmarke im Wert von € 0,55** oder einen **"Coupon Réponse International"** (für Besteller aus dem Ausland).

Please send a **self-addressed label** and **postage stamps in the amount of € 0,55** or a **"Coupon-Réponse International"** (if you are ordering from outside Germany) for **each** WZB-Paper requested.

Bestellschein

Order Form

Paßt im Fensterumschlag! • Designed for window envelope!

An das
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH
Informations- und Kommunikationsreferat
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin

Absender • Return Address:

Hiermit bestelle ich folgende(s) Discussion Paper(s) • Please send me the following Discussion Paper(s)

Autor(en) / Kurztitel • Author(s) / Title(s) in brief	Bestellnummer • Order no.

